

## **Russland und die Russische Krankheit**

Bruno Schönfelder

*Lecture Notes, nicht redigiertes Manuskript, keine Zitation ohne Zustimmung des Verfassers*

28.12.2020

Lektüre:

Clifford Gaddy und Barry Ickes: The Russian economy through 2020: the challenge of managing rent addiction. Chapter Nine in Russia in 2020. Washington DC: Brookings Institution Press 2012, ihr Beitrag zu Michael Alexeev, Shlomo Weber (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Russian Economy. Oxford UP 2013 sowie Bear Traps on Russian's Road to Modernization. Abingdon: Routledge 2013.

Sehr empfehlenswert ist ferner Egor Gajdar: Gibel' imperii. Uroki dlja sovremennoj Rossii. Moskva: Rosspen 2007 (Studierende ohne Russischkenntnisse dürfen die deutsche Übersetzung verwenden: Der Untergang eines Imperiums. Springer 2016, günstiger Kindle-Preis!). Wichtig sind insbesondere die Kapitel 4, 5 und 6. Wenn im folgenden Text Gajdar ohne nähere Zusatzangaben als Quelle genannt wird, ist dieses Werk gemeint. Ergänzend wird herangezogen Chris Miller: The Struggle to Save the Soviet Economy. Chapel Hill: The University of North Carolina Press 2016.

Ferner lohnt sich ein Blick in Fiona Hill und Clifford Gaddy: The Siberian Curse. How Communist Planners Left Russia Out in the Cold. Washington DC: Brookings Institution Press 2003

Im WS 2020/21 erfolgen umfangreiche Aktualisierungen und Erweiterungen dieses Textes in Form von zwei Lehrbriefen, die über Lehre/Lehrmaterialien (in Kürze) abrufbar sein werden.

Gliederung:

1. Einführung
2. Zur Entstehungsgeschichte des Reiches
3. Die Besiedlung Sibiriens
4. Die sozialistische Industrialisierung
5. Zur Regionalökonomik des heutigen Sibiriens
6. Ein positiver und ein negativer ToT-Schock
7. Die russische Krankheit
8. Entzug der Droge ab 1982 und die Reaktion des Kranken
9. Nach dem Untergang des Reiches

## 10. Wie geht es weiter?

### 1. Einführung

Russland illustriert einige der im Rahmen dieses Moduls dargelegten Probleme des (wirtschafts-)politischen Umgangs mit Ressourcenreichtum in besonders dramatischer Weise, weil es sich zeigen lässt, dass der überraschende Zusammenbruch der Sowjetunion und des sowjetischen Imperiums durch grobe Fehler im Umgang mit diesem Reichtum ausgelöst wurde. Die Vokabel auslösen, die wir in diesem Zusammenhang verwenden, soll darauf verweisen, dass eine Ursachenanalyse dabei nicht stehen bleiben kann. Sie muss tiefer schürfen.<sup>1</sup> Man konnte seit geraumer Zeit vermuten, dass die Wiederholung vieler dieser Fehler, zu der es in der russischen Föderation nach 2003 kam, erneut in eine Krise führen würde und diese Vermutung hat sich ab 2014 auch bewahrheitet. Zuvor wurde die russische Föderation irrtümlich den sog. emerging countries zugesellt. Dabei wurde verkannt, dass es sich bei ihr anders als im Fall Chinas nicht um eine aufstrebende neue Industrienation handelt, sondern um eine ziemlich alte, die sich mit ihren traditionellen Gebrechen und einer nur wenig erneuerten Wirtschaftsstruktur herumschleppt, was bis 2014 vom zweiten Ölboom überdeckt wurde.

Über den Untergang der Sowjetunion ist viel geschrieben worden, aber was in diesem Zusammenhang üblicherweise angeführt wird, kann den Vorgang eines plötzlichen Zusammenbruchs nicht erklären. Dieser betraf nicht zuletzt die Wirtschaft. Er wird (gerade auch in Russland) meist fälschlich den marktwirtschaftlichen Reformen des Postkommunismus angelastet. Die bekannten Schwächen des kommunistischen Wirtschaftssystems – dies war vor allem ein extrem ineffizienter Einsatz von Produktionsfaktoren aller Art, der dazu führte, dass Wachstum nur solange stattfinden konnte, wie es eklatant unterbeschäftigte Produktionsfaktoren gab, die mobilisiert werden konnten<sup>2</sup> – bestanden seit jeher und können erklären, warum das Wirtschaftswachstum im Laufe der Zeit immer schwächer wurde und sich eine Stagnation oder auch ein maßvoller Rückgang der Wirtschaftsleistung einstellen konnte. Was 1990/91

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Schönfelder: Ein Luhmann-Leitfaden für Ökonomen. Berlin 2020.

<sup>2</sup> Die DDR hat ihr eher bescheidenes Wirtschaftswachstum (in den ersten Nachkriegsjahren waren Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Wirtschaftsleistung ungefähr auf dem gleichem extrem niedrigen Niveau – Eucken vergleicht den damaligen Lebensstandard der Deutschen mit dem zur Zeit Karls des Großen – ab 1948 hängte Westdeutschland die SBZ/DDR rasch ab; am Ende der DDR-Geschichte war das Verhältnis ungefähr 1:3 und erreichte die DDR pro Kopf eine Wirtschaftsleistung, die mit der westdeutschen in den frühen 1960er Jahren vergleichbar) zu einem recht beträchtlichen Teil dadurch erreicht, dass die Frauen ins Berufsleben einbezogen wurden und das Arbeitsleben der meisten früh begann und oft bis 75 andauerte. Die Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials lag damit dramatisch über dem westdeutschen Niveau.

tatsächlich geschah, war jedoch eine rasche Schrumpfung der Wirtschaft, eine Depression von einer Größenordnung, die schlimmer war als die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Planung ist in der Realität zumeist die Fortschreibung des Status quo. Wenn sie mehr zu sein versucht, geht es meist schief und verwandelt sich die „Planwirtschaft“ faktisch in eine Prioritätenwirtschaft. Wenn man sich weitgehend drauf beschränkt, den Status quo zu verwalten, dann kann man das einigermaßen planen. Insofern sollte die Wirtschaftsplanung in einer stagnierenden Wirtschaft an Leistungskraft gewinnen. Die sog. Planwirtschaft hat sich in den 1960er und 1970er Jahren dahingehend verwandelt, dass sie sich anders als zuvor weitgehend auf eine Fortschreibung des Status quo hin orientierte. Man verfolgte nur mehr in bestimmten Prioritätsbereichen ehrgeizige Produktionspläne und plante dabei oft bedeutende Sicherheitsmargen ein. Man bevorzugte „leichte“, d. h. beinahe in jedem Fall erfüllbare Produktionspläne, bei deren Vollzug man sich nicht sonderlich anstrengen musste. Nur die Investitionspläne blieben so unrealistisch wie eh und je. Produktivitätswachstum kann man mit derart anspruchslosen Aufgabenstellungen kaum erzeugen.

Was 1989 – 1991 in der Sowjetunion passierte, war indes keine Stagnation, sondern ein dramatischer Einbruch der Wirtschaftsleistung, ein regelrechter Zerfall. Wenn es nicht so dramatisch gewesen wäre, hätte die sowjetische Führung die politischen Folgeprobleme durch dosierte Gewaltanwendung durchaus wieder unter Kontrolle bekommen, und nicht den Zerfall des Reichs hinnehmen müssen. In früheren Krisen hat man die Lage auf diese Weise immer wieder stabilisieren können. Auch wenn dies in Deutschland nur Spezialisten bekannt ist, hat es in der Sowjetunion auf lokaler und mitunter auch auf regionaler Ebene bis in die späten 1960er Jahre hinein von Zeit zu Zeit Unruhen und Aufstände gegeben. Oft handelte es sich um Hungerrevolten und damit gewissermaßen um Verzweiflungstaten oder um Proteste gegen eine weitere Verschlechterung einer sowieso schon sehr schlechten Nahrungsmittelversorgung. Aber diese Unruhen wurden jedes Mal durch den Einsatz bewaffneter Kräfte und Schusswaffengebrauch rasch unterdrückt. Hätte man dies 1989-91 zu wiederholen vermocht, wäre es rasch wieder ruhig geworden. Indes unterschied sich die Versorgungskrise von 1990/91 dadurch von früheren, dass sie Moskau erreichte. Früher hatte man die politischen Risiken solcher Krisen leicht bannen können, weil sie sich auf bestimmte Provinzen beschränkte, Moskau wurde stets wesentlich besser versorgt wurde als die anderen Regionen. Das Regime wusste wohl, dass es in ernste Gefahr gerät, wenn der Hunger die Hauptstadt

erreicht (dies hatte 1917 zum Sturz des Zaren geführt).<sup>3</sup> Diese bevorzugte Versorgung Moskaus gelang, wie weiter unten dargelegt wird, 1991 nicht mehr.

Der Zerfall des Reichs beruhte anders etwa als im Fall des britischen Reichs nach dem Zweiten Weltkrieg nicht darauf, dass die russischen (politischen und militärischen) Eliten aufhörten, an den Nutzen und die Legitimität des Reichs zu glauben und auf dieses verzichten wollten. Anders als in Großbritannien war (und ist wohl auch heute) das Reich unter den russischen Eliten wenig kontrovers. In Großbritannien waren traditionell nur die Tories/Conservatives von der Sinnhaftigkeit des Reichs überzeugt, die Liberalen/Whigs und Labor hielten es hingegen sowohl in ökonomischer als auch in moralischer Hinsicht für ein fragwürdiges Unternehmen, das seine Kosten nicht deckt und das man auf seine ökonomisch rentierlichen Bestandteile reduzieren sollte.<sup>4</sup> (Reich meint ein Territorium, das von einer übergeordneten Schicht, etwa im Wege einer Adelherrschaft oder einer Reichsbürokratie von einem Zentrum aus regiert oder beherrscht wird). In Russland war es hingegen immer nur eine kleine Minderheit, die solche Gedanken hegte, und auch heute wird es von einem Präsidenten regiert, der behauptet, der Zusammenbruch des Reichs sei die schlimmste Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen. Die heutige Politik der russischen Führung tritt in vielfacher Hinsicht in die Fußstapfen der sowjetischen Führung, die wiederum in die des Zaren getreten war, und verfolgt erneut imperiale Ambitionen, zu denen nicht zuletzt die Besiedlung und Behauptung lebensfeindlicher Territorien gehört. Das wäre nicht so bruchlos passiert, wenn es in Russland zu einem tiefgreifenden Umdenken gekommen wäre.

## 2. Zur Entstehungsgeschichte des Reiches

Der Beginn der Reichsbildung hatte im Fall Russlands durchaus eine ökonomische Ratio. Das Großfürstentum Moskau und das aus ihm hervorgegangene Zarenreich begann auf einem Territorium, das aus klimatischen Gründen (die Wachstumsperiode dauert in der Region um Moskau nur vier bis fünf Monate) und wegen der geringen Bodenfruchtbarkeit keine nennenswerten agrarischen Überschüsse hervorbringen und deswegen die mit dem Reich verbun-

---

<sup>3</sup> Im Ersten Weltkrieg kam es in Russland schon ab 1915 zu einer dramatischen Verschlechterung der Lebensmittelversorgung der Städte und sogar der Armee, was erheblich zu ihrer Demoralisierung beitrug. Anders als es im Zweiten Weltkrieg gelang es der Regierung oft nicht, die Bauern zum Verkauf bzw. zur Abgabe ihrer Ernte zu bewegen bzw. zu zwingen. Die Umstellung der städtischen Industrie auf Rüstungsproduktion führte dazu, dass die gewohnte Gegenleistung in Form von Industriewaren ausblieb.

<sup>4</sup> Anders als in der spätmarxistischen Literatur behauptet wird, war nur ein kleiner Teil der Kolonien für das Mutterland wirtschaftlich rentabel. Deutschland, die USA und Japan besaßen überhaupt keine rentablen Kolonien. Dass der wirtschaftliche Aufstieg der Industrieländer ursächlich mit der Ausbeutung der Kolonien zu tun gehabt habe, ist ein Gerücht.

denen Kosten wie insbesondere die Unterhaltung eines großen Heeres nicht zu tragen vermochte.<sup>5</sup> Im ursprünglichen Siedlungsgebiet der Moskowiter war damals im Wesentlichen nur Subsistenzlandwirtschaft möglich. Ihr Reich musste sich erst noch eine ökonomische Basis verschaffen, die dieses Gebilde dauerhaft erhalten konnte. Diese ökonomische Basis erlangte es im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts durch die sukzessive Eroberung des Schwarzerdegebiets, das kolonisiert und russifiziert wurde und auf dem eine viel ergiebiger Landwirtschaft möglich war als in den nördlich davon gelegenen Nichtschwarzerdegebieten. Die Erschließung und Urbarmachung des Schwarzerdegebietes wurde um 1880 abgeschlossen. Sie ermöglicht das starke Bevölkerungswachstum von 6 – 12 Mio. im 16. Jahrhundert (gegen über 15 – 20 Mio. in „Deutschland“) auf 68 Mio. im Jahr 1858 und 125 Mio. im 1897 (dies bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung im europäischen Teil des Zarenreichs), womit die Russen zur zahlreichsten Nation Europas (und einer der größten der damaligen Welt) anwuchsen. Ihre Zahl deckte nunmehr die Präention des Reichs auf Weltmachtstatus.

Die weitere Expansion ging insbesondere nach Osten und hatte keine landwirtschaftliche Rationalität mehr, weil mit Sibirien und dem Fernen Osten Regionen erobert wurden, in denen damals (und in weiten Teilen auch heute) nur eine Subsistenzland- oder -viehwirtschaft möglich war. Soweit Ressourcenreichtum für dieses Vorhaben eine Rolle spielte, war die maßgebliche Ressource der Reichtum an Pelztieren. Pelztierfang und Pelzhandel waren im Sibirien des 17. und 18. Jahrhundert sehr rentabel. Im 17. Jahrhundert deckten die Steuern, mit denen das Zarenreich den Pelzhandel belegte, nicht nur sämtliche Kosten der Verwaltung und Verteidigung Sibiriens, sondern es entstand sogar noch ein beachtlicher Überschuss, aus dem das Zarenreich seine europäischen Aktivitäten quersubventionieren konnte. Damals war Sibirien eine Jägerkolonie. Die bemerkenswert rasche Ausdehnung des Reiches nach Osten lässt sich mit der wenig nachhaltigen Wirtschaftsweise der damaligen Pelztierjäger in Verbindung bringen. Sobald sie in einem bestimmten Territorium ihre Tätigkeit aufgenommen hat-

---

<sup>5</sup> Gajdar (Sobr. Soč. Tom 3 S. 300/1) verweist auf die Schwäche und Rückständigkeit des Zarenreichs noch am Ende des 17. Jahrhunderts: „Eine reguläre Armee gab es in Russland nicht, stattdessen nur schlecht trainierte Soldatenhaufen, die von ausländischen Offizieren, die im Sold des Zaren standen, kommandiert wurden, außerdem noch die Strelitzen und die Adelskavallerie. Russland hatte keine Flotte, nur ganz wenige Schulen und auf denen lernte man nur das Lesen und Schreiben, keine Universitäten, keine Gelehrten, keine Ärzte, nur eine einzige Apotheke und das war die des Zaren, keine Zeitungen, nur eine einzige Druckerei und die druckte fast nur religiöse Literatur.“ Der Unterschied zu allen west- und mitteleuropäischen Reichen war so eklatant, dass die Zeitgenossen dem Zarenreich schlechte Überlebenschancen attestierten. Leibnitz etwa, einer der großen Gelehrten jener Zeit, erwartete, dass Russland zu einer schwedischen Kolonie werden würde. Und so wäre es wohl auch gekommen, wenn der Schwedenkönig im russische-schwedischen Krieg im frühen 18. Jahrhundert nicht etwas leichtsinnig agiert hätte. Anm.: Die Strelitzen waren eine Truppe, die Iwan der Schreckliche geschaffen hatte und als Leibwache des Zaren diente. Sie war mit Feuerwaffen ausgestattet, galt aber als wenig diszipliniert.

ten, dezimierten sie in aller Regel den Bestand binnen mäßiger Frist so stark, dass sich die Fortsetzung der Jagd kaum rentierte. Dann blieb gar nichts anderes übrig als neue Horizonte zu suchen. So kam man bis an den Yukon Fluss in Alaska/Kanada. Im 18. Jahrhundert gingen die Preise für Pelze (vermutlich als Folge neuer Entwicklungen in der Schafzucht und der Textilindustrie) stark zurück und ab diesem Moment wurde Sibirien zum Verlustgeschäft. Seine Erschließung und Verteidigung kostete dem Zarenreich sehr viel mehr als sie einbrachte. Dass man das ökonomisch nutzlos gewordene Territorium (mit Ausnahme von Alaska) nicht wieder aufgab, lag an einer schon damals starken nichtökonomischen Motivation zur Reichsbildung, den man auch als Sibirienmythos bezeichnet.

### 3. Die Besiedlung Sibiriens

Um dieses Territorium gegen die asiatischen Völker verteidigen zu können, musste man es besiedeln und verkehrsmäßig erschließen<sup>6</sup>. Dies versuchten sowohl das Zarenreich als auch die spätere kommunistische Regierung mit beträchtlichem Aufwand, aber sehr mäßigem Erfolg. 1917 hatte Sibirien (einschließlich des sog. Fernen Ostens und einschließlich der sibirischen Teile des sog. Uralgebiets) eine Bevölkerung von ca. 10 Mio. Das Zarenreich und die sowjetische Regierung (ab 1922) förderten auf vielfältige Weise die Migration nach Sibirien. Heute leben im Föderationskreis (federalnĵy okrug) Sibirien 20 Mio., im Föderationskreis Ferner Osten 7 Mio. Dazu kommen noch die 14 Millionen im Föderationskreis Ural, der geographisch im Wesentlichen zu Sibirien gehört (jenseits des Uralkamms liegt). Zusammengekommen sind dies ca. 40 Mio.

Ein interessantes Experiment, das die Möglichkeiten und Grenzen einer Besiedlung auf der Basis der Freizügigkeit und ökonomischer Motive zum Umzug aufzeigt, war das sowjetische Zion. Die sowjetische Führung versuchte ab den 1920er Jahren, die zionistische Bewegung für ihre Zwecke einzuspannen. Sie bot ihr ein neues Zion an, ein jüdisches Land, genauer eine jüdische autonome Sowjetrepublik.<sup>7</sup> Die gibt es unter der Bezeichnung Jüdisches Autonomes Gebiet bis heute, obwohl dort kaum mehr Juden leben. Es befindet sich am Amur. Das Autonome Gebiet hatte bei der bislang letzten Volkszählung, die 2010 stattfand, eine

---

<sup>6</sup> Wenn man an Kriege denkt, die auf dem Niveau der heutigen Militärtechnik geführt werden, gilt diese Aussage nicht mehr ohne weiteres. Schließlich kommt es heutzutage vor allem auf den technischen Stand der Truppe an und ihre Fähigkeit, mit dieser Technik umzugehen. Man braucht keine großen Mengen von Soldaten mehr. Aber das war noch im Ersten Weltkrieg ganz anders.

<sup>7</sup> Für die Annahme des Angebots sprach, dass die Sowjetunion sich bis 1950 dadurch vom Zarenreich unterschied, dass sie dezidiert nicht antisemitisch war und mit der Gleichberechtigung der Juden ernst machen wollte. Das änderte sich erst 1950 (und zwar ziemlich radikal). Ab diesem Moment war man wieder antisemitisch.

Bevölkerung von 176 558. Seine Hauptstadt ist Birobidžan<sup>8</sup>, die nächste etwas größere Stadt, wenn man die Transsib von Charbarovsk her kommend in Richtung Westen bereist. Nach sibirischen Maßstäben ist das Wetter dort gar nicht so schlecht, Subsistenzlandwirtschaft ist möglich. Das Projekt der Ansiedlung von Juden wurde bis 1958 mit Nachdruck betrieben und zog im Laufe dieser Geschichte eine sechsstellige Zahl von jüdischen Siedlern an, aber die meisten reisten rasch wieder ab, weil sie das Leben in dieser Region unerträglich fanden. Selbst auf dem Höhepunkt der Zuzüge, im Jahre 1941, als viele eine Zuflucht vor den Nazis suchten, lebten in Birobidžan nur 50 000 Juden.

Gesamthaft gilt für die Besiedlung Sibiriens, dass die Zahl der Leute, die freiwillig aufgrund ökonomischer Anreize überzusiedeln bereit waren, nicht ausreichte, um die natürlichen Ressourcen zu erschließen und die hierfür erforderliche Infrastruktur zu errichten<sup>9</sup>. Dieses Problem trat nicht nur in Sibirien im engeren Sinne auf, sondern auch schon im östlichen Ural. Seine „Lösung“ gelang erst durch die Zwangsumsiedlungen der Stalinära und den GULAG. Sein 1929 in die Wege geleiteter Aufbau diente erklärtermaßen diesem Zweck. Der GULAG entstand als Reaktion auf konkrete Hilferufe der Funktionäre, die mit der Durchführung der im Ural und Sibirien angeschobenen Großprojekte des 1. Fünfjahrplans beauftragt waren. Sie sahen sich außerstande, die für die Erfüllung dieser Aufgaben benötigten Arbeitskräfte zusammenzutrommeln. 1929 hatten die unter der Bezeichnung GULAG (Hauptverwaltung der Lager der GPU, gemeint ist also eine bestimmte Behörde) geführten Zwangsarbeitslager (daneben gab es noch andere) gerade einmal eine Population von 30 000 Insassen, aber schon 1934 waren es eine halbe Million. Dazu kam noch eine große Zahl weiterer Zwangsarbeiter, beispielsweise sog. entkulakisierte Kulaken und in unwirtliche Gebiete umgesiedelte Völkerschaften<sup>10</sup>, die organisatorisch nicht in den GULAG „integriert“ waren. 1938 erreichte der Personalbestand des GULAG 2 Millionen und er hielt sich dann bis 1953 meist zwischen einer und zwei Millionen, wobei es weiterhin auch noch andere Gruppen von Zwangsarbeitern gab, die nicht vom Gulag verwaltet wurden (beispielsweise deutsche Kriegsgefangene). Wegen der hohen Todesrate ließ sich dieser Bestand nur durch ständige Zufuhren aufrechterhalten. In besonders unwirtlichen Regionen stellten die Gulagbewohner oft die Bevölke-

---

<sup>8</sup> Sie ist benannt nach den zwei Flüssen, die sich dort vereinen. Die heißen Biro und Bidschan.

<sup>9</sup> Ebenso wie im Fall der Militärtechnik trifft diese Aussage heutzutage nicht mehr zu, sofern man Bergbau auf dem Stand der modernen Technik betreibt. Dazu braucht man nicht mehr sonderlich viele Leute und schon gar nicht sehr viele ortsansässige Kräfte. Man kann sie zum beträchtlichen Teil durch Saisoniers ersetzen. Aber, soweit bekannt, ist dieser Stand der Technik in Russland vielerorts noch längst nicht erreicht.

<sup>10</sup> Die Wolgadeutschen wurden zum Teil nach Sibirien und zum Teil ins heutige Kasachstan umgesiedelt. Eine der wichtigsten Verbringungsorte war Karaganda, in dem die Deutschen zeitweilig wohl die Mehrheit der Bewohner stellten. Sie arbeiteten dort insbesondere im rüstungswirtschaftlich sehr bedeutenden Steinkohlebergbau.

rungsmehrheit. So entstanden Workuta, Norilsk, Susuman und Anadyr als Gulag-Städte und auch in Chabarovks waren von den 500 000 Einwohnern im Jahre 1938 300 000 Gulag-Häftlinge. Dabei blieb es bis Stalins Tod. Um den Widerstand gegen das kommunistische Regime zu unterdrücken, wäre es meist (Ausnahme: große Säuberung, die war vermutlich eine Reaktion auf eine echte Gefährdung des Regimes) nicht erforderlich gewesen, so viele Leute zu inhaftieren. Die meisten GULAG-Häftlinge saßen nicht wegen politischer Delikte ein. Jeder, der eine mehr als dreijährige Gefängnisstrafe bekommen hatte, kam in den GULAG. Ungefähr die Hälfte aller GULAG-Häftlinge war nur wegen Diebstahls verurteilt. Die drakonische Strafe von Lagerhaft und Zwangsarbeit für Diebstahl diente erstens der Verteidigung des sog. sozialistischen Eigentums, die in der Stalinära anders als später rigoros betrieben wurde (wenn auch ohne Erfolg – tatsächlich verschwand sehr viel und war „Blat“ allgegenwärtig<sup>11</sup>) und zweitens dem Zweck der Beschaffung eines Millionenheers von Arbeitsklaven, das in Regionen und für Projekte eingesetzt wurde, für die man auf einer mehr oder minder freiwilligen Basis nicht genügend Arbeitskräfte zusammenbekam. Ein beträchtlicher Teil der vormaligen Häftlinge hatte auch nach der Entlassung aus der Haft keine Möglichkeit fortzuziehen und musste wohl oder übel in der Gegend bleiben, in die sie als Sträflinge verfrachtet worden waren. Das galt übrigens auch nach der Auflösung des eigentlichen GULAG. Die Uralregion und Sibirien waren weiterhin wichtige Standorte für Straflager, in die nach wie vor ganz außergewöhnlich viele Leute kamen. Diese mussten nach Verbüßung der Haft oft in der Region des Straflagers bleiben, teils, weil ihnen das vorgeschrieben wurde, teils, weil die reale Möglichkeit eines Wegzugs fehlte – Umzüge sind in Russland schwierige Vorhaben. Deswegen findet sich in Sibirien eine enorme Konzentration krimineller Elemente bzw. durch ihren Straflageraufenthalt verrohter und verdorbener Leute, so dass das Leben dort in vielen Regionen ziemlich gefährlich und die Kriminalität auch nach russischen Maßstäben hoch ist.

#### 4. Die sozialistische Industrialisierung

Die Industrialisierungs- und GULAG-Projekte Stalins standen unter militärstrategischem Vorzeichen, nicht unter ökonomischem. Stalin wollte eine industrielle Basis in einer Region zu errichten, in die eine ausländische Invasionsarmee schwerlich vordringen konnte, also im Ural und in Sibirien. Dies geschah ab 1928 und war beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs soweit vorangekommen, dass die Besetzung und nachfolgende Zerstörung eines großen Teils

---

<sup>11</sup> Blat ist ein Sammelbegriff für Schleichhandel und Korruption.



der europäischen Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht nicht zum Zusammenbruch der sowjetischen Rüstungsproduktion führte, die trotz der umfangreichen Materiallieferungen aus den USA unvermeidlich die Niederlage der Roten Armee zur Folge gehabt hätte. Dass die Produktion aufrechterhalten und ab 1943 sogar erheblich gesteigert werden konnte, lag beispielsweise am Stahlwerk in Magnitogorsk, dem größten Stahlwerk der Welt, das 1938 seine Produktion aufnahm und mehr Stahl erzeugte als die gesamte britische Stahlindustrie zusammengekommen. Die Ressourcenprojekte, die in diesem Zusammenhang im Ural und in Sibirien durchgeführt wurden, dienten der Versorgung dieser Industrie und nur ausnahmsweise dem Export. Auf den Export orientiert war vor allem der Goldbergbau. Das bekannteste Goldbergwerk ist das an der Kolyma, das man wegen der sehr großen Zahl von Todesopfern als Stalins Auschwitz bezeichnen mag, obwohl es anders als Auschwitz kein reines Vernichtungslager war (es gibt mehr Überlebende von der Kolyma als aus Auschwitz). Man schätzt, dass jede Tonne Gold, die dort gefördert wurde, mit ca. 1000 Menschenleben bezahlt wurde.

Die sibirischen Projekte Stalins einschließlich Kolyma waren samt und sonders unrentabel, sofern Menschenleben ein Wert beigemessen wird. Ihr Sinn lag im rüstungswirtschaftlichen Bereich und in dieser Hinsicht waren sie erfolgreich. Sie bescherten der Sowjetunion den Sieg im Zweiten Weltkrieg und den nachfolgenden Aufstieg des Reichs zu noch nie da gewesener Größe. Diese stalinsche Politik war auf ihre Weise rational, nur handelte sich eben um ein Rationalitätskalkül, das einzig auf staatliche Machtentfaltung abzielte. Die Politik seiner Nachfolger war weniger brutal, aber auch weniger rational und stattdessen evident illusionistisch. Sie verkannten und verkennen bis heute die enormen Kosten der Kälte und der Entfernungsüberwindung, die dazu führen, dass von Reichtümern Sibiriens eigentlich nicht die Rede sein kann.

##### 5. Zur Regionalökonomik des heutigen Sibirien

Die sibirischen Lagerstätten wären Reichtümern, wenn sie in Mitteleuropa lägen. Bekanntlich ist diese Voraussetzung bei weitem nicht erfüllt. Um ihren wirklichen Wert zu ermitteln, muss man die Kosten der Kälte und der Entfernungsüberwindung abziehen und wenn man diese Rechnung ausführt, reduziert sich der Restwert gar nicht selten auf null. Auch bei uns werden die Kosten der Entfernungsüberwindung in der wirtschaftspolitischen Diskussion häufig unterschätzt, weswegen wir diesen Punkt näher ausführen müssen. Bei uns wirkt sich diese Fehleinschätzung nur nicht so schwerwiegend aus, weil Deutschland ein gemäßigtes Klima hat und dicht besiedelt ist. Selbst in reichen Staaten mit einer hoch entwickelten Transportinf-

rastruktur schlagen die Kosten der Entfernungsüberwindung so stark zu Buche, dass sich die wirtschaftliche Aktivität typischerweise auf einen kleinen Teil des Staatsgebiets konzentriert. Wenn man die Transportkosten durch Steuern aufbläht, wie es bei uns oft gefordert wird, oder auch nur die Subventionierung des sog. öffentlichen Verkehrs reduziert, dann hätte dies zur Folge, dass sich auch die deutsche Bevölkerung noch stärker in Städten konzentrieren würde.

Um die Stärke der Agglomerationstendenzen zu erkennen, sollte man nicht an Deutschland denken, in denen sich der Staat ihnen in den Weg stellt und man so unklug war, die „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ in die Verfassung zu schreiben (auf den Gedanken, dass dies einen erkennbaren Sinn haben kann, konnte man nur in einem kleinen und in sich ziemlich homogenen Land kommen), sondern an reiche Länder, in denen sich diese Tendenzen freier entfalten können.<sup>12</sup> Im dichtbesiedelten, kleinräumigen Großbritannien ist die Bevölkerung trotzdem stark auf London einschließlich den sog. London Commuter Belt konzentriert, in dem 2011 fast 19 Mio. und damit ca. 30 % der Gesamtbevölkerung Großbritanniens leben und zwar auf einem Territorium, das einschließlich seiner green belts weniger als 8 % der Gesamtfläche Großbritanniens ausmacht. In dieser Region wurden 2011 – und damit in einem Jahr, in dem die in London ansässige Finanzbranche keineswegs auf Hochtouren lief – ca. 40 % der britischen Wirtschaftsleistung erbracht. Tendenz steigend!<sup>13</sup> Der enorme Unterschied zwischen einer westlichen und der russischen Wirtschaftsgeographie springt noch stärker ins Auge, wenn wir Nationen mit großem Territorium betrachten. In den USA leben mehr als 50 % der Bevölkerung in den sog. metro areas, die mehr als eine Million Einwohner haben – in Russland sind es keine 16 %. Nur 20 % der amerikanischen Bevölkerung lebt auf dem Land und in Klein- und Mittelstädten, d. h. in Stadtregionen, die weniger als 100 000 Einwohner haben, in Russland sind es hingegen ca. 55 %. Die russische Wirtschaftsgeographie

---

<sup>12</sup> Mit dieser Bemerkung wird nicht in Abrede gestellt, dass beispielsweise Deutschland, Italien, die USA und Australien erheblich davon profitieren, dass sie nicht nur eine einzige große, ehrgeizigen und gut ausgebildeten Leuten als stark überdurchschnittlich attraktiv geltende Agglomeration besitzen (wie Frankreich oder England), sondern eine Mehrzahl davon und diese Agglomerationen sich wohl oder übel im Wettbewerb zueinander behaupten müssen. Der Vorteil mag zum Teil darin bestehen, dass bei einer einzigen Agglomeration in einem Land mit einer Bevölkerung von zweistelliger Millionengröße die Agglomeration eine Größenordnung erreichen würde, in der die Agglomerationsvorteile nicht mehr überwiegen (dies mag auf Paris seit einiger Zeit zutreffen und zum Aufstieg bzw. Wiederaufstieg von Marseilles, Toulouse, Lyon, Rennes und Bordeaux beigetragen haben), sondern auch darin, dass die (Kommunal-)Politik sich durch den Wettbewerb mit konkurrierenden urbanen Zentren dazu gezwungen sieht, durch den Ausweis von relativ viel Bauland und einen hinreichenden Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für erträgliche Kosten des Wohnens zu sorgen (statt den Wohnungsbau massiv zu behindern, wie sie dies in England seit 70 Jahren tut).

<sup>13</sup> Das liegt allerdings auch daran, dass in weiten Teilen des Landes seit langem viel zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert wurde. Selbst der mit M1 eigentlich als besonders wichtig bezeichnete motorway nach Schottland ist nicht durchgehend als Autobahn ausgebaut. Schlechte Straßen und Schienenwege begünstigen Bevölkerungskonzentration. Das kann man auch in Sachsen sehen.

ist das Ergebnis einer Geschichte, in der die Bevölkerung fast nie die volle Freizügigkeit hatte und auch heute nur eine eingeschränkte Freizügigkeit besitzt; sie ist ein Kunstprodukt staatlicher Siedlungspolitik.<sup>14</sup>

Eine auch in Russland weithin unbekanntes Konsequenz aus einer Siedlungsstruktur, die das Theorem vom komparativen Vorteil und generell ökonomische Gesichtspunkte souverän missachtet, ist eine auch unter Schwellenländern anormal große Bedeutung und Persistenz eines massenhaften Wanderarbeiterdaseins (otchód). Gemäß einer der wenigen Untersuchungen über dieses Phänomen<sup>15</sup>, über das es keine amtlichen Statistiken gibt, betätigt sich in 10 bis 20 Millionen der ca. 50 Mio. russischen Familien mindestens ein Familienmitglied während eines beträchtlichen Teils des Jahres als Wanderarbeiter und erwirtschaftet auf diese Weise einen bedeutenden Beitrag zum Familieneinkommen, ohne den die Familie oft in drückender Armut leben müsste. Der Grund dafür ist das Fehlen ausreichend lukrativer Erwerbsmöglichkeiten im Umkreis des Wohnorts. Die Wanderung führt sie in aller Regel in die Städte des Landes und zwar vor allem in die westlichen und südlichen. Ungewöhnlich ist das russische Wanderarbeiterdasein nicht zuletzt im Hinblick auf die weiten Entfernungen, die zurückgelegt werden, die Beschwerlichkeit und die Gefahren der Reisen, die die Wanderer auf sich nehmen. Dies ist eine schwere Belastung für die Familien, aber auch für die Wanderarbeiter selbst, die oft in prekären Unterkünften hausen, sich nicht selten verborgen halten müssen und im Krankheitsfall weder Zugang zum staatlichen Gesundheitswesen noch irgendeine andere Form der sozialen Absicherung besitzen. Die meisten Großstädter wissen wenig über dieses Phänomen. Zumeist handelt es sich um Wirtschaftsaktivität, die sich in der Schattenwirtschaft vollzieht. Unter normalen Umständen sollte man annehmen, dass die Familien zumindest in der zweiten oder dritten Generation dorthin ziehen<sup>16</sup>, wo man besser verdienen kann und es sich besser leben lässt, so dass kein Familienmitglied auf Wanderschaft mehr gehen muss, aber das war und ist unter russischen Bedingungen meist schwierig oder unmöglich. Natürlich hat es auch in Westeuropa schon im Mittelalter und erst recht in der Neuzeit wandernde Handwerkern und anderen Fahrenden gegeben, aber dies war zumeist eine Randerscheinung, wohingegen in Russland das Wanderarbeiterdasein schon im 18. Jahrhundert

---

<sup>14</sup> Es würde hier zu weit führen, den Vergleich auch noch auf Australien auszudehnen. Aber jeder, der Australien ein wenig kennt, weiß, dass der Kontrast zwischen Russland und Australien noch stärker ist.

<sup>15</sup> Juri Plusnin, Yana Zausaeva, Natalia Zhidkevich, Artemy Pozanenko: *Wandering Workers*. Stuttgart: Ibidem 2015

<sup>16</sup> In der ersten Generation einer Wanderarbeiterbiographie spielen oft noch Eingewöhnungsschwierigkeiten in den Städten eine Rolle. Eine auf dem Lande aufgewachsene und noch wenig beschulte Generation nimmt die Mühsal lebenslänglichen Wanderarbeiterdaseins auf sich, weil sie die als Freiheit empfundene Isolation und Staatsferne des ländlichen Lebens nicht missen will. Ein Leben ohne eigenen Kartoffelacker kann sie sich schwer vorstellen.

unter der Herrschaft Peters des Großen zu einem Massenphänomen wurde. Für die Mitte des 19. Jahrhundert schätzt man die Zahl der Wanderarbeiter auf 3 – 5 Millionen<sup>17</sup> und für das späte 19. Jahrhundert nach der Aufhebung der Leibeigenschaft und der allmählichen Lockerung der Bindungen an die Dorfgemeinschaft geht man noch von einer erheblichen Steigerung aus. 1931 verschwand das Phänomen offiziell, weil das selbstbestimmte, auf Eigeninitiative beruhende Wanderarbeiterdasein nunmehr verboten war.<sup>18</sup> Stattdessen sollte es nur mehr staatlich organisiertes Nomadentum geben und das in ganz großem Stil. Heute wissen wir allerdings auch, dass diese Verstaatlichung des Nomadentums trotz drakonischer Strafen nie wirklich funktioniert hat, und dass nicht organisiert, selbstbestimmte Wanderschaften weiterhin große Bedeutung hatten<sup>19</sup>. In der Brežnevära kehrte es auch ganz offiziell zurück. Die heutigen Wanderarbeiter gelten als eine wirtschaftlich besonders aktive Gruppe, aus der unter „normalen“ westeuropäischen Umständen ein Unternehmertum entstehen würde<sup>20</sup>.

Von den geographischen und klimatischen Verhältnissen her lässt sich Russland am besten mit Kanada vergleichen. Bei diesem Vergleich springen die Unterschiede in der Wirtschaftsgeographie und Standortstruktur noch weitaus stärker ins Auge als beim Vergleich mit den USA. Ein Viertel der kanadischen Bevölkerung lebt im sog. golden horseshoe am Westende des Lake Ontario (Toronto und Hamilton mit Umland). Sein Kerngebiet, in dem 7 Millionen leben, bedeckt gerade mal 0,1 Prozent des kanadischen Territoriums und selbst einschließlich der sog. extended area, die beträchtliche Grünzonen umfassen und weit weniger dicht besiedelt ist, sind es keine 3 Promille. 51 % der kanadischen Bevölkerung (18 Mio.) leben im sog. Quebec City – Windsor Corridor, der sich von Quebec entlang des St. Lorenzstroms bis nach Windsor erstreckt, der kanadischen Nachbarstadt von Detroit. Der golden horseshoe ist Teil dieses Korridors, der nur ca. 2,5 % des kanadischen Territoriums umfasst.

---

<sup>17</sup> Op. cit. S. 30.

<sup>18</sup> Um dieses Verbot durchzusetzen, führte man ein System von Inlandspässen ein, wobei nur eine Minderheit derartige Pässe erhielt. Freizügig waren nur Besitzer derartiger Pässe. Wer ohne Pass am falschen Ort angetroffen wurde, konnte an kalte Orte deportiert werden.

<sup>19</sup> „Although the 1931 decree on otkhod represented an effort to assert state control over peasant labour through a system of contracts between industrial enterprises and collective farms, this system, known as *orgnabor*, proved difficult to operate and by no means eliminated the possibility of individual otkhod. In the first place, it was usually not difficult (for a price) to get kolkhoz permission to depart and a passport from the rural soviet. In the second place, it was not unknown for kolkhozniks to depart even without permission and a passport. Despite the existence of laws that threatened state enterprises with stern penalties if they ever hired a kolkhoznik who showed up at the factory gate without kolkhoz permission and a passport, enterprises often systematically violated these rules.“ So Fitzpatrick Sheila: *Stalin's peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization*. New York 1994, S. 165.

<sup>20</sup> Man denke nur an die italienischen, „jugoslawischen“ und griechischen „Gastarbeiter“, die in den 1960er Jahren nach Westdeutschland kamen und ab den 1970er Jahren ziemlich häufig ihre eigenen Unternehmen gründeten und beispielsweise die „deutsche“ Küche marginalisierten.

Wenn wir dann noch die Vancouver Metropolitan Area mit 2,4 Mio. Einwohnern in Betracht ziehen, sind wir mit Kanada schon fast fertig und erkennen, dass mindestens zwei Drittel der kanadischen Bevölkerung in den klimatisch angenehmsten 3 % des Landes leben. Der Rest des Landes ist abgesehen von einigen wenigen größeren Städten nahezu unbesiedelt. Diese Bevölkerungsballung mag manchem als eine unangenehme Vorstellung erscheinen, aber dies ändert nichts an der Tatsache, dass uns die Moderne eine immer stärkere Bevölkerungszusammenballung gebracht hat und weiterhin bringt. Der Verzicht auf Ballung ist mit dem Verzicht auf Wohlstand gleichbedeutend, weil Ballung enorme Transportkostensparnisse bedeutet. Dieser Faktor schlägt überall dort besonders stark zu Buche, wo der Verkehrswegebau überdurchschnittlich aufwendig ist, also in kalten oder gebirgigen Regionen.

Die Kosten der Kälte werden sowohl bei uns als auch in Russland unterschätzt.<sup>21</sup> Wenn von Erderwärmung die Rede ist, reden wir viel über die Kosten der Wärme, aber es scheint, dass sie viel geringer sind als die Kosten der Kälte. Es mangelt an ernsthaften Untersuchungen, die uns eine hinreichend klare Vorstellung von dem Zusammenhang zwischen der Temperatur und den Infrastruktur- und Lebenshaltungskosten einer Region vermitteln. Untersuchungen über die Folgen einer Erderwärmung müssten die Kosteneinsparungen berücksichtigen, die daher rühren, dass es auf einem beträchtlichen Teil des uns zur Verfügung stehenden Bodens bislang sehr kalt ist und bei einer Erderwärmung möglicherweise weniger kalt wäre. Für die Kosten der Kälte haben wir keine belastbaren Zahlen, die eine Schätzung von Kostenfunktionen erlauben. Soweit hierüber geforscht wurde, geschah dies meist vor Jahrzehnten. Damals befürchtet man nicht, wie heute, ein global warming, sondern ein global cooling.<sup>22</sup>

Es liegt auf der Hand, dass die Grenzkosten der Kälte ab einem gewissen Kältegrad dramatisch zunehmen. Dabei kommt es nicht nur auf die Durchschnittstemperaturen im kältesten Monat, sondern ebenso sehr auf die Kältespitzen an. Wohnungen, Infrastruktur und Technik müssen auf die Kältespitzen ausgerichtet sein. Einige Kosten der Kälte liegen auf der Hand, so die des Heizens, der Kleidung, der Wärmedämmung der Bauwerke usw., die des Winterdiensts, die Behandlungskosten kältebedingter Krankheiten wie z. B. Erkältungen. Da-

---

<sup>21</sup> Am Rande mag es Erwähnung verdienen, dass die Kosten der Kälte und der Entfernungsüberwindung auch vom deutschen Generalstab im Jahr 1940 im Vorfeld des Russlandfeldzugs sträflich unterschätzt wurden und eben dies zum Scheitern dieses Feldzugs führte. Die Trümpfe der Wehrmacht gegenüber der Roten Armee waren dieselben wie gegenüber der französischen: stärkere Panzerstreitkräfte und eine stärkere Luftwaffe. Aber Kälte und Entfernung sorgten dafür, dass diese Trümpfe nicht annähernd so wirksam waren wie in Frankreich.

<sup>22</sup> Seitdem hat sich die Technik so stark gewandelt, dass die damaligen Schätzwerte nicht sonderlich verlässlich sein dürften. Die Tatsache, dass wir heute viel stärker als früher von der sehr kälteempfindlichen Elektronik und Akkus abhängen, begründet die Vermutung, dass die Kosten der Kälte angestiegen sind.

zu kommt, dass viele Materialien und Motoren ab bestimmten Kältegraden öfter mal den Dienst versagen oder brechen und dass bei diesen Temperaturen hohe Ausfallkosten anfallen. Minus 30 Grad C gilt dabei als ein Schwellenwert, jenseits dessen die kältebedingten Schäden sprunghaft ansteigen und eine Arbeit im Freien kaum mehr möglich ist. Bei sibirischen Temperaturen verschleißt die bei uns problemlos einsetzbare Technik rasch und wird sehr unzuverlässig. Dass es sehr viel einfacher ist, ein Fahrzeug hitzetauglich zu machen als kältetauglich, illustriert die Praxis renommierter KFZ-Hersteller, die die Hitzetauglichkeit ihrer Prototypen im Death Valley in den USA testen und die Kältetauglichkeit in einem Nest in Schweden (Arjeplog), das in der Nähe des Polarkreises liegt. Das Death Valley ist mit sommerlichen Mittagstemperaturen um die 50 Grad einer der heißesten Orte der Erde<sup>23</sup>, wogegen in Arjeplog die winterlichen Temperaturen mit minus 15 Grad in Januardurchschnitt verglichen mit Sibirien ausgesprochen angenehm sind. Das illustriert die Temperaturspanne, für die man heute ein Auto ohne hohe Mehrkosten fit machen kann. Sibirien liegt außerhalb dieser Spanne.

Statt der bei uns verwendbaren Technik braucht man in der Kälte andere, sehr viel teurere Materialien und Ausrüstungen. Diese standen bei den sowjetischen Erschließungsmaßnahmen in Sibirien meist nicht zur Verfügung. Das Ergebnis ist, dass das meiste, was dort gebaut wurde und zum Einsatz kommt, kurzlebig und störungsanfällig ist. Dies ist nicht nur ein Problem Sibiriens, sondern geht schon im westlichen Vorland des Ural los. Heute geht man in Russland davon aus, dass die Lebenshaltungskosten im Permafrostgebiet ungefähr viermal so hoch sind wie in einer Siedlung mit Moskauer Klima.<sup>24</sup> Das ist allerdings nur eine grobe Schätzung und sagt nichts über die Zahl an Rubeln aus, die ein Haushalt für einen bestimmten Warenkorb tatsächlich hinlegen muss. Ein sehr beträchtlicher Teil der Kosten des Lebens in der Kälte sind Heizkosten und die werden russischen Haushalten bei weitem nicht auf der Basis von Weltmarktpreisen verrechnet, sondern die Heizkraftwerke beziehen die Energie zu sehr günstigen Preisen. Ein wichtiger Teil der Lebenshaltungskosten sind die Stromkosten. Strom ist in Sibirien oft sehr teuer. In der Nähe eines Wasserkraftwerks mag er billig scheinen, aber um sich von der Illusion des billigen sibirischen Stroms befreien, sollte man die enormen Kosten des Baus eines solchen Wasserkraftwerks unter sibirischen Bedingungen bedenken, und sich die Frage stellen, ob es nicht besser wäre, den gesamten dort erzeugten Strom über eine Hochspannungsleitung ins europäische Russland zu leiten. Dazu

---

<sup>23</sup> Das ist bei Messung in 2m Höhe über der Erdoberfläche. In Bodennähe – und da befindet sich ein KFZ allemal – steigen die Temperaturen noch deutlich höher an.

<sup>24</sup> Um sich klar zu machen, was das bedeutet, muss man wissen, dass ungefähr die Hälfte allen Landes in der russischen Föderation Permafrostboden ist. Das ist wesentlich mehr als in Kanada und ungefähr genausoviel wie in Alaska.

kommt, dass in Sibirien der Bau und die Unterhaltung von Verteilungsnetzen außerordentlich teuer ist und die Kapazitätsauslastung vieler der vorhandenen Kraftwerke übers Jahr gerechnet eher gering ist. Dies liegt daran, dass es in vielen Regionen schlechterdings unmöglich ist, das dort vorhandene Kraftwerk an ein ausreichend leistungsfähiges Allunionshochspannungsnetz anzuschließen. Eine Folge dessen sind häufige black-outs, die wiederum die Produktionskosten im ortsansässigen Gewerbe in die Höhe treiben.

Bei einem Vergleich der Lebenshaltungskosten im Permafrost mit gemäßigten Zonen ist ferner zu bedenken, dass die Sowjetunion so gebaut hat, dass die life cycle costs der Gebäude viel höher ausfallen als es sein müsste.<sup>25</sup> Man hat dieselben schlecht isolierten Plattenbauten errichtet wie in den gemäßigten Klimazonen statt sich an die traditionelle russische Bauweise mit den Holzhäuschen zu halten, in deren Mittelpunkt sich ein großer Ofen befindet, auf und an dem sich in der kalten Jahreszeit das Familienleben abspielt. Wenn die Architekten die klimatischen Verhältnisse stärker berücksichtigt hätten, wäre der Unterschied in den Lebenshaltungskosten nicht ganz so dramatisch wie er es tatsächlich ist. In den 1970er und 1980er Jahren kam er an den wichtigen Zentren der Rohstoffproduktion in den kalten Regionen wie Tjumen zu einer Ressourcenvergeudung von schier unglaublichen Ausmaßen. Tjumen hatte Priorität und wurde rasch ausgebaut, koste es was es wolle.<sup>26</sup>

Aber auch bei einer besseren Planung wäre die Attraktivität Sibiriens für Zuzügler gering. Ein bloßer Vergleich der Lebenshaltungskosten vernachlässigt nämlich, dass bei Freizügigkeit der Lohn, der in Sibirien gezahlt wird, einen Ausgleich für die Unannehmlichkeiten

---

<sup>25</sup> Eine anschauliche Darstellung der baulichen Probleme, die der Permafrost erzeugt, findet sich in H. Smith: *The Russians*. London 1973, S. 403: „Any normal building set flush to the ground ... generates enough heat to thaw the permafrost under it and then sags into its own quagmire. The quirks of permafrost make roads heave and railroad tracks buckle like miniature roller coasters. The Yakuts have long accepted topsy-turvy cottages as an unavoidable inconvenience. But when modern Soviet engineers want to raise structures more than two stories high, there are obvious perils. The solution they have devised is to set buildings on concrete stilts to allow the icy Siberian winds to circulate under buildings and keep the permafrost frozen. But this means penetrating the permafrost long enough to sink pilings firmly into the obstinate earth. One method is to bore holes. But the most common, if more cumbersome, expedient is to funnel steam at high pressure into the permafrost from a long firehose contraption, thawing the earth temporarily. Then, with an ungodly clanking and heaving, a huge crane rams a 30-foot piling into the steam-softened pit by dropping it over and over and over until the sheer weight of the piling drives a hole to the desired depth. There, the permafrost seals its icy vice around the piling. This technique has caused construction costs to skyrocket but ... it enabled the Russians to build a new seven-story hotel in Yakutsk and a nine-story office building in the diamond town of Mirny (though I never did quite understand why such tall structures were needed anyway).”

<sup>26</sup> Aven and Kokh op. Cit. S. 139: „All was inefficient, nonproductive. You could not get extreme-cold metal, below – 40 degrees centigrade, which was absolutely critical. Ferroconcrete blocks were brought in by transport planes from all over the Soviet republics. The whole country was helping Tyumen to build homes. And no one counted the money. The oil sector had an open ruble account for many years of the Soviet period. There was no limitation of expenditures at all.“ Dass man die Platten für Plattenbauten großenteils einflog, ist ein erstaunlicher Vorgang, von dem man sonst noch selten gehört hat.

der Kälte enthalten müsste. Die Reallöhne müssten wesentlich höher sein als in den westlichen Regionen des Landes, weil sie beispielsweise ausreichen müssten, mehr Wohnraum pro Kopf zu finanzieren, Formen der Freizeitgestaltung zu ermöglichen, die sich auch im sibirischen Winter praktizieren lassen, häufige Reisen in den Süden bezahlbar zu machen und einen Ausgleich für die Krankheiten bieten müssten, die die Kälte hervorbringt. Davon waren sibirische Löhne immer weit entfernt. Hätten sie diesen Ausgleich bieten müssen, wie es bei voller Freizügigkeit der Fall wäre, wäre die Größenordnung der meisten sibirischen Städte wohl eher mit denen kanadischer Städte vergleichbar, die ähnliche klimatische Verhältnisse haben. Die entsprechenden kanadischen Regionen sind die Yukon Territories, die Northwest Territories und das Nunavut-Gebiet. Das Klima der Hauptstadt der Yukon Territories Whitehorse ist in etwa mit dem von Tjumen (Westsibirien, an der Transib, die nächste größere Stadt nach Ekaterinburg) vergleichbar. Tjumen hat 600 000 Einwohner, Whitehorse 30 000. Tjumen hat für sibirische Verhältnisse ein angenehmes Klima. Die meisten anderen Städte Sibiriens sind wesentlich ungemütlicher. In klimatisch vergleichbaren Regionen Kanadas gibt es nur ganz wenige Städte und die sind allesamt klein, obwohl sie jeweils einen Großteil der gesamten Bevölkerung der Region stellen (wie z.B. Yellowknife, die Hauptstadt der Northwest Territories mit 40 000 Einwohnern und Nunavut mit 30 000 Einwohnern).<sup>27</sup>

Gemessen an kanadischen und US-amerikanischen Maßstäben sind Sibirien und die Uralregion stark überbevölkert. Dies lässt sich demonstrieren, indem man für amerikanisch/kanadische und russischen Regionen hypothetische Bevölkerungszahlen schätzt, die sich bei einer Besiedlung nach russischen bzw. amerikanischem Muster ergeben hätten. Wäre

---

<sup>27</sup> Kaum eine dieser nördlichen Siedlungen in Kanada floriert, so dass für die Zukunft eher mit einem Rückgang als mit einem Anstieg der Bevölkerung zu rechnen ist. Ein anschauliches Beispiel liefert Churchill, ein derzeit noch von ca. 1000 Einwohnern bewohntes Dorf an der Hudson-Bay in der Provinz Manitoba, ca. 1000 km nördlich der Provinzhauptstadt gelegen – und insofern gar nicht so sehr nördlich. Allerdings ist die Hudson-Bay ein Eisschrank. Dies ist die einzige „nördliche“ Siedlung, die mit dem restlichen Kanada per Eisenbahn verbunden ist oder vielmehr war. Diese Eisenbahn wurde im frühen 20. Jahrhundert errichtet, um in den Sommermonaten, in denen die Hudson-Bay aufgetaut ist, Getreide aus den Prärieprovinzen exportieren zu können. Dieses Anliegen spielt schon lange keine Rolle mehr, weil die weiter südlichen gelegenen Transportrouten ausreichen. Seit 2012 finden derartigen Transporte nach Churchill mehr statt. Ungefähr seit Beginn dieses Jahrhunderts ist die Eisenbahnstrecke daher unrentabel. Aus deutscher Sicht mag man das für normal halten, aber das nordamerikanische Beispiel zeigt, dass sich dies keineswegs von selbst versteht. Der private Eigentümer der Strecke hatte sich zwar bei ihrem Erwerb verpflichtet, den Schienenverkehr trotz hoher Verluste bis 2029 in einem gewissen Umfang aufrechtzuerhalten, aber durch schwere Überschwemmungen im Jahre 2016 wurden die Geleise zerstört und die Verbindung dadurch unterbrochen. Der private Betreiber stellt sich auf den Standpunkt, dass er nicht vertraglich zur Reparatur verpflichtet sei. Darüber entscheiden nunmehr die Gerichte. Die Entwicklung, die sich daraufhin in Churchill vollzog, liefert allemal einen Vorgeschmack auf die Zeit nach 2029: Der Ort ist nur mit dem Flugzeug und im Winter eventuell über eine Eisstraße zu erreichen. Die hohen Transportkosten führen zu hohen Lebenshaltungskosten, so dass ein Leben in Churchill wenig attraktiv ist. Pläne, etwa durch den Erdölexport oder den Tourismus neue Arbeitsplätze zu schaffen, haben sich als unrealistisch erwiesen.



Alaska nach russischem Muster besiedelt worden, hätte es heute 13 Millionen Einwohner und nicht etwa 710 000. Die kanadischen Northwest Territories plus Yukon hätten 1,5 Millionen Einwohner statt 97000. Ostsibirien und der Ferne Osten hätten kaum 1 Million Einwohner statt der 15 Millionen, die dort derzeit leben, und diese knappe Million würde wohl größtenteils in Wladiwostok leben.<sup>28</sup>

Die Unterschiedlichkeit der Besiedlungsmuster und die Trends lassen sich ferner mit einer bevölkerungsgewichteten Durchschnittstemperatur im Januar illustrieren. Diese betrug in Kanada im Jahre 1931 -9,9 Grad C, 1990 waren es - 8,9. Kanada ist sozusagen wärmer geworden, weil sich die Bevölkerung vor allem in den wärmsten Teilen des Landes vermehrt hat. In Russland waren es 1926 - 11,6, 1990 - 12,6.<sup>29</sup>

Nun verhält es sich nicht so, dass man im Westen die Kosten der Kälte immer zutreffend einzuschätzen vermochte. Auch in Amerika gab es durchaus einen Mythos des Nordens., der im Norden the new frontier vermutete, nachdem der Westen besiedelt worden war. Aber die Marktkräfte und Rentabilitätsstreben der Unternehmen sorgten anders als in der sozialistischen Wirtschaft relativ rasch für eine Korrektur. Als Illustration hierfür eignen sich ein Vergleich zweier Städte mit ähnlichem Klima, die beide relativ nahe bei bedeutenden Bodenschätzen, aber weit entfernt von den großen Wirtschaftszentren ihres jeweiligen Landes belegen sind: Perm und Duluth. Um 1900 hatten sie jeweils eine Bevölkerung von ca. 50000. 1915 errichtete US Steel in Duluth ein großes Stahlwerk. Dies hielt man wegen des Erzbergbaus in der nahe gelegenen Iron Range und der Transportmöglichkeiten über die Großen Seen für eine vertretbare Standortwahl.<sup>30</sup> Die Bevölkerung der Duluth-MSA wuchs bis 1930 auf über 200000 an. Die Erwartungen von US Steel an die Rentabilität des Stahlwerks erfüllten sich jedoch bei weitem nicht. In den 1930er Jahren wurde deswegen ein beträchtlicher Teil der Anlagen stillgelegt. Modernisierungsinvestitionen wurden stets nur in geringen Umfang vorgenommen und die verbliebenen Anlagen in den nachfolgenden Jahrzehnten sukzessive außer Betrieb genommen. Heute hat Duluth ca. 86000 Einwohner. Die Kosten, die der Transport des Stahls zu den Märkten verursacht<sup>31</sup>, und die Kosten der Kälte, d. h. erhöhte Lebens-

---

<sup>28</sup> Schätzungen gemäß Bear Traps S. 51.

<sup>29</sup> Bear Traps S. 37/8

<sup>30</sup> Die Errichtung dieses Stahlwerks war eine politische Entscheidung, deren wirtschaftliche Risiken dem Konzern US Steel als vertretbar erschienen. Aber ohne massiven politischen Druck seitens der Regierung des Bundesstaates Minnesota wäre es wohl kaum zu dieser Investition gekommen. Diese konnte Druck ausüben, weil der Eisenerzbau in der Iron Range für US Steel von beträchtlicher Bedeutung war. Minnesota drohte mit der Einführung hoher Steuern auf dieses Erz, sofern US Steel sich nicht zum Bau des Stahlwerks in Duluth entschloss. Aus der Sicht des Konzerns war dies mithin das kleinere Übel.

<sup>31</sup> Der Lake Superior friert im Winter so weit zu, dass im Allgemeinen von Januar bis März die Schifffahrt eingestellt wird.

haltungs- und infolgedessen Lohnkosten, sowie die Kosten des Schutzes der Anlagen und Läger vor Kälte erwiesen sich als sehr viel höher als ursprünglich erwartet. Ganz anders Perm: Dort wurden zwischen 1930 und 1970 12 industrielle Großbetriebe mit jeweils mehr als 10000 Beschäftigten errichtet. Dass sie jemals rentabel waren, ist kaum anzunehmen, aber das war für die sozialistische Wirtschaft kein Gesichtspunkt von Bedeutung. 1980 überschritt die Bevölkerung von Perm die Millionengrenze.

Die Geschichte von Perm ist symptomatisch. In der Zarenzeit entstanden in Sibirien keine bedeutenden Industriebetriebe. Das verwundert nicht, beruhte die Industrialisierung Russlands, die um 1890 begann, doch bis 1914 auf privatem Unternehmertum. 1917 kam es zur Katastrophe des Oktoberputsches, dessen Folgen für die Industrieentwicklung erst 1927 überwunden waren. Ab 1928 kam es wieder zu bedeutenden industriellen Investitionen. Viele der neuen Betriebe wurden im Uralgebiet errichtet. Damit begann die Ostverlagerung der russischen Industrie. Nichtsdestoweniger befand sich 1939 der größte Teil der sowjetischen Industrie noch in den westlichen Landesteilen, die im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzt wurden. Dies führte zu einer weiteren bedeutsamen Ostverlagerung der sowjetischen Industrie, weil die Maschinen oft vor dem Eintreffen der Wehrmacht abmontiert, nach Osten transportiert wurden und dort wieder in Betrieb genommen wurden. Diese Ostverlagerung wurde niemals rückgängig gemacht. Auch Stalins Nachfolger hielten an dem Vorhaben einer noch weitergehenden Erschließung Sibiriens fest. Bei ihren grandiosen Plänen blieben die Kosten der Kälte und der Entfernungsüberwindung stets weitgehend unberücksichtigt. Sie kamen nur durch die Hintertür wieder zur Geltung, weil es sich herausstellte, dass diese Projekte viel weniger ertragreich waren und sich wegen Ressourcenmangels viel länger hinzogen als man erwartet hatte. So war es auch schon in der Zarenzeit.

Das lässt sich gut an den Verkehrsprojekten illustrieren. Nehmen wir das Beispiel der transsibirischen Eisenbahn. Ihr Bau begann 1891, die Fertigstellung erfolgte 1916. Die Kosten sollen sich auf weit über 1 Mrd. Goldrubel belaufen haben und entsprachen damit ca. 10 % eines jährlichen Nettonationaleinkommens des gesamten Reiches im Jahre 1900. Dieses Projekt war für das Zarenreich mithin ein enormer Kraftakt. Je weiter man nach Osten kam, umso größer war schon damals die Rolle von Zwangarbeitern sowie chinesischer Saisonarbeiter, die nur ungefähr halb so viel Lohn erhielten wie russische Arbeitskräfte. Mit freiwilligen russischen Arbeitskräften hätte man das Werk überhaupt nicht zustande gebracht. Die stellten nur ca. ein Viertel der Arbeitskräfte. Das Resultat der monumentalen Aktion war eine großenteils nur einspurige Strecke, deren im Permafrost belegene Strecken großenteils nur ein Tempo von 20 Stundenkilometer zuließen. Der zweispurige Ausbau der Transsib wurde erst nach dem

Zweiten Weltkrieg vollendet, die Elektrifizierung erst im Jahre 2002. Erst seit 2002 ist die Strecke nahezu durchgängig mit einem halbwegs normalen Zugtempo befahrbar (von Krasnojarsk nach Wladiwostok braucht der Expresszug Rossija gemäß Fahrplan 90 Stunden, die Entfernung beträgt etwas über 5000 km, das heißt der Zug bewegt sich mit knapp 60 Stundenkilometer).

Die ab Irkutsk nördlich der Transsib verlaufende BAM wurde in den 1930er Jahren begonnen und nach einer zwanzigjährigen Bauunterbrechung, die in den 1950er Jahren begann, 1984 behelfsmäßig fertiggestellt. Damals fehlten noch wichtige Tunnels. Sie wurden durch Umgehungsstrecken ersetzt. Seit 2003 gelten diese Lücken als geschlossen. Die heutige BAM ist in weiten Teilen nur eine einspurige Strecke: der Personenzug bewegt sich im Durchschnitt mit weniger als 40 Stundenkilometern. Dies ist ein Transportmittel für Leute, die sehr viel Zeit haben. Sowohl die Transsib als auch die BAM werden östlich von Krasnojarsk im Personenverkehr eher wenig genutzt. Auf der BAM verkehrt nur jeden zweiten Tag ein Fernzug. Der Güterverkehr ist intensiver. Auf den östlichen Teilen der Transsib und vermutlich auf der gesamten BAM waren die damit verdienten Frachtraten aber nie so hoch, dass sie den Bau der Strecke wirtschaftlich rechtfertigen konnten. Aus ökonomischer Sicht wäre es wohl das Beste wäre es wohl gewesen, wenn Krasnojarsk die östliche Endstation der Bahntrasse geblieben wäre.

Aus heutiger Sicht könnte man sich gewiss vorstellen, dass die Transsib im Bereich relativ hochwertiger Güter, bei denen der Schiffsverkehr hohe Kapitalkosten verursacht, eine Rolle im Güterverkehr zwischen Europa und Ostasien spielen könnte. Man mag dabei an die USA denken, ist dort doch der Güterfernverkehr per Eisenbahn ein bedeutendes und rentables Geschäft. Tatsache ist indes, dass die Transsib technisch stets so stark veraltet war und auch heute ist, dass ihre Kapazität nie sehr groß war. Trotz eher moderatem Güterverkehr ist sie heute nahezu ausgelastet, fehlt es doch an technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen, um die Zugfolgen stark zu erhöhen und es an ausreichend vielen Stellen zu ermöglichen, dass langsame Züge von schnellen überholt werden. Selbst wenn man annimmt, dass derartige Modernisierungsinvestitionen trotz der Kälte rentabel sein könnten, muss man jedenfalls feststellen, dass die sowjetische bzw. russische Staatsbahn sie nicht leisten konnte und ein eventuelles Potential der Transsib nicht zu nutzen fähig war.

Sowohl die Transsib als auch die BAM galten anders als die Transsibirische Straße als Projekte hoher Priorität und ihre Bauzeiten illustrieren daher, wie schwer es der Sowjetunion fiel, die für ihre Ausführung erforderlichen Ressourcen in vertretbarer Frist zu mobilisieren.

Die transsibirische Straße war demgegenüber eine Posteriorität.<sup>32</sup> Sie ist erst seit 2010 (nach 54 jähriger Bauzeit) durchgängig asphaltiert – und auch heute sollte man sich von dem Straßenzustand keine übertriebenen Vorstellungen machen.<sup>33</sup> Es handelt sich zum größten Teil nur um eine Landstraße so wie bei der legendären Route 66, der ersten transkontinentalen Straße der USA, deren Asphaltierung in den frühen 1930er Jahren abgeschlossen wurde. Die Sowjetunion hat im Ural und in Sibirien viele und zum Teil sehr große Städte errichtet, aber zumindest die sibirischen Städte sind, soweit sie nicht an der Transsib liegen, untereinander und mit dem Rest der Welt nur durch schwache Verkehrswege verbunden. Oft gibt es keine mit normalen Fahrzeugen befahrbare und durchgängig geteerte Straße, die sie direkt oder indirekt mit dem europäischen Russland verbindet. Zum Teil sind sie fast ausschließlich auf den Wasser- und Lufttransport angewiesen, der im Winter, aber auch zur Zeit der Schneeschmelze oft unmöglich oder sehr problematisch ist. Auch die neben der BAM verlaufende BAM-Straße ist allenfalls mit geländegängigen Fahrzeugen befahrbar – und einen Teil des Jahres gar nicht.

---

<sup>32</sup> Auch hier bietet sich ein Vergleich mit Kanada an. Dort hat man schon früh aufgehört, den Norden durch Schienenwege zu erschließen. Das letzte große Eisenbahnprojekt dieser Art war die Bahnverbindung nach Churchill an der Hudson-Bay. Sie wurde 1929 fertiggestellt. Seitdem baut man Straßen. Dies ist wirtschaftlich sinnvoll, weil der Straßenbau viel billiger ist als der Bau von Eisenbahntrassen. Eine Eisenbahntrasse ist nur bei einer hohen Verkehrsdichte wirtschaftlich, die auf diesen Strecken schlechterdings nicht erreicht werden kann. Anders verhielt es sich, als der Kraftwagenbau noch in den Kinderschuhen steckte. Aber aus denen wuchs er in den 1920er Jahren heraus. Indes sollte man nicht verkennen, dass im Permafrost auch der Straßenbau wesentlich teurer ist als unter „normalen“ Verhältnissen. Mit diesem Problem bekam es auch Amerika zu tun, als 1942 der Alaska-Highway errichtet wurde, der teilweise durch Permafrostgebiet führt. Bei seiner Errichtung hatte man noch wenig Erfahrung darin, wie man eine Straße im Permafrost bauen muss, nämlich dass es einer Wärmeisolierung zwischen Straßenbelag und gefrorenem Untergrund bedarf. Die Folgen für den Straßenzustand beschreibt der bekannte Aufklebertext „I drove the Alaska Highway and survived.“ Auch in den USA bzw. Kanada wurde der permafrostgerechte Ausbau des Highway erst um 2010 vollendet. Bis dahin gab es immer noch Abschnitte, auf denen das Aufheizen des Asphalts an langen warmen Sommertagen dazu führte, dass die oberste Schicht des Permafrosts zu tauen begann und der Belag dann gewissermaßen ins „Schwimmen“ kam. Das Resultat waren Schlaglöcher, Risse und lange Fahrbahnwellen, auf denen sich der Autofahrer wie auf einer riesigen Achterbahn vorkommen musste. Bei zu hoher Geschwindigkeit konnte der fahrbare Untersatz auch zu einem kurzen Flug abheben.

<sup>33</sup> Das ist nicht der einzige Grund, warum das Befahren dieser Straße ein äußerst abenteuerliches Unterfangen ist, auf die sich ein homo oeconomicus niemals einlassen würde. Russlands Straßen sind sehr unfallträchtig. Und wenn sich ein Unfall ereignet, bekommt man es mit einer häufig bestechlichen Verkehrspolizei zu tun, muss damit rechnen, dass der Unfallgegner unversichert ist, und auch die eigene Versicherung, wenn sie bei einem russischen Versicherer abgeschlossen wurde, oft nur einen Bruchteil des Schadens deckt und gar nicht häufig nicht einmal das. Auch Versicherungen können in Russland bestechlich sein. Beim Schadensersatz wird unterstellt, dass eine eventuelle medizinische Behandlung unentgeltlich erfolgt, was in der Realität aber ganz und gar nicht der Fall ist. Sie sollten auch jemand vor Ort haben, der Sie im Krankenhaus regelmäßig mit Nahrungsmitteln versorgt. Das alles ist schon für einen Russen, der mit den Örtlichkeiten vertraut ist, eine schwierige Lage, aber für einen Ausländer ohne russische Freunde fast hoffnungslos. Lassen Sie sich nicht von Reiseberichten inspirieren! Vgl. Kathryn Hendley: *Everyday Law in Russia*. Ithaca: Cornell University Press 2017 S. 90ff.

Generell hängt die Höhe der Transportkosten und damit die Rentabilität von Fertigungsstätten an entlegenen Standorten vom Entwicklungsstand der Verkehrsinfrastruktur ab. Wegen der Geringwertigkeit der natürlichen Verkehrswege und sehr viel größeren Zerstreuung der Bevölkerung über den Raum hinweg bräuchte Russland ein sehr viel umfangreicheres Eisenbahn- und Straßennetz als Kanada. Das besitzt es mitnichten. Die Gesamtlänge der Straßen und der Eisenbahnstrecken beträgt in Russland derzeit ca. 940000 km bzw. 84000 km bei einem Territorium von 16,4 Mio. Quadratkilometer und einer Bevölkerung von 142 Mio. In Kanada sind es 1,4 Mio. km Straße und 57000 km Schienennetz bei einem Territorium von 9,1 Mio. Quadratkilometer und einer Bevölkerung von 33 Mio.<sup>34</sup> Zusätzlich zu bedenken wären qualitative Unterschiede, die vor allem bei den Straßen enorm sind. Der Rückstand Russlands ist so groß, dass an ein Aufholen kaum zu denken ist. Dies zeigt, dass der russische Staat stets damit stark überfordert war, beim Verkehrswegebau die nötigen Konsequenzen aus der eigenen Siedlungspolitik zu ziehen.

#### 6. Ein positiver und ein negativer ToT-Schock

Angesichts der hohen Kosten der Kälte und der Entfernungsüberwindung bot der Traum von Stalins Nachfolgern, aber auch der heutigen russischen Führung, Sibirien zu erschließen, die nahezu sichere Gewähr, das Land wirtschaftlich zu ruinieren. Es gab allerdings einen Moment in der russischen Geschichte, in dem es sich doch zu rentieren schien. Das waren die 1970er Jahre. Die Erdöl- und Erdgasfunde in Westsibirien und der Anstieg der Erdölpreise, der 1972 einsetzte, schien die sowjetische Führung aus einem Dilemma zu befreien, aus dem sie zuvor keinen Ausweg gefunden hatte. Es lag darin, dass die sowjetische sozialistische Landwirtschaft die Ernährungsbedürfnisse der Bevölkerung nicht ausreichend und aufgrund der Bevölkerungszunahme, der Verstädterung und des ab 1953 allmählich ansteigenden Lebensstandards – von 1928 bis 1953 war der Lebensstandard niedriger als in der an sich auch eher frugalen Zarenzeit - immer weniger gut zu befriedigen vermochte. Solange der größte Teil der Bevölkerung auf dem Land lebte und nach der Arbeit in sozialistischen Betrieben am „Feierabend“ eine Subsistenzlandwirtschaft trieb, die ihren eigenen Nahrungsmittelbedarf weitgehend deckte (und im Fall guter Verkehrsanschlüsse auch noch vermarktet werden konnte), war die Schwäche der sozialistischen Landwirtschaft weniger problematisch. Aber durch die Verstädterung trat diese Subsistenzlandwirtschaft zunehmend in den Hintergrund. Überhaupt ging die sowjetische Industrialisierung zu Lasten der Landwirtschaft und hat letztere ziemlich

---

<sup>34</sup> Bear Traps S. 52/3.

gründlich ruiniert – anders als die Industrialisierung Westeuropas und Amerikas, die mit einem im Vergleich zur Industrie keineswegs schwächeren Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft einherging<sup>35</sup>. Ab 1954 begann zwar auch die Sowjetunion, erheblich in die Landwirtschaft zu investieren, aber aus hier nicht näher darzulegenden Gründen mit geringem (und im Verlauf der Zeit immer mehr abnehmenden<sup>36</sup>) Erfolg. Die Sowjetunion war zunächst vor allem in Dürre Jahren und später ständig und in stetig zunehmendem Maße von Agrarimporten aus dem Westen abhängig und reintegrierte sich auf diese Weise ab den 1960er Jahren in den Weltmarkt. Zwischen 1945 und 1960 hatte sie ihren Außenhandel vorwiegend mit den „Bruderländern“ abgewickelt und waren ihre Handelsbeziehungen mit dem Westen gering. Ab 1964 wurde sie rasch zum größten Agrarimporteur der Welt. Die starken witterungsbedingten Schwankungen der sowjetischen Agrarproduktion waren ein bedeutender binnenwirtschaftlicher Angebotsschock, den man im Prinzip dadurch hätte abpuffern können, dass man in Jahren mit guter Ernte viel einlagert und diese Läger in Jahren schlechter Ernte wieder abbaut. Das tat man aber nicht in ausreichendem Maße und konnte es auch nicht, weil die Ernte im Durchschnitt nicht ausreichte.

An dieser Stelle werden in der Vorlesung die Tabellen 4. 12 und 4.19 aus Gajdar op. cit. gezeigt

Die Reintegration in den (nichtsozialistischen) Weltmarkt machte die Sowjetunion anfällig für ToT-Schocks. Zahlen über das sowjetische GDP jener Zeit sind hochspekulativ, aber es mag beispielsweise 1986 ca. 2000 Mrd. USD (des Jahres 2000) betragen haben. Die Schwierigkeit der Bestimmung dieses GDP liegt nicht zuletzt darin, dass die Rüstungsgüter 20 – 40 % dieser Summe ausmachten und man sich über den Wert dieser Rüstungsgüter trefflich streiten kann. Bei Gajdar findet sich das schöne Beispiel, dass die SU in den 1980er Jahren unglaubliche Mengen an Panzern erzeugte, so viel, dass auch ein militärischer Nutzen nur dann bestanden hätte, wenn man sich unmittelbar auf einen Krieg vorbereitet hätte. Das tat man aber nicht. Tatsächlich war dies nur eine Produktion um der Produktion willen. Man hatte Panzerfabriken gebaut und ließ die nun produzieren, obwohl der Output auch aus der Sicht

---

<sup>35</sup> Die Landwirtschaftskrisen des 20. Jahrhunderts, die in Deutschland erst mit großer Verzögerung eintrafen, waren dementsprechend nicht die Folge der Rückständigkeit dieses Wirtschaftszweiges, sondern im Gegenteil: Sie wurde zum Opfer ihres eigenen Erfolges. Sie konnte den Output so stark steigern, dass die Nachfrage trotz der dramatischen Veränderung der Ernährungsgewohnheiten (hin zu mehr Diversität und zu höherwertigen Produkten) ab einem gewissen Punkt (der in den USA schon Anfang des Jahrhunderts erreicht wurde) zurückblieb.

<sup>36</sup> Die gewaltigen Investitionen in die Landwirtschaft, die in den 1970er Jahren stattfanden, hatten eine negative Ertragsrate.

der Armee nutzlos war und damit eigentlich einen Wert von Null hatte. Exportieren ließ sich das Produkt nur sehr in Grenzen und nach dem Untergang des Reiches hat man die meisten dieser Panzer lange vor Ablauf ihrer normalen Lebensdauer verschrottet.<sup>37</sup>

Gemessen an 2000 Mrd. USD erscheinen Exporte oder Importe (nur sog. Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet!) von ca. 40 Md. USD als eher unbedeutende Angelegenheit und man könnte meinen, dass die ToT-Schocks keine Größenordnung annehmen konnten, die für die sowjetische Wirtschaft tatsächlich zum Problem hätten werden können. Die Anfälligkeit für ToT Schocks rührte nicht von der Größe dieser Schocks gemessen am sowjetischen GDP her – in dieser Relation erschienen sie als geringfügig – sondern daran, dass die Importe zu einem sehr beträchtlichen Güter betrafen, die für die Sowjetunion schier lebenswichtig waren, weil das „sozialistische Lager“ keine guten Substitute erzeugen konnte. Diese Güter hatten für die SU einen viel größeren Wert als der Dollarpreis, der für sie bezahlt werden musste. Dazu kam der nicht minder wichtige Umstand, dass die Befehlswirtschaft höchst unflexibel auf Schocks reagierte. Bürokratie ist eben ein hochgradig stöempfindliches System. Ob und inwieweit sie reagieren konnte, hing maßgeblich davon ab, ob die Leute an der Spitze den Schock als solchen erkannten, aus ihm die nötigen Konsequenzen zogen, also von ihren kognitiven Fähigkeiten und ihrem Durchsetzungsvermögen. Diese Durchsetzungskraft wird viel-

---

<sup>37</sup> Als der zuständige Minister der Gajdar-Regierung 1992 mit dem Direktor der traditionsreichen (vor allem im Zweiten Weltkrieg durch die Produktion des T 34-Panzers zu legendärem Ruhm gelangte) Omsker Panzerfabrik über die Umstellung auf nichtmilitärische Produkte sprach, hatte ein eindrucksvolles Erlebnis, das er rückblickend mit den folgenden Worten schilderte: „There was an occasion when, I, basically a calm person, threatened to shoot everyone with my own hands. I invented a system of conversion loans for the defense sector, and the rates were highly favorable. I came to the Omsk Transmash plant, which was building tanks, and the plant administration strongly refused to start a conversion. The director was firm: we would build tanks, and that was it. He told me, ‚Andrei Alexejevich, you would not believe what tanks we make. We make the world’s best tanks.‘ I said, ‚I believe you, but we have the world’s worst budget. We have no money for your tanks. We have no money at all.‘ But he kept saying, ‚Let’s take a break and I’ll take you to the testing range.‘ We went to the testing range, and there it was where he made a big mistake. His tanks were actually jumping, shooting, diving, and flying. This was an amazing sight – I was like a little boy. (By the way, they made the unique Black Eagle tank, which was the only product I agreed to finance. Actually they built only two of them. These same tanks are still displayed at every military industrial exhibition.) And then I saw something surreal: a clearing in the taiga and there were tanks far and near, rows and rows of tanks covered with snow. How many tanks were there? Thousands, tens of thousands. It was when I lost my temper and shouted, ‚Scoundrel, you should be tried and executed. There are enough tanks here for three big wars, but you keep begging money from a pauper country to continue making them!‘ He backed off, and I gave him the money for Black Eagle and we did not order any other tanks. Obviously, that was catastrophic for the plant.“ Petr Aven und Alfred Kokh: Gaidar’s Revolution. London: Tauris 2013, S. 108. Die überreichliche Verfügbarkeit von Panzern führte auch zu einem verschwenderischen Umgang mit ihnen, den Grachev im selben Band (S. 329) beklagt: „We have tanks .. Their average speed, especially in a convoy, is approximately 20 kilometers per hour. Combat vehicles are not a means of transportation or a taxi – they are built for fighting; and a new tank’s service life is only 200 kilometers. Normal countries bring their combat vehicles to the battlefield by special trucks or by rail. In this country we are ordered to ride along a highway on caterpillar tracks.“

fach für eine Selbstverständlichkeit gehalten, aber das war sie noch nicht einmal in der Stalinära und danach schon gar nicht. In den 1980er Jahren hatte man es mit einem bereits erheblich geschwächten kommunistischen Regime zu tun.

Wie Sie aus den Zahlen von Gajdar erkennen können, waren die Ernten 1963/64 usw. sehr schlecht. 1963/64 entging die Sowjetunion nur dadurch einer Hungersnot, dass sie mehr als ein Drittel ihres Goldschatzes für Nahrungsmittelimporte aufwandte. Der sowjetische Goldschatz war trotz einer nicht unerheblichen Produktion nie so groß wie man das im Westen vermutete (die SU veröffentlichte keine Zahlen). Vor dem großen Getreideeinkauf 1963/64 erreichte der sowjetische Goldschatz mit ca. 1000 t seinen Höhepunkt (das entspricht knapp 30% des heutigen Goldschatzes der Deutschen Bundesbank) und davon wurden bis 1966 ca. zwei Drittel für Lebensmittelimporte verbraucht. Man näherte sich also ziemlich rasch der Erschöpfung dieser Notfallreserven. Nennenswerte anderweitige Devisenreserven waren nicht vorhanden. Das große Problem der SU war, dass es ihr an einer hinreichend ergiebigen Devisenquelle fehlte, mit der man die erforderlichen Nahrungsmittelimporte bezahlen konnte. Die Gold-, Platin- und Diamantenproduktion reichten dafür bei weitem nicht aus. Die Sowjetunion hatte zwar eine riesige Maschinenbauindustrie aufgebaut, aber wettbewerbsfähig war diese fast nur im Waffengeschäft. Das ist bis heute so geblieben. Außer Waffen hat die Sowjetunion wenig an hochwertigen Industrieprodukten anzubieten. Der Markt für sowjetische Waffen war nicht groß und ergiebig genug, um die Lebensmittelimporte damit dauerhaft finanzieren können.

Die sehr geringe Konkurrenzfähigkeit russischer Industrieprodukte lag nicht zuletzt daran, dass die Industrialisierung fast stets – die einzige Ausnahme war die Zeit von 1953 bis 1964 und dies war zugleich die Zeit, in der der Lebensstandard am stärksten stieg<sup>38</sup> – die Rüstungsindustrie priorisierte. Sie hatte Vorrang vor fast aller zivilen Produktion. Das ging so weit, dass der nichtmilitärische Maschinen- und Fahrzeugbau sich oft mit minderwertigem Material zufriedengeben musste, weil das hochwertige Material komplett in den Rüstungssektor ging. Das war ein Grund, warum sich diese Maschinen und Fahrzeuge kaum exportieren ließen. Aven und Kohk op. Cit. S. 109 illustrieren die Folgen der Vernachlässigung fast aller zivilen Produkte am Beispiel der quantitativ gewaltigen sowjetischen Mähdrescherproduktion. „Why did our combine harvesters work for only two weeks before they needed repairs? Besides, they compacted the soil so much that nothing could grow there. That was because of ineffi-

---

<sup>38</sup> Er endete mit einem Putsch gegen den damaligen Generalsekretär Nikita Chruschtschow, an dem das Militär maßgeblichen Anteil hatte und der gewissermaßen die Rache des Militärs gegen ihre Zurücksetzung war. Danach wagte es kein sowjetischer Generalsekretär mehr, die Interessen des Militärs zurückzustellen.



cient engineering solutions. If you are denied engineering plastics, aluminium, and titanium alloys, because all that was consumed by the defense industry, then what was left for combine harvesters were cast iron, iron forging, bad rubber and paint, and so on. It was a catastrophe – the high-quality resources were mobilized for the defense industry, while civilian machine builders had to be content with left-overs.“

Hier Tabelle 4.15 aus Gajdar zeigen.

Ein Beispiel für dieses Dilemma ist die große sowjetische Flugzeugindustrie, die ursprünglich eine rein militärische Ausrichtung hatte und leistungsfähige Kampfflugzeuge produzieren konnte. Die Ursprünge dieser Industrie liegen in den 1920er Jahren und waren dem Vertrag von Rapallo geschuldet. Nach dem vergeblichen Versuch eines Revolutionsexports im Jahre 1920 (ein Versuch, der von dem völligen Unverständnis der sowjetischen Führung und die Andersartigkeit West- und Mitteleuropas zeugte), kam die sowjetische Führung zu dem Schluss, dass eine Fortsetzung der „proletarischen Weltrevolution“ (alias Ausweitung ihres Machtbereichs) einen weiteren Weltkrieg voraussetze und versuchte im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf einen solchen hinzuwirken. Da konnte sie mehr ausrichten als man im Hinblick auf die eher marginale Stellung Sowjetrusslands in der damaligen Welt hätte vermuten sollen. Als entscheidend erwies sich die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland, die bis 1933 währte, und der deutschen Armee just diejenigen technischen Fähigkeiten vermittelte, von denen sie der Versailler Vertrag abschneiden wollte. Was im Einzelnen geschah und auf sowjetischem Territorium unbeobachtet entwickelt und getestet werden konnte, ist bis heute nicht wirklich bekannt, aber es war jedenfalls so viel, dass viel für die Vermutung spricht, dass die deutsche Wehrmacht ohne diesen Vorlauf keinen Zweiten Weltkrieg hätte führen können. Aber auch die Sowjetunion profitierte in einem sehr erheblichen Maße und verdankte ihm waffentechnische Fähigkeiten, die 1941 nicht weit hinter denen der Wehrmacht zurückstanden und sie in Teilbereichen übertrafen. Dass die Rote Armee im Ersten Kriegsjahr trotzdem schlecht abschnitt, hatte andere Gründe. So kam die Sowjetunion frühzeitig zu einer bedeutenden Flugzeugindustrie, die wohlweislich von vornherein weit im Osten stationiert wurde. Ab 1960 produzierte sie auch Zivilflugzeuge. Während sich die Kampfflugzeuge gegen harte Währung verkaufen ließen, blieben die Zivilflugzeuge außerhalb des sowjetischen Machtbereichs und eines beschränkten Kreises von Entwicklungsländern stets Ladenhüter und das sind sie trotz aller Bemühungen auch im heutigen Russland geblieben. Rein quantitativ war die Zivilflugzeugproduktion allerdings bedeutend. Mit 150 großen Passagier-

flugzeugen produzierte die SU 1989 ca. 20 % der Weltproduktion an derartigen Maschinen. Mit dem Zerfall des Reichs ging es damit steil abwärts und im Jahr 2000 befand man sich im niedrigen einstelligen Bereich, obwohl man eine Wiederbelebung per Privatisierung versucht hatte. Die neuen privaten Eigentümer fanden keinen Weg aus der Krise. Im Jahr 2006 wurden sie wieder verstaatlicht und in einen Konzern zusammengefasst, der sehr bedeutende Subventionen erhielt. Das Resultat wurde im Jahr 2007 in Gestalt des Suchoi Superjets 100 vorgestellt. Bis zur Serienreife vergingen weitere Jahre. Der Jungfernflug fand 2008 statt.

Sie erinnern sich vielleicht an den Absturz des Regionalflugzeugs Suchoi Superjet 100 bei einem als Werbung gedachten Demonstrationsflug - mit 50 Passagieren - in Indonesien im Mai 2012. Die Entwicklung dieser Maschine war die erste und bislang (2017) einzige Neuentwicklung einer russischen Passagiermaschine seit 1990. Sie wurde vom russischen Staat mit dem sagenhaften Betrag von 2 Mrd. \$ subventioniert (NZZ 8.5.2019). Der Demonstrationsflug war Teil des Versuchs, diese Maschine auch international zu vermarkten und mit diesem Ereignis war der Versuch zunächst einmal gescheitert, wenn man von Käufern wie der armenischen Fluggesellschaft absieht.<sup>39</sup> Außerhalb Russlands blieb das Flugzeug trotz eines konkurrenzlos niedrigen Preises ein Ladenhüter. Die russischen Gesellschaften kauften ebenfalls unfreiwillig und nur wegen des politischen Druckes, der auf sie ausgeübt wurde.<sup>40</sup> Nur eine mexikanische Billigairline erwarb freiwillig nennenswerte Stückzahlen. Ab 2016 kaufte der irische Airline City Jet sieben Maschinen, aber aufgrund des Ärgers mit den häufigen und langwierigen Wartungsarbeiten sind die inzwischen samt Besatzungen an ein andere Gesellschaft vermietet. Zwei weitere westeuropäische Fluggesellschaften hatten einige Flugzeuge bestellt, aber stornierten diese Bestellungen wieder, nachdem sie beobachteten, dass die Jets der irischen Gesellschaft die meisten Zeit in der Werkstatt stehen und eher selten fliegen. Dies liegt nicht nur Transportproblemen, sondern ist auch für die russischen Airlines ein gravierendes Problem. Es liegt auch nicht an der technischen Ausstattung des Flugzeugs, die als durchaus modern gilt<sup>41</sup>, sondern an einer generell hohen Wartungsintensität und „an fehlenden Ersatzteilen. Im Sommer 2017 fand die russische Zeitung Wedomosti heraus, dass die durch-

---

<sup>39</sup> In Russland erwarben die staatliche Gesellschaft Aeroflot und einige kleinere Regionalgesellschaften nennenswerte Stückzahlen dieses Geräts und setzten es vorwiegend auf Inlandsflügen ein. Die großen privaten russischen Gesellschaften wollten nicht kaufen. Im Februar 2017 reagierte der russische Präsident, indem er ein protektionistisches Projekt guthieß: „Konzessionen für Flugrouten im Inland und zu beliebten Tourismuszielen der Russen m Ausland sollen nur an Gesellschaften vergeben werden, die auf diesen Strecken russische Maschinen einsetzen“. NZZ 1.2.2017 S. 11.

<sup>40</sup> Für Aeroflot scheint es sich allerdings um ein gutes Geschäft zu handeln. „Aeroflot erhielt bis zu 50 % Rabatt auf den Listenpreis. Zudem ließ sich Aeroflot vertraglich eine Kompensation für Flugzeugausfälle zusichern. Die Airline erhält 12000 \$ pro Tag für jede Maschine, die ausfällt“ NZZ 8.5.2019

<sup>41</sup> Allerdings stammen 10 % der Bordelektronik aus den USA, weshalb der Superjet beispielsweise nicht an den Iran geliefert werden darf. Der hätte Interesse.

schnittliche Flugzeit des Superjets beim Hauptabnehmer Aeroflot zwei- bis dreimal kürzer ist als jene ausländischer Flugzeugtypen. Das Suchoj-Flugzeug war damals bei der staatlichen Fluggesellschaft durchschnittlich bloß etwas mehr als drei Stunden pro Tag im Einsatz. Die Boeing- und Airbus-Maschinen von Aeroflot brachten es hingegen auf neun Einsatzstunden. Laut Experten lag dies auch daran, dass der Superjet in Kleinserien gefertigt wird. Dadurch müssten viele Einzelteile ebenfalls in Eigenregie produziert werden, da sich für Zulieferer die Produktion nicht lohne. Der staatliche Suchoj-Konzern hat zudem einen vorrangigen Verteidigungsauftrag. Dies kann zu Verzögerungen führen.“ (NZZ 8.5.2019). Zum Misserfolg des Suchoj trug bei, dass die westeuropäische Luftfahrt sich auf größere Maschinen umgestellt hat – der Superjet hat nur 100 Sitze – und die russische Luftfahrtindustrie in diesem Marktsegment nichts anzubieten hat. Die Entwicklung des Superjet hatte sich solange hingezogen, dass sich die Marktlage just in dem Moment bereits verändert hatte, indem Suchoj im Jahre 2011 lieferfähig wurde. Der Brand an Bord eines Superjet, zu dem es im Mai 2015 in Moskau kam (mehr als die Hälfte der Passagiere kam ums Leben), war ein weiterer Rückschlag.

Die Sowjetunion war in den 1960er Jahren ein Koloss auf tönernen Füßen. Erst das Öl bot den (vermeintlichen) Ausweg aus dieser sehr schwierigen Lage und auch erst dann, als der Ölpreis ab 1972 so stark anstieg, dass die sibirische Ölproduktion rentabel wurde. Das Zarenreich hatte Öl exportiert und nach der Wiederherstellung der Ölproduktion exportierte auch die SU in einem gewissen Umfang Öl, aber der eigene Ölverbrauch stieg rascher als die Produktion. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sowjetunion trotz weiterer Produktionssteigerung zum Ölimporteur. Das änderte sich erst in den 1960er Jahre wieder, aber vor dem Ölpreisschock von 1972 war dieses Geschäft nicht sonderlich rentabel. Es mag sein, dass es nur deswegen betrieben wurde, weil in der sozialistischen Wirtschaft Kostenerwägungen keine große Rolle spielten und man wenig anderes anzubieten hatten. Die SU versuchte zwar ab den späten 1950er Jahre wieder stärker am Welthandel teilzunehmen, aber mit mäßigem Erfolg. Der Grund war die Schwierigkeit, Güter aufzutreiben, die man zu guten Preisen verkaufen konnte. Die sowjetische Exportproduktion hatte meist so gravierende Qualitätsmängel, dass man bedeutende Preiszugeständnisse machen musste.

Die Abhängigkeit der Sowjetunion von Ölimporten war ein großes Glück für Österreich, das damals ein bedeutender Ölproduzent war. Das österreichische Öl wurde und wird im Weinviertel gefördert.<sup>42</sup> Die Förderung begann 1934 und war einer der Hauptgründe, warum der sog. Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich für letzteres wirtschaftlich attrak-

---

<sup>42</sup> Die Fördermenge hat sich nach einem starken Rückgang zwischen 1948 und 1980 beinahe stabilisiert und liegt heute in etwa auf demselben Niveau wie 1944. Sie deckte etwa 10 % des österreichischen Verbrauchs.

tiv war. Von 1939 bis 1945 erbrachte Österreich rund zwei Drittel der Erdölproduktion des Deutschen Reichs. Das Weinviertel war von 1945 bis zum Staatsvertrag 1955 sowjetische Besatzungszone und die Sowjetunion nutzte das aus, um Österreich auszuplündern, obwohl das Land als erstes Opfer des Dritten Reichs eigentlich nicht zur Leistung von Reparationen verpflichtet war. Dass die Förderung sich von 1945 bis 1948 fast vervierfachte dürfte an Raubbau gelegen haben. Der sowjetische Ölraub<sup>43</sup> (die Sowjetunion brachte das Öl außer Landes, ohne Steuern oder Zölle dafür zu bezahlen) kostete Österreich in damaligen Preisen ca. 150 Mio USD, in heutigen Preisen sind das ca. 1,5 Mrd USD. Um den Staatsvertrag und damit den Abzug der sowjetischen Truppen zu bekommen, musste Österreich bis 1964 noch weitere 6 Mio. t Öl an die SU liefern mit einem Nettoerlösverlust von ca. 1 Mrd USD (nach heutigen Preisen). Dass die Sowjetunion ihren Satellitenstaaten Öl liefern konnte, lag in dieser Zeit vor allem an Österreich. Die Satellitenstaaten erhielten vorwiegend österreichisches Öl zu sowjetischen Preisen.

#### Sowjetische Ölproduktion, bzw. Ölproduktion des Zarenreichs<sup>44</sup> in 1000t

1913	10300
1927	11700
1932	22300
1950	37878
1960	147859
1970	353030
1980	603207
1989	607254

Zahlen bis 1946 nach S. Schwarz: Foreign Affairs 1946

Zeige die Entwicklung der Öl- und Gasrente gemäß der Gaddy/Ickes-Darstellung

Das westsibirische Öl wurde zum (scheinbaren) Rettungsanker für das kommunistische System. Es erzeugte in den frühen 1970er Jahren im sowjetischen Machtbereich in den Worten von Gajdar eine Rettungssillusion (illjuzija spasenija) und führte zum definitiven Ab-

<sup>43</sup> So der Ausdruck von Walter M. Iber: Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Innsbruck: Studienverlag 2019.

<sup>44</sup> Im Zarenreich war es vor allem Öl von Baku, aber im Laufe der Geschichte der Sowjetunion ging der Anteil des in nichtrussischen Sowjetrepubliken geförderten Öls immer weiter zurück und war 1989 unbedeutend.

bruch der (wenig erfolgreich verlaufenen und gerade in der SU nur widerwillig und inkonsequent betriebenen) Reformbemühungen der 1960er Jahre. Die erschienen nun als überflüssig – man glaubte mit der herkömmlichen Wirtschafts- und Staatsordnung weiterleben zu können. Der Ölpreisanstieg war ein massiver positiver ToT-Schock, der die starke weitere Ausweitung der landwirtschaftlichen Importe überhaupt erst ermöglichte. Vernünftig wäre es gewesen einzuplanen, dass die Zeit der hohen Ölpreise und damit der hohen Renten vorübergehen wird und man sich durch den Aufbau von Rücklagen auf die Zeit danach bzw. auf Einbrüche vorbereiten muss. Von derartiger Rationalität war die sowjetische Führung weit entfernt. Die Möglichkeit, ein entsprechend großes Auslandsvermögen zu bilden oder Währungsreserven oder einen Goldvorrat aufzubauen, wurde nie ernstlich erwogen. Warnungen vor einem möglichen Rückgang der Ölpreise gab es intern zwar, wurden aber abgebügelt. Der Goldvorrat der Sowjetunion war, soweit bekannt, stets kleiner als der des Zarenreiches selbst am Tage des Sturzes des Zaren im Jahre 1917 noch gewesen war.

Aber wieso nicht? Wie kam es zu dieser extremen Torheit? Die sowjetische Führung glaubte fest daran, dass es entweder zu gar keinem Rückgang der Ölpreise kommen werde oder wenn doch, dass dies ein sehr vorübergehendes Phänomen sein werde, das man deswegen leicht mit einem vorübergehenden Aufbau von Auslandsschuld werde meistern können. Hier lagen offenkundig mehrere krasse Fehleinschätzungen vor. Erstens glaubte man offenbar an die Club of Rome Hypothesen einer säkulären Verknappung von Rohstoffen. Daran glauben zwar auch im Westen viele, aber von einer politischen Führung erwartet man eigentlich, dass sie sich auch Expertenrat sucht, und nicht so ohne weiteres einem Volksglauben anheimfällt. Dazu kam, dass man in der SU die eigenen Fähigkeiten, die Ölverknappung auf den Weltmärkten zu fördern erheblich überschätzte. Man versuchte dies im Wege einer engen Zusammenarbeit mit und einer Unterstützung arabischer und das hieß damals vor allem palästinensischer Terroristen, die Ölförder- und transporteinrichtungen angreifen und zerstören sollten.<sup>45</sup> Die Resultate waren allerdings enttäuschend. Der Westen war bei der Bekämpfung des Terrorismus wesentlich erfolgreicher als die sowjetische Führung erwartet hatte. Die sowjetische Führung fiel hier ihr eigenen ideologischen Illusion zum Opfer, die den Westen generell für dekadent erklärte. Man nannte dies die Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Dazu kam, dass die sowjetische Führung aus Ausmaß unterschätzte, in dem die Ölpreisspitzen der 1970er Jahre auf politische Faktoren zurückzuführen waren und sich deswegen nicht genügend um das Fortwirken dieser politischen Faktoren bemühte. Der Ölpreisspike von

---

<sup>45</sup> Diesen Gesichtspunkt hat Gajdar in der Vorstellung seines Buches betont. Er benennt den KGB-Chef und späteren Generalsekretär Andropov als obersten Betreiber dieser Zusammenarbeit. Siehe *Sobr. Soc Tom 7, S. 255*

1972/73 war maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die arabischen Förderländer samt und sonders und vor allem das wichtigste Förderland, Saudi-Arabien, seine Produktion erheblich drosselte. Das war eine gemeinsame arabische Reaktion auf die vernichtende militärische Niederlage, die sie gegen Israel im Sechstagekrieg im Jahre 1972 erlitten hatten. Der nächste Spike war eine Folge der islamischen Revolution im Iran, durch den das damals zweitwichtigste Förderland partiell ausfiel.<sup>46</sup> Für die hohen Ölpreise war ausschlaggebend, dass Saudi-Arabien über lange Zeit hinweg verhältnismäßig wenig förderte und einen Großteil seiner Ölförderkapazität ungenutzt dastehen ließ. Dazu kam der Verfall der Förderkapazität im Iran, der die Fördermengen dauerhaft reduzierte. Die Funktionsfähigkeit der OPEC hing von indes von Saudi Arabien ab, das sich jener Zeit deutlich vom Westen distanzierte. Diese Distanzierung endete infolge des Afghanistankriegs in Verbindung mit einigen anderen Ereignissen der sowjetischen Nahostpolitik.

Der Afghanistankrieg war gewissermaßen der dickste Nagel am Sarg der Sowjetunion und eine verhängnisvolle Fehlentscheidung der sowjetischen Führung, bei der man sich sogar über die Warnungen des sowjetischen Generalstabs hinwegsetzte, der die Lage vergleichsweise realistischer beurteilte und das Risiko einer Kriegsführung in dem gebirgigen Land scheute. Der Krieg bahnte sich an, als afghanische Offiziere, die an sowjetischen Militärschulen ausgebildet worden waren, 1978 gegen den König putschten, und ein prosowjetisches Militärregime errichteten. Dieses Regime war sehr unpopulär und kam innenpolitisch rasch in schwere Bedrängnis. Um seinen Zusammenbruch zu verhindern, entschloss sich die Sowjetunion 1979 zum Einsatz der Roten Armee in Afghanistan. Dies war der Beginn eines zehnjährigen Krieges, der anfangs für die SU relativ gut zu laufen schien, aber mit einer Niederlage endete. Sie wurde durch den Rückzug der sowjetischen Truppen im Jahre 1989 besiegelt. Die Ereignisse und der Verlauf dieses Krieges brachten die Regierungen vieler islamischer Staaten immer stärker gegen die Sowjetunion auf. Der für den Untergang des sowjetischen Imperiums vielleicht wichtigste Tag war der 12. 9. 1985. Damals beschloss die saudi-arabische Staatsführung eine Vervierfachung der saudischen Ölproduktion. Die sehr hohen Ölpreise jener Zeit waren das Resultat einer Nichtnutzung des größten Teils der saudischen Förderkapazität gewesen.

---

<sup>46</sup> Der Iran bzw. das frühere Persien hatten für die Ölversorgung des Westens seit ca. 1910 eine wichtige Rolle gespielt. Damals stellt sich die britische Kriegsmarine von Kohle auf persisches Öl um. Wegen dieser bedeutenden Rolle des persischen Öls hatten die Westmächte die nicht sonderlich populäre Monarchie im Iran in den 1950er Jahren gerettet, als sie von einer Partei bedroht wurde, die prosowjetische Sympathien erkennen ließ. Die iranische Ölförderung unter sowjetische Kontrolle geraten zu lassen konnte man nicht riskieren. Die islamische Revolution war eine späte Reaktion auf diese Rettung der Monarchie und wurde nicht zuletzt durch die rapide Modernisierung des Landes ermöglicht, die der Monarch betrieb. Wie auch anderswo (Ägypten, Pakistan, derzeit anscheinend vor allem Indonesien) führte sie zu einer Radikalisierung eines Teils des Islam, mit der man allerdings aus der Perspektive der 1950er Jahre kaum rechnen konnte und die wohl fast jeden überraschte. .

Die saudische Staatsführung fühlte sich 1995 von prosowjetischen Regimen bedroht und eingekreist (prosowjetisch geführt waren u. a. der Irak, Syrien, Somalia, Äthiopien und der Jemen) entschloss sich zum Schulterschluss mit den USA. Sowohl in Riad als auch in Washington DC verstand man sehr gut, dass der Ölpreis die Achillesverse der SU war, aber angreifen konnte man die nur saudi-arabischer Hilfe und die wurde am 12.9.1985 verfügbar. Soweit bekannt handelte es sich um eine Nebenfolge von Entscheidungen der sowjetischen Führung, deren Tragweite und Gefahren intern verkannt und vielleicht gar nicht umfangreich erörtert wurde.<sup>47</sup>

Statt Reserven aufzubauen verwendet die sowjetische Führung den Rentensegen für andere Zwecke. Dies waren 1. erhöhte Nahrungsmittelimporte und damit eine Verbesserung der Ernährungslage, die zu der Beruhigung und vorübergehenden politischen Stabilisierung der Brežnevära führte, 2. die Erreichung militärischer Parität mit den USA, 3. die weitere Ausdehnung des Imperiums in der Dritten Welt (Afghanistankrieg, Kriege im südlichen Afrika), 4. Investitionen vor allem in die Landwirtschaft und in den kalten Regionen des Reichs (Vollendung der BAM). Diese Investitionen waren sehr hoch und weitgehend erfolglos – d. h. sie erbrachten keine nennenswerten Erträge. Die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion stieg trotz enormer Investitionen nur geringfügig an und blieb hinter dem wachsenden Lebensmittelbedarf immer stärker zurück (zumal man die Preise für die wichtigsten Lebensmittel nicht zu erhöhen wagte, wodurch sie real immer billiger wurden, wohingegen die Preise für viele Industriewaren wie z. B. Schuhe und Kleidung recht kräftig stiegen). Vgl. Gajdar Tafel 4.9 und 5.4. Die Fleischproduktion erhöhte sich von 1970 bis 1990 um ca. 60 %. Die Agrarimporte wuchsen deswegen so stark, weil diese Herde gefüttert werden musste und dafür die sowjetische Pflanzenproduktion bei weitem nicht ausreichte. Die wuchs nicht mit... Diese Fleischproduktion war, wie sich nach 1990 herausstellte, sehr ineffizient und verursachte unverhältnismäßig hohe Kosten. Es wäre klüger gewesen, Fleisch zu importieren statt es selbst zu produzieren und Viehfutter einzuführen. 1990 beruhte die Fleischproduktion vollständig auf Futtermittelimporten<sup>48</sup>. Vor dem Rentenboom war der Fleischkonsum pro Kopf bescheiden und sogar gemäß den (mit Sicherheit stark geschönten) offiziellen Angaben allenfalls halb so hoch wie in Deutschland. Mitte der 1960er Jahre lag er vermutlich unter 30 kg pro Kopf und Jahr. Die Angaben der sowjetischen Statistik waren wie stets sehr unzuverlässlich und stellten ver-

---

<sup>47</sup> Wichtige russische Archive wie das des ZK der KPdSU wurden für die Forschung nur bis in die späten 1950er Jahre zugänglich gemacht. Es bleibt damit künftigen Historikergenerationen vorbehalten, diese Hintergründe aufzuklären. Nach einer neuerlichen Demokratisierung Russlands könnte dies möglich werden.

<sup>48</sup> „Our meat production (mostly poultry and pig farms, large complexes) was based on imported grain. Fully.“ Vgl. Aven und Kokh op. cit S. 112.

mutlich auf das Schlachtgewicht ab, was wenig darüber sagt, wie viel bedenkenlos genießbares Fleisch tatsächlich beim Konsumenten ankam und bei welchem<sup>49</sup>. In der sehr ineffizienten lebensmittelverarbeitenden Industrie und der nachfolgenden Logistikkette ging stets ein unverhältnismäßig großer Teil des Rohstoffs verloren, beispielsweise aufgrund nicht funktionierender Kühltechnik.

Obwohl der Ölboom der sowjetischen Wirtschaft einen recht erheblichen Ressourcenzuwachs verschaffte), stieg die Absorption sowohl der SU als auch der meisten Sattelitenstaaten noch stärker an, was zu einer starken Verschuldung in den 1970er Jahren und in einigen Satellitenstaaten um 1980 zum Ausbruch einer Verschuldungskrise führte (Polen, DDR, Rumänien und Ungarn). Will man den Ressourcenzuwachs abschätzen, der auf die Sowjetunion entfiel, empfiehlt es sich, nur diejenigen Exporterlöse zu betrachten, die in Form frei verfügbarer Währung (Devisen) anfielen. Dies ist der Teil der sowjetischen Exporterlöse, der nicht zur Subventionierung und Erhaltung des Imperiums aufgewendet wurde. Letzterer war bedeutend, weil den Satellitenstaaten das Öl zu Preisen geliefert wurde, weit unter dem Weltmarktpreis lagen. Infolgedessen konnten die Satellitenstaaten einen Teil der Ölrente abschöpfen. Auf diese Weise finanzierten sie ihren Konsumsozialismus der 1970er Jahre.

In welchem Maße die Satellitenstaaten in den 1970er Jahren von dem Ölboom mitprofitierten, zeigt die Tabelle 5.5. aus Gajdar: *Sobr. Soč.* Bd 2. S. 480. Der Konsumboom, der in den 1970er Jahren in der DDR, der CSSR und Ungarn stattfand und das kommunistische Regime vorübergehend stabilisierte, hätte sonst nicht stattfinden können. Die zunehmenden Energielieferungen der SU wurden von der DDR und CSSR vorwiegend mit Industrieprodukten bezahlt, aber geliefert wurden insbesondere Maschinenbauerzeugnisse, die auf dem Weltmarkt nur schwer hätten abgesetzt werden können.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Im sozialistischen Einzelhandel erreichte als knapp und hochwertig geltende Ware in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht das Verkaufsregal der Geschäfte, die jedermann zugänglich waren, sondern wurde vorher irgendwie „abgezweigt“. Fleisch war in der SU fast immer eine derartige Ware.  
<sup>50</sup> So nahmen Gajdar op. cit. zufolge die Importe von Maschinen, Ausrüstungen und KFZ, die die SU aus dem RGW bezog, von 2,75 Mrd. USD im Jahre 1970 auf 20,1 Mrd. USD im Jahre 1985 zu. Hier von entfielen 7,8 Mrd. USD auf die CSSR und 9,7 auf die DDR. Man sollte in diesem Zusammenhang nicht verkennen, dass die Arbeitsteilung zwischen DDR und UdSSR, die nach 1970 aufkam, innerhalb des sozialistischen Lagers den komparativen Kostenvorteilen entsprach. Die Metallurgie u. ä. m. hätte von vornherein Sache der SU sein sollen. Der Aufbau einer großen DDR-Metallurgie u. ä. m., zu dem es in den 1950er und 1960er Jahren kam, war ökonomisch unsinnig und selbst dann, wenn man das wenig plausible DDR-Argument akzeptiert, es habe einer „Störfreimachung“ bedurft. Dass der Schwerpunkt der ersten DDR-Fünfjahrpläne so stark im Bereich des Aufbaus der Grundstoffindustrie lag, hatte einen rüstungswirtschaftlichen Hintergrund. Die SU steuerte ab 1951 (Geheimbefehl Stalins) einen dezidierten Kurs in Richtung Kriegsvorbereitung, von dem sie 1953 nur kurze Zeit abwich. Das bedeutete die Produktion riesiger Mengen von Rüstungsgütern vor allem in der SU selbst. Dadurch war das große Potential der SU-Grundstoffindustrie gebunden und eben deswegen musste die DDR ihre eigene Grundstoffindustrie aufbauen. Eben deswegen kam es in 1950er und 1960er Jahren zu



## 7. Die russische Krankheit

Erst die eklatante Unfähigkeit zu einem intelligenten Umgang mit dem eigentlich erst 1972 entstandenen Ressourcenreichtum der SU führte zu einem Syndrom, das Gaddy und Ickes als russische Krankheit oder resource addiction bezeichnen. In der politologischen Literatur, aber zum Teil auch in der volkswirtschaftlichen spricht man oft von der sog. resource curse. Letzteres ist ein vager und eher irreführender<sup>51</sup> Begriff, der eine Reihe sehr unterschiedlicher und durchaus gegensätzlicher Krankheitsbilder meint. Die russische Krankheit ist nur eines dieser Krankheitsbilder und tatsächlich eine curse, was bei der holländischen Krankheit normalerweise nicht der Fall ist. Die holländische Krankheit ist eigentlich keine Krankheit, sondern eine vernünftige Reaktion auf Reichtum. Die russische Krankheit lässt sich mit einer medizinischen Metapher erläutern (wobei man aus wissenschaftlicher Sicht bei der Verwendung solcher Metaphern vorsichtig sein sollte - ein metaphorische d. h. bildhafte Argumentation ist an sich noch keine wissenschaftliche, der Tatbestand muss im Anschluss noch in abstrakten Begriffen dargelegt werden). Addiction meint eine Suchtkrankheit, die zu Veränderungen im Organismus führt, welche es dem Suchtkranken unmöglich machen, ohne die Droge auszukommen. Das Problem lässt sich nicht allein mit Willenskraft lösen. Selbst wenn der Suchtkranke von seiner Sucht loskommen will, braucht es eine langfristige und unter stetiger Kontrolle durchgeführte Entwöhnungskur, in deren Verlauf sich der Organismus allmählich an immer geringere Dosen der Droge oder an Ersatzstoffe gewöhnt und auf diese Weise lernt, ohne die Droge auszukommen. Setzt man die Droge plötzlich ab, bricht der Suchtkranke zusammen. Derartige Entziehungskuren sind bekanntlich recht oft erfolglos und zwar insbesondere dann, wenn die Suchtkrankheit schon weit fortgeschritten ist. Deswegen führen derartige Krankheiten häufig zum Tod. Ein weiteres Merkmal von Suchtkrankheiten ist ein Gewöh-

---

einem starken Ausbau der Bergakademie (auf der Grundlage von NS-Plänen, die auf ähnliches abgezielt hatten). Da diese Grundstoffindustrie stets unrentabel war, hat dieser Vorgang nichts mit russischer Krankheit zu tun, sondern war eine Begleiterscheinung des Vorrangs der Rüstung in der kommunistischen Wirtschaft. Die russische Krankheit griff erst in den 1970er Jahren auf die DDR über. Da dies vorwiegend über einen Reexport (in Gestalt von energieintensiven Produkten) der sowjetischen Öllieferungen geschah, kam es zu einem starken Ausbau der Braunkohleförderung, der schwere Umweltschäden verursachte. Indem man den DDR-Energiebedarf möglichst weitgehend durch Braunkohle deckte, blieb mehr von dem sowjetischen Öl für den Reexport nach Westen übrig. Die Bergakademie war in ihrer Rolle als Kohle-Uni als wissenschaftlicher Begleiter dieser Braunkohlenutzung mit von der Partie. Insofern wurde sie nach 1970 ein Stück russische Krankheit.

<sup>51</sup> Er suggeriert, dass Reichtum an Georessourcen fast immer ein Nachteil ist und zum „Fluch“ wird. Die Wirtschaftsgeschichte kennt viele Beispiele, die das Gegenteil belegen: Amerika, Australien, Belgien, England, Deutschland, Frankreich, Kanada, Schweden ...

nungseffekt, der dazu führt, dass immer stärkere Dosen des Suchtmittels eingenommen werden. Gaddy und Ickes<sup>52</sup> formulieren: “The more it gets, the more it needs.”

Die holländische Krankheit ist keine Suchtkrankheit. Sie führt zwar zu einer Schrumpfung der Exportbasis und damit in aller Regel zu einer Desindustrialisierung, aber sofern es nicht zum völligen Verlust industrieller Fähigkeiten kommt, lässt sich die erforderliche Exportbasis nach einem Rückgang der Ressourcenrenten binnen einiger Jahre wiederaufbauen. Um sich auf diese Übergangsperiode vorzubereiten und sie zu entdramatisieren, empfiehlt sich der Aufbau eines Auslandsvermögens, das nach dem Versiegen der Ressourcenrenten repatriert und zum Wiederaufbau eines Handelsgütersektors verwendet werden kann. Hat das Auslandsvermögen eine ausreichend große Höhe, kann es den Makroschock eines Versiegens der Renten gewissermaßen abfedern.

Die russische Krankheit unterscheidet sich dadurch deutlich von der holländischen, dass sie nicht mit einer Entindustrialisierung einhergeht, sondern im Gegenteil eine forcierte Industrialisierung hervorbringt. Deswegen kann sie nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung mit der holländischen Krankheit verwechselt werden. Diese Industrie wird im Unterschied zu der, die eine Marktwirtschaft normalerweise hervorbringt, aber nicht zu einer Exportbasis. Im Gegenteil: Sie benötigt viel mehr Importe als sie zu exportieren vermag. Die russische Krankheit hat mit der holländischen also gemein, dass sie zu einer Steigerung der Industriegüterimporte führt. Damit enden die Gemeinsamkeiten aber auch schon wieder. Die Industrialisierung, die bei der russischen Krankheit stattfindet, ist, wenn man sie unter Lupe nimmt, eine „misindustrialization“. Sie bringt Betriebe und Fertigungsstätten hervor, die ihre Kosten nicht verdienen würden, wenn sie ihr Material und ihre Vorprodukte zu Weltmarktpreisen bezahlen und ihre Outputs zu Weltmarktpreisen verkaufen müssten. Diese Betriebe können nur existieren, solange sie einen beträchtlichen Teil ihres Materials billiger als auf dem Weltmarkt beziehen und ihre Produkte teurer absetzen können. Eine solche „misindustrialization“ hat in allen sozialistischen und vielen Entwicklungsländern stattgefunden, aber nirgends in einer solchen Größenordnung wie in der Sowjetunion. Die spektakulären Ausmaße, die dieses Problem in der SU angenommen hat, erklären sich erstens mit dem enormen Territorium Russlands und der Tatsache, dass es auf mehr als 80 % dieses Territoriums für eine kostengünstige Produktion der meisten Güter und Dienstleistungen schlicht zu kalt ist.

Die „misindustrialization“ ist einer Suchtkrankheit vergleichbar, weil der Entzug der Ressourcenrenten dazu führt, dass diese Betriebe und Regionen nicht mehr subventioniert werden können und ihre Lebensuntüchtigkeit offengelegt wird. Dann steht die Nation vor

---

<sup>52</sup> Vgl. Gaddy and Ickes (2012, S. 165).

einem Millionenheer von Arbeitskräften, für die es in ihren erlernten Berufen und an ihren Wohnorten nichts mehr Lukratives zu tun gibt. Je größer dieses Millionenheer ist, umso ernster wird das dadurch erzeugte politische Problem. Die russische Krankheit hat massenhaft Aktivitäten und ganze Großstädte hervorgebracht, die sich nicht durch eine maßvolle Schrumpfung heilen lassen, sondern weitgehend stillgelegt werden müssen. Dies betrifft vor allem einen Großteil dessen, was in Sibirien, im Ural, aber auch in den kälteren Teilen des Wolgagebiets vor sich geht. Insbesondere die sibirischen Aktivitäten haben meist sehr hohe Fixkosten, die auch bei einem Rückgang der Aktivität weiterhin aufgebracht werden müssen. Die Infrastruktureinrichtungen, beispielsweise die Bahnstrecken, müssen erhalten werden und weil die Kälte ihnen fortwährend schwere Schäden zufügt, bedarf es hierfür eines ständigen Mittelzustroms. Wenn man die Wirtschaftsaktivitäten, die durch diese Infrastruktur ermöglicht werden, reduziert, sinken zwar die variablen Kosten, aber die Fixkosten bleiben konstant und müssen von einer geschrumpften Zahl von Personen bzw. Kostenträgern verdient werden, so dass die Vollkosten stark anwachsen. Dies ist ein beinahe unlösbares Problem. Lösen ließe es sich nur durch die Schließung bestimmter Standorte oder aber ihren kompletten Neubau, was im Hinblick darauf, dass es sich nicht selten um Großstädte handelt, eine atemberaubende Aufgabe ist, mit der demokratische Politik vermutlich hoffnungslos überfordert ist (und auch die halbautokratische Politik Putins überfordert war). Die fehlqualifizierten Arbeitskräfte leben in Russland häufig an Orten und in Regionen, in denen es nach dem Wegfall der Subventionen außer Subsistenzlandwirtschaft kaum mehr etwas zu tun gäbe und in denen sich aufgrund der geographischen Bedingung eine auf dem Dienstleistungssektor beruhende Entwicklung schlechterdings nicht vollziehen kann. Bei der Erbringung von Dienstleistungen ist oft der unmittelbare Kontakt zum Dienstleister erforderlich, seine persönliche Anwesenheit<sup>53</sup>, und das setzt Mobilität und Reisetätigkeit voraus, die in Sibirien schon allein aufgrund der mangelnden Verkehrsinfrastruktur oft undurchführbar ist. Die russische Krankheit trägt ihren Namen zu Recht, weil sie zwar in vielen Ländern vorkommt, aber nur im russischen Fall nahezu unheilbar ist.

In der stalinschen Industrialisierungspolitik war die russische Krankheit zwar angelegt, aber noch nicht verfestigt. Das geschah erst in den Brežnevjahren. In der Stalinära wurden in Sibirien keine Renten verdient. Sibirien war ein Zuschussbetrieb, der aus militärischen Gründen veranstaltet wurde. Die stalinsche Industrialisierungspolitik hinterließ seinen Nach-

---

<sup>53</sup> Mancher glaubt, durch die elektronische Kommunikation würde das oft überflüssig, aber um sich klar zu machen, dass es sich meist keineswegs so verhält, braucht man nur in die relativ begrenzte Verbreitung der „Heimarbeit“ im Dienstleistungssektor der fortgeschrittenen Nationen denken. Dazu kommt, dass in Sibirien oft die Voraussetzungen für elektronische Kommunikation schlecht sind.

folgern eine schwache Landwirtschaft. In den späten 1950er und frühen 1960er Jahren hätten sich diese Probleme noch relativ leicht lösen lassen, aber dazu hätte es viel weitergehender Reformen bedurft, als die damalige sowjetische Führung zu unternehmen bereit war (die damals noch stark in marxistisch-leninistischen Vorstellungen befangen war). Erforderlich gewesen wäre insbesondere eine Reprivatisierung der Landwirtschaft, die damals noch durchaus möglich war, wohingegen sie nach 1990 enorme Schwierigkeiten bereitete, weil ein beträchtlicher Teil der verbliebenden ländlichen Bevölkerung nicht mehr bereit (oder schon zu alt dafür) war, die Mühen einer echten Selbständigkeit auf sich zu nehmen. Diejenigen, die einen eigenen Hof gründeten und aus den Kollektivbetrieben austraten, mussten nicht nur mit den normalen Risiken einer selbständigen Existenz zurechtkommen, sondern waren auch noch Bedrohungen wie Diebstahl, Einbruch, Brandstiftung etc. ausgesetzt, die von feindseligen Nachbarn ausgingen. Die ländliche Bevölkerung hatte sich zwischen 1970 und 1990 an die Staatsabhängigkeit gewöhnt, weil sie in den Brežnevjahren mit Sozialleistungen (bis 1965 bezog sie nahezu gar keine Sozialleistungen) und üppigen Subventionen bedacht worden war. Die Folgeprobleme haben sich bis zum heutigen Tag nur zu einem kleinen Teil lösen lassen. In Hinblick auf das enorme Ausmaß der bewirtschafteten Fläche produziert die russische Landwirtschaft nach wie vor erstaunlich wenig, weswegen Russland nach China weiterhin der zweitgrößte Lebensmittelimporteuer der Welt ist.

Hätte man 1960 die Landwirtschaft privatisiert, wäre man nicht auf die Öl- und Gasrente angewiesen worden.<sup>54</sup> Man hätte die sibirischen Aktivitäten sozusagen auf dem erreichten Stand einfrieren können. Stattdessen suchte man in Sibirien intensiv nach Öl und anderen Rohstoffen und fand im Laufe der 1960er Jahre nördlich und nordöstlich von Tjumen einige der größten Öl- und Gaslagerstätten, die jemals entdeckt wurden. Die westsibirischen Ölfelder wurden 1972 rentabel. Durch den Ausbau der Rüstungsindustrie, die weitere Erschließung

---

<sup>54</sup> In der Chruscev-Ära wurde zwar keine Privatisierung der Landwirtschaft angestrebt, aber es gab doch ernsthafte Versuche, Agrarreformen von jener Art durchzuführen, wie sie in den 1980er in China erfolgten, und die in chinesischen Landwirtschaft zu enormen Produktivitätssteigerungen führten. In China nannte man das das Familienverantwortungssystem, der russische Name war das autonom zveno. Gemeint ist, dass eine Großfamilie auf längere Zeit bestimmte Flächen von dem sozialistischen Wirtschaftsbetrieb zur Nutzung übertragen erhält und damit in eine Stellung hineinkommt, die der eines Pächters ähnelt. Die Familie bewirtschaftet diese Flächen dann in eigener wirtschaftlicher Verantwortung und kann die Gewinne einbehalten, wenn sie welche erzielt. Das ist gewissermaßen eine faktische Rückkehr zu Familienbetrieben unter dem Dach sozialistischer Großbetriebe. Das hat man auch in Ungarn mit Erfolg praktiziert und zwar ungefähr zur selben Zeit. Aber während man dies in Ungarn beibehielt und damit etwas ermöglichte, was in der DDR als Agrarwunder galt, kehrte man in der SU nach 1964 zur großbetrieblichen Landwirtschaft zurück und erhöhte die Betriebsgröße durch Zwangszusammenschlüsse von Kolchozen sogar noch erheblich. Das war gewissermaßen Lohn für die Landwirtschaftsverwaltung, dass sie den Putsch gegen Chruscev unterstützt hatte. Die Landwirtschaftsbürokraten befürchteten, dass ein Übergang zum faktischen Familienbetrieb ihre Jobs in Gefahr brachte.

Sibirien und die Einführung hoher landwirtschaftlicher Subventionen weitete sich der Wirtschaftssektor, der essentiell von Subventionen lebt und zwar von Subventionen, die nur wegen der Renten gezahlt werden konnten, ins Riesenhafte aus. Dieser Sektor beschäftigte am Ende der SU vielleicht die Hälfte aller russischen Erwerbstätigen. Der Wegfall vieler Subventionen, zu dem es ab 1990 kam, stürzte diese Leute in eine nahezu ausweglose Lage.

Die Öl- und Gasrenten wurden vor allem auf die Weise ausgeschüttet, dass die Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe und die Bevölkerung viele Roh- (darunter die Energierohstoffe) und Grundstoffe zu einem Preis erhielten, der weit unter dem Weltmarktpreis lag, wohingegen für den Output der Industriebetriebe nicht selten Preise bezahlt wurden, die erheblich über den Weltmarktpreisen lag. Ein Beispiel hierfür sind Rüstungsgüter. In der Befehlswirtschaft ließ sich diese Ausschüttungsmethode unschwer bewerkstelligen, weil die Preise vom Staat gesetzt wurden und darüber hinaus gar nicht selten auch die Lieferbeziehungen dekretiert wurden. Ein solches System lässt sich weitgehend unabhängig von der Weltmarktpreisentwicklung aufrechterhalten, solange die Rohstoffproduktion zu annähernd konstanten Kosten fortgesetzt werden kann und die Binnenpreise von den Weltmarktpreisen abgeschottet bleiben. Es hat allerdings eine Achillesferse, wenn man bestimmte Importe durchführen muss, um den ganzen Apparat am Laufen zu halten. Dazu muss man etwas exportieren und damit werden die ToT bedeutsam. Diese Achillesferse gewann, wie wir gesehen haben, ab 1970 stark an Bedeutung. Die Sowjetunion war in zunehmendem Maße abhängig von Landwirtschaftsimporten sowie von Importen von Technologiegütern, nicht zuletzt für den Rohstoffabbau selbst, der sich mit russischer Technik immer schlechter bewältigen ließ. Aber auch viele andere Branchen waren in zunehmendem Maße von Importen abhängig (in den 1950er und 1960er Jahren waren Tschechien und die DDR die wichtigsten Lieferanten von Maschinen für die Sowjetunion, aber aufgrund der zunehmenden technischen Rückständigkeit des tschechischen und DDR-Maschinenbaus reichte das ab den späten 1960er Jahren nicht mehr aus). Beispielsweise produzierte die Sowjetunion nur ungefähr die Hälfte der von ihrer Bevölkerung verbrauchten Medikamente. Die sowjetische Computerindustrie mitsamt der ihr zuarbeitenden Elektronikmaterial- und Komponentenproduktion war sehr rückständig, so dass sie bei vielen Produktionslinien, für die man moderne Rechentechnik benötigte, auf Importe angewiesen war usw. usf.

Wir hatten oben bei der Definition der russischen Krankheit und ihrer Erläuterung durch die Metapher der Suchtkrankheit auf den Gewöhnungseffekt hingewiesen. Der Gewöhnungseffekt besteht darin, dass eine Zunahme der Renten in der Regel dazu führt, dass weitere rentenabhängige Sektoren aufgebaut werden und die vorhandenen ausgebaut werden. Die

rentenabhängigen Sektoren werden zu einer politisch mächtigen Interessensgruppe, die nach immer mehr Subventionen verlangt und sie auch benötigt, weil sie ohne derartige Hilfen technisch gegenüber dem Westen immer weiter zurückbleibt.

#### 8. Entzug der Droge ab 1982 und die Reaktion des Kranken

Die Abhängigkeit von Importen führte in Verbindung mit bestimmten Spezifika der Befehlswirtschaft dazu, dass sich die Wirkung des negativen ToT-Schocks, den die Sowjetunion in den 1980er Jahren erlitt, gewaltig hochmultiplizierte. Ein marktwirtschaftliches System reagiert auf einen Schock meistens in einer Weise, die ihn abschwächt und zumindest teilweise absorbiert. Dafür sorgt das Preissystem. Rufen wir uns in Erinnerung, welche automatischen Anpassungsprozesse in einer Marktwirtschaft nach einem negativen ToT-Schock in Gang kommen. Der negative ToT-Schock führt zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz und bei flexiblen Wechselkursen in der Folge zu einer Abwertung der Währung des Landes, das von dem ToT-Schock betroffen ist. Bei festen Wechselkursen führt der Schock außerdem noch zu einer Verringerung des heimischen Geldangebots (warum?). Diese monetären Veränderungen sind der erste Schritt zur Anpassung. Zu der erforderlichen Erhöhung der Ersparnisse (Frage: warum ist die nötig?) und Verringerung der Investitionen des von dem negativen Schock betroffenen Landes führt dann die nachfolgende Erhöhung der Zinsen in diesem Land. Weil das Land, solange die Anpassung an die neue Lage nicht vollzogen ist, als Kandidat für weitere Abwertungen (und/oder Geldangebotsverknappungen) gelten muss, steigen die Zinsen. Dies senkt die Investitionen und erhöht die Ersparnisse. Die Abwertung begünstigt den Handelsgütersektor des abwertenden Landes und setzt eine Faktorwanderung aus dem Nicht-handelsgüter- in den Handelsgütersektor in Gang. Je flexibler Löhne und Preise in dem von dem ToT-Schock betroffenen Land sind, umso schneller geht dies vonstatten.

In einer Marktwirtschaft mit überregulierten Arbeitsmärkten vollzieht sich dieser automatische Anpassungsprozess deutlich gebremst, aber nach einiger Zeit kommt er schon in Gang. In einer sowjetsozialistischen Wirtschaft ist er hingegen lahmgelegt. Preise, Löhne und Zinsen sind vom Staat vorgegeben, die Binnenwirtschaft ist von Wechselkursbewegungen und Veränderungen der Leistungsbilanzsalden hermetisch abgeschieden. Sie bemerkt von ihnen nichts und hat keinerlei Anreiz sich auf derartige Veränderungen einzustellen. Die Investitionsentscheidung hat nichts mit Zinsen zu tun, weil eine Investitionsrechnung entweder ganz unterbleibt oder für die Investitionsentscheidung unmaßgeblich ist.

Ob in einer solchen Wirtschaft nach einem ToT-Schock die Anpassungsprozesse in Gang kommen, die für einen Ausgleich der Leistungsbilanz erforderlich sind, hängt dann ausschließlich davon ab, ob die politische Führung die Notwendigkeit dieser Anpassungsprozesse erkennt und ob sie die Konsequenzen politisch durchzusetzen vermag. Wenn eine dieser beiden Voraussetzungen fehlt, endet die Sache stattdessen binnen einiger Jahre mit dem internationalen Bankrott, also mit der Zahlungsunfähigkeit des Landes auf den Devisenmärkten. Dies erzwingt dann die Reduktion der Importe.<sup>55</sup> Wenn man die Lieferanten nicht mehr bezahlen kann, hören sie zu liefern auf. Für westliche Experten war die Lage der SU in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre schwer einzuschätzen, weil die Sowjetunion die wichtigsten Zahlungsbilanzdaten streng geheim hielt.<sup>56</sup> Über die Höhe ihrer Devisenreserven und ihres Goldschatzes konnte man nur Vermutungen anstellen. Dabei unterstellten westliche Beobachter der sowjetischen Führung wesentlich mehr Weitsicht als sie tatsächlich besaß, sie überschätzten ihre Intelligenz.<sup>57</sup> Weil die Sowjetunion keine Daten über ihre Auslandsverschuldung veröffentlichte, erhob man sie im Westen durch Befragung der Gläubiger (vor allem der Gläubigerbanken). Diese Daten waren zwar stets sehr unvollständig, weil nicht alle Gläubiger auffindig gemacht werden konnten und die entsprechenden Angaben lieferten. Um ihre Spuren zu verwischen und derartige Nachforschungen zu erschweren, verfolgte die SU die Strategie, ihren Schulden international sehr breit zu streuen und beschaffte sie sich ihr Geld oft über obskure Mittelsmänner. Aber ab 1986 war es für Insider unverkennbar, dass die sowjetische Auslandsverschuldung, die lange Zeit relativ begrenzt gewesen war, alarmierend rasch zunahm.

Im Fall der Sowjetunion fehlt es sowohl an der Einsicht in die Notwendigkeit eines Politikwechsels als auch an der erforderlichen Durchsetzungsfähigkeit der politischen Führung. Wie die Darstellung von Gaddy/Ickes zeigt, gingen die Ressourcenrenten ab 1982 rapide zurück. Sie bezieht sich zwar nur auf Russland, aber die russische Ölförderung machte 90 % der sowjetischen aus. Von der sowjetischen Ölförderung wurden zwischen 10 % und 20 % gegen Devisen auf dem Weltmarkt verkauft. Der Rest wurde in der Sowjetunion verbraucht

---

<sup>55</sup> Ein aktuelles Beispiel, in dem sich dies erneut vollzogen hat, ist Venezuela. Der venezolanische Staat hat im Zeichen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ die Wirtschaft so stark unter Kontrolle genommen, dass der marktwirtschaftliche Anpassungsprozess an die sinkenden Ölpreise so gut wie lahmgelegt wurde. Damit hat sich die Politik selbst in eine Verantwortung genommen, die sie nicht wahrzunehmen versteht. Dies führt zur Zahlungsunfähigkeit der Nation. Da Venezuela stark von Lebensmittelimporten abhängig ist, könnte dies durchaus dazu führen, dass der Hunger nach Caracas kommt. Die medizinische Versorgung ist bereits jetzt zusammengebrochen.

<sup>56</sup> Das passiert offenbar auch jetzt wieder. Aus Russland kommt nur mehr sorgfältig zensierte Wirtschaftsinformation.

<sup>57</sup> Man wollte den Fehler der Nazis vermeiden, die die Widerstandskraft der SU unterschätzt hatten. Die Überschätzung der SU entsprach aus westlicher Sicht gewissermaßen dem Vorsichtsprinzip.

oder zu vergleichsweise geringen Preisen an ihre Verbündeten verkauft, die vom Weiterverkauf (in weiterverarbeiteter Form) an den Westen in den 1970er Jahren erheblich profitiert hatten (daher die Umstellung der DDR auf Kohle). Wäre die russische Wirtschaft in den Weltmarkt voll integriert gewesen, so wäre der Rückgang der Renten um ca. 200 Mrd. USD ein gewaltiger Schock gewesen (mindestens 10 % des BIP verschwinden sozusagen spurlos; dies hätte in einer Marktwirtschaft sofort eine massive Wirkung ausgelöst, aber auch starke automatische Anpassungsprozesse in Gang gesetzt), aber weil die Verbindung zwischen Binnen- und Außenwirtschaft weitgehend unterbrochen war, machte sich dieser Schock zunächst nur bei den Exporterlösen bemerkbar, die im „nichtsozialistischen Ausland“ erzielt wurden. Ihre Reduktion bewirkte gemäß der Schätzung von Gajdar eine Reduktion des BIP um ca. 2 %. Dies ist an sich eine Größenordnung, die sich ohne weiteres verdauen lässt. ToT-Schocks dieser Größenordnung passieren in westlichen Volkswirtschaften gewissermaßen am laufenden Band. Aber die sowjetische Führung ignorierte das Geschehen und agierte weiter wie gewohnt. Die Lücke in der Zahlungsbilanz wurde zunächst durch Kreditaufnahme im Ausland gestopft. 1988 errichtete die Auslandsverschuldung eine Größenordnung, die den westlichen Banken als bedenklich erschien. Dies führte dazu, dass die Sowjetunion 1989 in massive Zahlungsprobleme geriet, im Westen um politischen Kredit bitten musste, und trotz erheblicher westlicher Hilfen 1991 bankrott war und ihre Importe stark reduzieren musste. Dieser Bankrott zog 1991 eine Reduktion des BIP um 20 – 30 % nach sich, wobei sich die Lebenshaltung der Bevölkerung eher noch stärker verschlechterte.

Dies ist ein erstaunlicher und erklärungsbedürftiger Vorgang. Deswegen verwundert es nicht, dass westliche Beobachter um 1986 zwar Probleme sahen, aber die Möglichkeit, dass das Imperium zugrunde gehen könnte, nicht erwogen haben. Hier stellt sich nicht zuletzt die Frage: Wie konnte es geschehen, dass die sowjetische Führung das Problem geraume Zeit nicht wahrnahm und nicht darauf reagierte? Und weiter: Wie kann eine Lücke von gerade mal 2 %, des Bruttonationaleinkommens (BNE) einen Staat dieser Größenordnung binnen 7 Jahren in die Zahlungsunfähigkeit treiben kann? Westliche Staaten kommen über lange Zeit hinweg mit viel größeren Lücken zurecht. Die USA haben seit 30 Jahren nahezu unterbrochen Leistungsbilanzdefizite von 2 % und mehr. Und warum führt eine Reduktion der Importe um 2 – 3 % des BNE zu einer Reduktion der Wirtschaftsleistung um ca. 20? Woher der enorme Multiplikator?

Ein Teilantwort auf die erste Frage ist, dass die sowjetische Führung bis zur Wahl von Gorbačëv im Jahre 1985 vergreist und der Generalsekretär außerdem noch vertrottelt war. Wie Gajdar berichtet, wies der Leibarzt des Herrschers namens Časov das Politbüro in vielen



Memoranden darauf hin, dass Brežnev krank und amtsunfähig sei, ohne dass das Politbüro hierauf reagierte. Es wäre eine Kleinigkeit gewesen, Brežnev zu stürzen. Er war zu krank, um sich wehren zu können, aber die hochbetagten Politbüromitglieder taten nichts. Das war für sie der bequemste Weg. Gajdar vertritt die Ansicht, dass es an der Spitze der Sowjetunion im Laufe der sowjetischen Geschichte zu einem Verfall der intellektuellen Fähigkeiten kam. In der späten Brežnevära waren diese Fähigkeiten seiner Meinung nach auf dem tiefsten Stand. Nach der Meinung des Autors dieser Zeilen (deren Darlegung hier zu weit führen würde), ist dies zwar nicht völlig falsch, aber doch stark übertrieben<sup>58</sup>. Als dieses Nachfolgeproblem zwei Jahre nach dem Tod von Brežnev endlich zugunsten von Gorbačëv gelöst wurde, trat zwar ein wesentlich gebildeterer und befähigter Herrscher an die Spitze, aber er hatte nicht die leiseste Ahnung von Wirtschaft. Wirtschaftskompetenz war im Politbüro, dem wichtigsten Führungsorgan des Landes schlicht nicht vorhanden. Als Gorbačëv ins Politbüro kam, war dies gemäß Karel Durman<sup>59</sup> überhaupt das erste Mal in der Geschichte, dass ein Mann in dieses Führungsgremium der KPdSU kam, der ein reguläres Universitätsstudium absolviert hatte<sup>60</sup>. Soweit seine Vorgänger und Politbürogenossen überhaupt akademische Grade besaßen,

---

<sup>58</sup> Diese These ist schon allein deswegen problematisch, weil sie der offiziellen Darstellung auf den Leim geht, gemäß der ein sehr beträchtlicher Teil aller Entscheidungen vom Mann an der Spitze (Lenin, Stalin usw. ) getroffen wurden. Das war aber natürlich nicht der Fall. In jeder großen Organisation ist faktisch von einem Managementteam auszugehen und lassen sich bestimmte Entscheidungen nur schwer und meist gar nicht auf bestimmte Mitglieder des Teams zurechnen. Auch wenn man der Meinung ist, dass Lenin und Stalin größere intellektuelle Fähigkeiten hatten als ihre Nachfolger (und das trifft vermutlich schon zu), käme es doch vor allem darauf an, welche Fähigkeiten die Leute hatten, die für sie arbeiteten und die Entscheidungen der Führungsspitze vorbereiteten – und das waren allemal ziemlich viele. Und dass es auch auf dieser Ebene zu einem Verfall intellektueller Fähigkeiten kam, müsste erst noch nachgewiesen werden. Überhaupt halten wir die These, dass der Niedergang der kommunistischen Herrschaft vor allem an gravierenden adverse selection problems im Bereich des Personals lag, für sehr fragwürdig. Diese Probleme gab es zwar und sie waren sicherlich schwerwiegender als bei der Auswahl des Führungspersonals innerhalb von demokratischen Parteien, aber auch letztere ist von Perfektion sehr weit entfernt.

<sup>59</sup> Útek od praporu. Praha: Karolinum 1998. Durman stand für seine Forschungen Protokolle der Politbürositzungen zur Verfügung.

<sup>60</sup> Mit diesem Studium scheint es allerdings eine besondere Bewandnis gehabt zu haben. Dies lässt Michel Heller: *Le 7e secrétaire*. Paris 1990 S. 33f. vermuten. Der künftige Führer der Sowjetunion (geb. 1931) entstammte dem kommunistischen Landadel im nördlichen Kaukasusvorland und stürzte sich zum frühestmöglichen Zeitpunkt in die Parteiarbeit, was ihm bereits als Teenager hohe Parteiauszeichnungen einbrachte. Dies ermöglichte ihm ab 1950 ein Jurastudium im „roten Kloster“, wie eine volkstümliche Bezeichnung für die Moskauer Staatsuniversität lautete. Diese juristische Fakultät war erst vor kurzem eingerichtet worden, weil Stalin der Jurisprudenz unlängst eine Rückkehr an die Universitäten ermöglicht hatte, aus denen sie Lenin ausgestoßen hatte. Die juristische Fakultät war die unbedeutendste Fakultät des „Roten Kloster“ und der juristische Gehalt des Studiums dürftig. Stattdessen lernte man viel Marxismus-Leninismus und Geschichte der Kommunistischen Partei. Ein anderer Absolvent dieser Fakultät, der zeitgleich mit Gorbacov studierte, schrieb später sein Studium: „Les cours qui y étaient dispensés. ... n’avaient rien à voir avec l’étude du droit et de son rôle dans la société. La science juridique stalinienne ... ne reconnaît, par exemple, qu’un critère de justice: la justice, c’est que l’État ou plus exactement les organes de l’État considère comme tel.” (Heller S. 34). Über das

hatten sie die ausnahmslos in quasiakademischen Schnellbesolungsinstituten erworben, die Parteifunktionäre unter vergünstigten Bedingungen graduierten. Überhaupt schiebt Durman über das Politbüro der Brežnev-Ära, dass Entscheidungen sehr häufig auf einer geradezu unglaublich schlechten Informationsbasis gefällt wurden<sup>61</sup>. Die sowjetische Führungsspitze hatte selbst von der Lage im eigenen Land nicht die leiseste Ahnung, geschweige denn vom Rest der Welt, und wenn in diesem Zirkel diskutiert wurde, dann erschöpfte sich das Gespräch meist in Platitüden und endloser Repetition traditioneller marxistischer Schemata<sup>62</sup>.

Als angeblicher Wirtschaftsexperte figurierte im illustren Kreis der sowjetischen Führungsspitze der Ministerpräsident Ryžkov, über dessen volkswirtschaftliche Kenntnisse Gajdar<sup>63</sup> schreibt: „I tried to teach ... Ryzhkov at least a bit about the basics of economics and finance – with, I must admit, remarkably little success. Vladimir Savakov, one of Ryzhkov’s closest advisors and the supervisor of our group, would regularly deliver our texts to the higher-ups and, as a rule, come back upset and dissatisfied.“ Für das Problem des ToT-Schocks fehlte jegliches Verständnis, man zeigte sich unbelehrbar. Auch die einflussreichsten Berater der neuen Herrscher verstanden dieses Problem und die von ihm ausgehenden Gefahren ganz einfach nicht. In westlichen Volkswirtschaft ist es zwar auch normal, dass die meisten Regierenden von VWL nichts verstehen (in der gegenwärtigen Bundesregierung hat m. E. nur der Jurist Schäuble ein beträchtliches Maß an Wirtschaftskompetenz, aber man weiß immerhin um die Bedeutung dieser Dimension, die sich in der Demokratie ja auch geradezu aufdrängt, und lässt sich von Leuten beraten, die etwas von der Sache verstehen). Dass dies in der Sowjetunion nicht der Fall war, zeugt von dem Verfall wirtschaftlichen Verständnisses, zu dem es

---

Studium von Gorbacov weiß man wenig, außer dass er sich auch dort intensiv der Parteiarbeit widmete und dass er nach seinem Studium niemals einen Rechtsberuf praktizierte. Irgendetwas muss in dieser Zeit für Gorbacov schiefgegangen sein, weil er nach dem Studium in das Provinznest zurückkehrte, aus dem er gekommen war und dort in kleinen Schritten im Parteiapparat beruflich hocharbeiten musste. Dass dies nicht seinen Wünschen entsprochen haben kann, kann man schon allein daraus schließen, dass er sich in Moskau mit der ML-Studentin und späteren ML-Dozentin Raissa verheiratete, einer, wie Zeitgenossen versichern, sehr attraktiven jungen Dame aus dem Parteiadel. Dass Raissa von der Versetzung aus dem Zentrum des Reichs in den Krähwinkel wenig erbaut war, darf vorausgesetzt werden.

<sup>61</sup> Damit kommt er den eigentlichen Problemen u. E. sehr viel näher als die adverse selection These. Informationen müssen kommuniziert werden, damit sie beim Entscheidungsträger ankommen – und in diesen Kommunikationsverläufen und –strukturen lag das eigentliche Problem.

<sup>62</sup> Durman resümiert seine Archivstudien über den Entscheidungsprozess an der sowjetischen Führungsspitze mit den Worten, dass es zwar auch in westlichen Demokratien zu unbedachten Entscheidungen kommt, aber wenn man die völlige Unbedarftheit sowjetischer Entscheidungsträger als Vergleichsmaßstab heranzieht, erscheinen die meisten westlichen Demokratien als äußerst kompetent.

<sup>63</sup> Days of Defeat and Victory S. 49. Dies ist die englische Übersetzung seiner in russischer Sprache erschienenen Autobiographie. Der russische Originaltext findet sich im 1. Band, der seit 2012 im Moskauer Gajdar-Institut erscheinenden, auf 15 Bände angelegten, Werkausgabe Gajdars, ein Denkmal, das der wohl bedeutendste russische Ökonom seiner Zeit gewiss verdient hat.

gemäß einer alten Vermutung der Ökonomen in der Kommandowirtschaft leicht kommen kann. Über finanzielle Fragen einschließlich Fragen der Devisenreserven und Zahlungsbilanz hatte man im Politbüro seit „unvordenklichen“ Zeiten nicht mehr gesprochen.<sup>64</sup> Das galt als ein Spezialthema für Experten, die im Fall der SU politisch nicht sonderlich hoch angebunden waren (in der DDR und CSSR waren sie höher angebunden, aber das nutzte im Fall der DDR nicht viel, weil Honecker die Sache nicht begriff – die tschechoslowakische Führung war intelligenter, weswegen die tschechische Volkswirtschaft sich 1989 in einer weit weniger hoffnungslosen Lage befand als die DDR-Wirtschaft). Gorbačëv erkannte das Problem erst 1988, als er eine Denkschrift von Gajdar las, die ihm die Sache begreiflich machte. Er war davon derart erschüttert, dass er die Schrift im Politbüro vorlas, aber die anderen verstanden nicht viel. Jedenfalls geschah danach nichts Durchgreifendes. Gorbačëv selbst hatte nicht die Machtvollkommenheit, gegen den Willen der anderen Politbüromitglieder drastische Maßnahmen durchzusetzen (er war nicht Stalin). Um die Katastrophe zu verhindern, wäre es erforderlich gewesen, die Importe sofort massiv zu drosseln. Das hätte bedeutet, dass zahlreiche bereits begonnene Investitionsprojekte unterbrochen und viele Anlagen stillgelegt worden wären, die aus dem Westen importierte Inputs verbrauchten. Dies betraf insbesondere die Rüstungsindustrie. Das ging gegen mächtige wirtschaftliche Interessen, die von einem großen Teil des Parteiapparats mitvertreten wurden. Diese Konfrontation scheute Gorbačëv, weil sie zu seinem Sturz hätte führen können (der 1964 putschartig vollzogene Sturz Chruščëvs, der sich mit derartigen Interessen angelegt hatte, war für ihn ein warnendes Beispiel).

Das Desinteresse der sowjetischen Führung für finanzielle Fragen aller Art führte dazu, dass auch ein weiterer Aspekt des Zahlungsbilanzdefizits in seiner Bedeutung nicht erkannt wurde. Der sowjetische Staatshaushalt speiste sich (damals wie heute der russische) zu einem recht beträchtlichen Teil aus Exportzöllen bzw. -steuern. Die erdöl- und erdgasproduzierenden Betriebe bekamen beim Export ihrer Produkte nur die geringen Binnenhandelspreise gutgeschrieben. Die Differenz zu den wesentlich höheren Weltmarktpreisen floss in den Staatshaushalt. Als die Weltmarktpreise zurückgingen, reduzierten sich diese Abführungen an

---

<sup>64</sup> Genauer gesagt: Keiner der Mitglieder des Politbüros war schon dabei gewesen, als sich die Parteiführung noch für derartige Fragen interessierte. Stalin erachtete die Devisenkasse als eine der wichtigsten Themen, die es überhaupt geben konnte. Alle größeren Auslandsgeschäfte bedurften damals seiner persönlichen Genehmigung. In den kleineren kommunistischen Staaten verhielt es sich damit sehr unterschiedlich. In Bulgarien, der Tschechoslowakei und Ungarn war die oberste Parteiführung wirtschaftlich keineswegs so naiv wie in der Sowjetunion und interessierte sie sich stark für die Zahlungsbilanzproblematik. Auch die chinesische Parteiführung war – jedenfalls nach Maos Hinschied – wirtschaftlich mitnichten inkompetent. Dass sich in den kleineren kommunistischen Ländern mehr Wirtschaftskompetenz erhielt, lässt sich wohl damit erklären, dass für sie der Außenhandel eine viel größere Bedeutung hatte – und der war allemal Handel, und zwar auch, wenn die sozialistischen Brüder die Geschäftspartner waren.

den Staatshaushalt entsprechend. Weil die öffentlichen Ausgaben nicht reduziert wurden, wurde der Staatshaushalt stark defizitär. Das Defizit wurde durch Geldschöpfung gedeckt. Solange dieses Geld nur an sozialistische Betrieben ausgezahlt wurde und zwischen ihnen zirkulierte, war es offizielle Lehre, dass die durch das stark steigende Geldangebot ausgelösten Probleme sich in Grenzen hielten, weil Lieferungen innerhalb der sozialistischen Wirtschaft zum Teil im Wege der Zuteilung und des Naturaltausches abgewickelt wurden. Allerdings spielte das Geld auch innerhalb der sozialistischen Wirtschaft in Wahrheit eine viel größere Rolle als es ihm die offizielle Sicht zugestand: bei einem beträchtlichen Teil der als planmäßig deklarierten Lieferbeziehungen handelte es sich in Wahrheit um Handel und Handel wird durch Geld ermöglicht. Wenn Geld nicht mehr begehrenswert ist, weil bei weitem zu viel im Umlauf ist, wird dieser Handel erschwert. Dann fehlt nämlich ein universell verwendbares Zahlungsmittel. Erheblich verschärft wurde dieses Probleme dadurch, dass ein Teil dieses Geldes eben doch im Wege von Löhnen und Sozialleistungen an die Bevölkerung ausgezahlt wurde und die Geldeinkommen der Haushalte zunahm. Diese zusätzlichen Geldeinkünfte waren nicht durch ein entsprechend erhöhtes Güterangebot gedeckt, so dass sich die bereits im Jahre 1980 sehr ausgeprägte Mangelwirtschaft rasch weiter verschärfte. Aus der Mangelwirtschaft wurde eine Supermangelwirtschaft. Immer mehr Waren verschwanden ganz aus dem freien Verkauf und waren nur mehr über Bezugsscheine (sog. talon) zu bekommen, also für Lebensmittelmarken u.ä.m. (in der SU wurde die Rationierung nie völlig abgeschafft). Je schwieriger es wurde, Geldzahlungen in Ware umzusetzen, umso stärker verfielen die auch zuvor schon schwachen Leistungsanreize – mit Geld konnte man keinen mehr zu Leistungen anreizen – und damit die Arbeitsproduktivität. Viele Arbeitnehmer waren während eines beträchtlichen Teils ihrer Arbeitszeit gar nicht mehr in den Betrieben anwesend, sondern gingen stattdessen in die Geschäfte, um Ware zu finden oder befanden sich in Warteschlangen vor einer Verkaufseinrichtung, die anscheinend Ware anzubieten hatte.

Dass ein Leistungsbilanzdefizit von nur 2 % des BNE kumuliert über einige Jahre zum Bankrott des Landes führen konnte, lag nicht zuletzt daran, dass die SU in der Zeit der Rentenflut keine nennenswerten Reserven gebildet hatte.

Dafür, dass ein Leistungsbilanzdefizit von nur 2 % die SU in den Bankrott treiben konnte, spielte es eine beträchtliche Rolle, dass es für Ausländer weder möglich noch lukrativ war, russisches Realvermögen zu erwerben. Privater Kapitalimport in die SU fand nicht statt. Wenn ein Gläubiger Forderungen gegen die Sowjetunion hatte, befand er sich in einer völligen anderen Situation als wenn er beispielsweise USD-Forderungen hält. USD-Forderungen kann man verkaufen und mit dem Verkaufserlös Realvermögen in den USA erwerben. Ver-

wendungsmöglichkeiten für USD-financial assets gibt es viele: Man muss nicht Güter aus den USA kaufen, sondern kann stattdessen auch US-amerikanische real assets erwerben – und da gibt es viel Interessantes. Forderungen gegen die SU ließen sich hingegen nur in etwas Nützliches umsetzen, indem man Waren aus der SU importierte – und die hatte außer Öl, Gas und Waffen wenig anzubieten. Die internationale Zahlungsfähigkeit der SU hing damit ausschließlich von der für die jeweilige Zukunft zu erwartenden Leistungsbilanzentwicklung ab und diese Zukunft stellte sich in den späten 1980er Jahren sehr ungünstig dar.

In der Darstellung von Gaddy und Ickes erkennt man einen wichtigen Grund für diese trübseligen Aussichten. Die Renten gingen in den 1990er Jahren weiter zurück und zwar ganz erheblich, obwohl der Ölpreis nicht mehr sank. Dies lag daran, dass man in den späten 1980er Jahren aus den bereits erschlossenen Lagerstätten so viel wie möglich herausgepresst hatte, ohne im entsprechenden Umfang neue zu erschließen. Ebenso hatte man die Reparatur und Erneuerung der Maschinerie und der Pipelines völlig vernachlässigt<sup>65</sup>. Deswegen befand sich die Erdölwirtschaft 1991 in einem desolaten Zustand und ging die Förderung über einen beträchtlichen Zeitraum hinweg stark zurück.<sup>66</sup> Erst durch die Teilprivatisierung und den Import westlicher Ausrüstungen kam die Erdölwirtschaft in den späten 1990er Jahren wieder auf die Beine. Der Einbruch in den frühen 1990er Jahren war mithin gar nicht so sehr (wenn überhaupt) den postkommunistischen Reformen geschuldet, sondern war eine Spätfolge des Raubbaus, den man in den 1980er Jahren betrieben hatte.

Dass sich eine Importreduktion um 2-3 % im Jahr 1991 zu einem BNE-Einbruch von 20-30% hochmultiplizierte, ist vor dem Hintergrund der Befehlswirtschaft und des Machtverfalls der Parteiführung zu sehen. In einer Marktwirtschaft führt ein negativer ToT-Schock dazu, dass Importwaren teurer werden und mengenmäßig weniger eingeführt wird. Die Verteuerung bewirkt, dass die Importwaren auf die ertragsstärksten Verwendungsrichtungen konzentriert werden und weniger dringlich entfallen. In der Befehlswirtschaft fehlt dieser Mechanismus und müsste durch Rationierung ersetzt werden. Mit der erforderlichen gigantischen Rationierungsaufgabe war die Wirtschaftsverwaltungsbürokratie bei weitem überfordert. 1991 hätte man nahezu den gesamten Einzelhandel auf Rationierungskarten umstellen müssen. Das wurde zwar in erheblichem Umfang vollzogen, konnte aber nicht gewährleisten, dass die Kar-

---

<sup>65</sup> Soweit erkennbar wiederholte sich nach 2014 auch diese Geschichte. Russland reagierte auf die sinkenden Ölpreise paradox: Man erhöht die Produktion. Dies hat fiskalische Gründe. Auf diese Weise versucht man die wegbrechenden Staatseinnahmen aus der Erdölbesteuerung zu kompensieren. Weil die pro Barrel immer weniger werden, befiehlt man den Erdölproduzenten, mehr Barrel zu erzeugen. In der langen Frist muss dies sehr ungünstige Wirkungen haben.

<sup>66</sup> Zur Entwicklung der russischen (nicht sowjetischen) Erdölförderung nach 1985 gibt Gajdar: *Sobranie sočinej* Bd. 2, Moskva 2012 S. 481 die folgenden Zahlen: 1985 betrug die russische Erdölproduktion 542 Mio. t, 1991 462 Mio. t und 1995 307 Mio. t.

ten auch lokal mit dem entsprechenden Warenangebot unterlegt waren. Die Leute erhielten zwar Lebensmittelkarten, aber für die bekamen sie oft nichts (ähnlich wie in Deutschland im Ersten Weltkrieg). Eine solche Deckung von Karten durch Ware zu gewährleisten ist keine einfache Aufgabe, weil es dazu erheblicher Umdispositionen und Umstrukturierungen bedarf. Der Befehlswirtschaft gelingt am ehesten die Verwaltung des Status quo – und genau der konnte nach 1985 in der SU nicht mehr bestehen bleiben. Bedeutende Umstrukturierungen werden hingegen zur Machtprobe.

Ein Beispiel für dieses Versagen der Befehlswirtschaft war die Lebensmittelversorgung. Die Getreideimporte mussten 1991 stark gekürzt werden. In einer Marktwirtschaft hätte dies niemals zu einer Hungersnot führen können. Aber im letzten Viertel des Jahres 1991 gab in den sowjetischen Städten ernstzunehmende Hinweise, dass eine Hungersnot drohte, und das, obwohl die sowjetische Getreideernte für die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide völlig ausreichte. Die Ernte des Jahres 1991 war sogar ungewöhnlich gut, weil das Wetter günstig war. Wäre die Getreideernte vorrangig für die Ernährung der Bevölkerung eingesetzt worden, hätte es nicht für die Fütterung der Viehherde gereicht. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen hätte dies dazu geführt, dass ein beträchtlicher Teil der Viehherde geschlachtet wird. Das Getreide hätte sich durch den Importrückgang soweit verteuert, dass es sich nicht mehr rentiert hätte, es an das Vieh zu verfüttern. Der Verkauf an die Mühlen und Bäckereien wäre die ertragsstärkere Verwendung gewesen und das Vieh wäre geschlachtet worden. 1991 hätte unter marktwirtschaftlichen Bedingungen also ein Jahr mit viel billigem Fleisch werden müssen. Tatsächlich gab es in den Städten im staatlichen Handel aber kein Fleisch. Im staatlichen Lebensmittel gab es Ende 1991 so gut wie gar nichts mehr. Die Lebensmittelversorgung der Städte hatte sich so gut wie vollständig in einen intransparenten wirtschaftlichen Untergrund sowie auf die legalen, aber begrenzten Bauernmärkte verlagert.

1991 geschah etwas ganz Anderes als in der Marktwirtschaft geschehen wäre: Die sozialistischen landwirtschaftlichen Betriebe hielten sich nicht mehr an ihre Planaufgaben und verkauften den staatlichen Aufkauforganisationen wesentlich weniger Getreide als in den Vorjahren. Sie verhielten sich auch (dazu kam der rasche Verfall staatlicher Autorität) deswegen so, weil sie aus gutem Grund fürchteten, um die Gegenleistung geprellt zu werden. Die Gegenleistung bestand nicht wirklich in Geld – das war wenig wert – sondern in Lieferungen von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und industriellen Konsumgütern für die Landbevölkerung. In der Tat waren diese Gegenleistungen im Begriff, dramatisch zu schrumpfen, weil viele dieser Produktionslinien von westlichen Inputlieferungen abhingen und letztere aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des Landes nicht mehr oder nur mehr in stark

verringertem Umfang eintrafen. Die Düngemittelproduktion ging auch deswegen stark zurück, weil die Öl-, Gas- und Kohleproduktion erheblich geschrumpft war<sup>67</sup> und ein möglichst großer Teil der verbliebenen Förderung in den Export gelenkt wurde. Statt die Ernte an die staatlichen Aufkauforganisationen zu verkaufen, wurde sie von den landwirtschaftlichen Betrieben eingelagert, an das Vieh verfüttert oder auf eigene Faust verkauft und zwar z. T. auf dem Schwarzmarkt. Die Versorgung der großen Städte konnte aber höchstwahrscheinlich nur die staatliche Handelsorganisation gewährleisten. Nur sie hatte die nötigen Transport- und Lagerkapazitäten. Der Schwarzmarkt konnte vermutlich nicht an ihre Stelle treten, weil die Schwarzhändler und die Privatwirtschaft nicht über die nötige Logistik verfügten. Anders als etwa in Polen war es in Russland nicht vorstellbar, dass die Bauern selbst massenhaft die Städte fuhren, um dort ihre Ware auf den Markt zu bringen. Dafür war das Land zu weitläufig und waren die Straßen zu schlecht. Außerdem besaßen die Bauern nicht die erforderlichen Transportmittel.<sup>68</sup> Ich sage vermutlich, weil auch unter Zeitzeugen bis zum heutigen Tag umstritten ist, wie groß die Gefahr einer Hungersnot tatsächlich war. Die Leistungsfähigkeit intransparenten Schwarzmarkts ist eben sehr schwer abschätzbar. Wenn es zu keiner Freigabe der offiziellen Preise gekommen wäre und die Versorgung der Städte weiter Sache des Schwarzmarkts geblieben wäre, wären diejenigen Bevölkerungskreise, die sich die hohen Schwarzmarktpreise leisten konnten, vermutlich schon zurechtgekommen. Aber es hätte viele andere gegeben, die das nicht konnten und die hätten gehungert und möglicherweise wäre auch viele von ihnen verhungert.

Die Sowjetunion hatte mit diesem Problem schon mehrmals in ihrer Geschichte zu kämpfen gehabt und in vergangenen Zeiten durch hartes Durchgreifen mehr oder minder gut „gelöst“. Im Laufe der sowjetischen Geschichte hat man Hunderttausende von Bauern getötet, weil sie ihre Ernte nicht herausgeben wollten. Um zu erklären, warum das 1990/91 nicht mehr möglich war, muss man die politische Entwicklung in der Gorbačëv-Ära bedenken (glasnost). Die offene Debatte über die sowjetische Geschichte, die von 1987 bis 1991 stattfand, hatte einem Teil der früheren Anhänger des Regimes die Augen über seinen verbrecherischen Charakter geöffnet. Damit erlitt das Regime einen weiteren Legitimationsverlust. Allerdings war es um seine Legitimation fast stets – die wichtigste Ausnahme war das Jahr 1945 und die unmittelbare Nachkriegszeit, in der der Sieg als Legitimationsereignis aufgeboten werden konn-

---

<sup>67</sup> 1990 musste die sowjetische Führung erkennen, dass die Erdölförderung stark rückläufig war und sich dagegen kurzfristig nichts mehr ausrichten ließ. Gajdar *Sobr. Soč.* Tom 7 S. 257.

<sup>68</sup> In Polen spielte derartiges bäuerliches Unternehmertum hingegen in den schwierigen Jahren 1989/90 eine große Rolle. Die Lebensmittelversorgung der Städte wurde dadurch ganz wesentlich verbessert. In Polen besaßen die Bauern Traktoren und waren die Straßen besser, die Transportentfernungen geringer.

te – eher schlecht bestellt. Hinter den kommunistischen Regimen standen immer nur mehr oder minder bedeutende Minderheiten. Es wäre auch ein Irrtum zu glauben, dass sich Staatsmacht allein aufgrund von Legitimation errichten lässt. Selbst ein Staat, der nur öffentliche Güter erzeugt, die jedermann begehrt, braucht den wirksamen Zugriff auf Drohmacht und damit Zwangsgewalt, weil bekanntlich jeder wünscht, dass die anderen für die öffentlichen Güter zahlen sollen, jeder will schwarzfahren, und er muss dazu gezwungen werden, seinen Finanzierungsbeitrag zu leisten. Die Macht ist am wirksamsten, wenn sie in der Regel bloße Drohmacht bleiben kann und es nur relativ selten echter Sanktionen bedarf. Hier zeigt sich aber der prekäre Charakter aller Macht. Sie beruht auf einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, die im Prinzip jederzeit in eine sich selbst widerlegende Prophezeiung umschlagen kann. Die Macht manifestiert sich am Gehorsam. Damit die bloße Drohung mit Sanktionen ausreicht, um Gehorsam zu gewährleisten, müssen die Leute die Wahrscheinlichkeit, dass die Sanktionen tatsächlich verhängt werden, für ziemlich hoch herachten. Wenn sie das tun, werden nur wenige besonders wagemutige Individuen den Gehorsam verweigern, und weil es nur wenige sind, kann die Staatsmacht diese dann unschwer fangen und hart bestrafen. Die harte Strafe zeigt dann den weniger Wagemutigen, dass sie für sich das Richtige getan haben. Halten die Leute die Wahrscheinlichkeit, dass sie gefangen und bestraft werden, hingegen für eher gering, werden viele den Gehorsam verweigern und eben deswegen, weil der Widerstand so massenhaft ist, wird es dem Regime schwerfallen, einen Großteil der Ungehorsamen zu fangen und zu bestrafen. In den Jahren 1987 bis 1991 hatte sich die Machtlage in der Sowjetunion dahingehend verändert, dass die Leute weniger Angst vor dem Staat hatten als früher. Ungehorsam war für sie weit eher zur Option geworden.<sup>69</sup>

Die Putschisten vom August 1991 wollten die Macht des Staates regenerieren. Wenn sie Erfolg gehabt hätten, wäre viel Blut geflossen. Woran sie genau scheiterten, ist nicht bekannt. Es scheint, dass die von ihnen aufgeborenen Truppen den Befehl verweigerten, als sie erkannten, dass sie auf starken Widerstand der Bevölkerung stießen. Es gelang den Putschisten zwar, eine große Zahl von Panzern nach Moskau hineinzubringen, aber diese haben nicht geschossen<sup>70</sup>. Einige Einheiten desertierten sogar und stellen sich auf die andere Seite. Dazu

---

<sup>69</sup> Signifikant war das Vorgehen gegen die baltischen Unabhängigkeitsbestrebungen im Jahr 1990. Hier kam es zwar zum Gewalteininsatz, aber nachher wollte keiner der Spitzenfunktionäre die Verantwortung dafür übernehmen, den Polizeieinsatz befohlen zu haben. Das musste Zweifel daran wecken, ob die Staatsführung tatsächlich willens war, von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen, und schwächte die Moral der Truppe, musste diese doch befürchten, dass ihre Befehlshaber sie nach Ausführung des Befehls im Stich lassen würden.

<sup>70</sup> Aufgrund der dilettantischen Planung des Putsches verpasste man die durchaus gegebene Chance, vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor sich überhaupt ziviler Widerstand formieren konnte. Man versäumte es, Jelzin zu verhaften. Damit bestätigt sich die Regel, dass Revolutionen durch unvorher-



kam wohl, dass die Putschisten unter sich uneins waren und ein Teil von ihnen vor einem harten Durchgreifen zurückschreckte. Hätte man am ersten Tag des Putsches hart durchgegriffen, so wäre man vermutlich erfolgreich gewesen.<sup>71</sup> Das Scheitern des Putsches war in der Befehlswirtschaft ein Ereignis von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Der Befehlswirtschaft verlor die Fähigkeit zum Befehlen, weil das dazu erforderliche Drohpotential sich aufgelöst hatte. Die sog. Plandisziplin, die Bereitschaft, den Befehlen der Wirtschaftsführung zu gehorchen, war zwar schon zuvor einer starken Erosion ausgesetzt, aber jetzt brach sie vollständig zusammen. Die sozialistische Wirtschaft kam gewissermaßen zum Stillstand. Die Unternehmensleiter gehorchten den wirtschaftsleitenden Organen nicht mehr. Die sowjetische Führung erbat und erhielt zwar Lebensmittellieferungen aus dem Westen, insbesondere aus Deutschland, aber es war absehbar, dass diese schon allein aus logistischen Gründen nicht ausreichen würden, um in den großen Städten eine gefährliche Zuspitzung der Lebensmittelknappheit im Laufe des Winters 1991/92 zu verhindern. Dies machte die Freigabe der meisten Preise und die förmliche Aufhebung eines Großteils der Befehlswirtschaft am 2.1.1992 schier unvermeidlich.

## 9. Nach dem Untergang des Reichs

Nach 1992 gingen die Renten weiter zurück. Heftige Entzugserscheinungen traten auf. In Russland, der Ukraine und Belarus kam es in den 1990er Jahren anders als in den weiter westlich gelegenen ehemals kommunistisch regierten Staaten und im Baltikum jedoch nicht zur Heilung der russischen Krankheit. Der Unterschied war zum Teil, aber nicht ausschließlich der Schweregrad der Krankheit. Alle Sattelitenstaaten waren angesteckt, aber unterschiedlich

---

gesehene Kleinigkeiten ermöglicht werden. Die Staatsmacht erweist sich einen Moment (einen Tag) lang als schwächer als von den Machtunterworfenen erwartet – und alles löst sich auf, weil viele Leute wagemutig werden.

<sup>71</sup> Gemäß Gajdar *Sobr. Soč.* Tom 7 S. 259 wusste der Premierminister Pavlov sehr gut, dass die Sowjetunion zahlungsunfähig war und die Lebensmittelimporte sofort aufhören würden, wenn die SU das politische Wohlwollen des Westens verlor. Dies hätte in den wichtigsten Städten des Landes vermutlich durch Hunger und Hungerrevolten führen können. Ob die Truppe dann auch noch schießen oder sich stattdessen das Szenario vom Februar 1917 wiederholen würde, war zumindest sehr unsicher. Deswegen hofften Leute wie Pavlov, dass der pure Anblick vieler Panzer die Moskowiter samt und sonders einschüchtern würde. Damit hatte er sich getäuscht und als man den Irrtum erkennen musste, wusste man nicht weiter. Pokhy zufolge unternahm man einen Versuch, Gorbatschow auf seine Seite zu ziehen und reist zu seinem Landsitz, auf dem man ihn festgesetzt und isoliert hatte, aber der war nicht bereit die Emissäre der Putschisten zu empfangen, weil er sie ihm Verdacht hatte, ihn vergiften zu wollen. In der Sowjetunion gibt es eine Geschichte vermuteter Vergiftungen an der Parteispitze. So vermutet man – bewiesen ist es nicht –, dass Stalin von seinem Geheimdienstchef vergiftet wurde und Brežnev desgleichen. Gorbatschow befürchtete, dass sein Geheimdienstchef ihm dasselbe Schicksal bereiten wollte.

schwer (Bulgarien war der schwerste Fall außerhalb der ehemaligen Sowjetunion). Die Länder, deren Industrialisierung großenteils erst unter dem kommunistischen Regime erfolgt war, waren stärker erkrankt als die weiter westlich gelegenen Regionen. Regionen, die nicht Teil der SU waren, waren weniger schwer erkrankt als die SU-Regionen, weil die SU ihre Verbündeten bei Rohstofflieferungen immer relativ kurz hielt und von ihnen höhere Preise forderte als von Betrieben aus der SU bezahlt wurden.<sup>72</sup> Innerhalb des RGW gab es mehr Konkurrenzdruck als innerhalb der Sowjetunion. Nur das Baltikum war von der russischen Krankheit genauso stark betroffen wie Russland, aber sie wurde geheilt, wenn auch unter großen Opfern. Entscheidend erleichtert wurde dies durch ein vergleichsweise mildes Klima und die günstige Verkehrslage eines Ostseeanrainers. Dass dies notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen war, zeigt der Vergleich mit dem Gebiet Kaliningrad, in dem wenig erreicht wurde, obwohl es von der Geographie stärker begünstigt ist als sämtliche baltischen Staaten.

Marktwirtschaftliche Reformen waren eine notwendige (aber keine hinreichende) Voraussetzung, um die russische Krankheit mit Aussicht auf Erfolg therapieren zu können. Hierfür muss man erst einmal ermitteln, wo die schlimmsten Krankheitsherde stecken, d. h. welche Anlagen und Standort besonders unwirtschaftlich sind und deswegen rasch stillgelegt werden müssen. Um solche Aussagen treffen zu können, benötigt man Preise, die die Knappheitsverhältnisse widerspiegeln und Wirtschaftlichkeitsrechnungen ermöglichen. Erst dann kann man erkennen, welche Produktionsstätten und Standorte umgehend geschlossen werden sollten und welche noch einige Zeit fortbestehen können, weil sie zumindest ihre variablen Kosten decken. Die Preise der Befehlswirtschaft wichen extrem stark von den tatsächlichen Knappheitsverhältnissen ab und waren für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vollkommen ungeeignet. Hätte man die russische Krankheit im Rahmen der Befehlswirtschaft zu therapieren versucht, so hätte dies unnötige hohe Kosten verursacht, hätte man doch bei der Schließung von Standorten häufig geradezu per Zufallsauswahl verfahren müssen und damit oft die falschen erwischt. Bei einer so schweren Krankheit kann man sich derartige Fehler nicht leisten.

---

<sup>72</sup> Das spielte vor allem ab 1985 eine große Rolle. Ab 1985 kürzte die SU vielen Satellitenstaaten die Lieferungen und erhöhte die Preise. Sie wälzte damit Entzugsprobleme auf ihre Satelliten weiter. Das führte bei allen Satellitenstaaten zu großen wirtschaftlichen Problemen, die einige von ihnen wie z. B. die DDR oder Bulgarien, in eine schier ausweglos wirtschaftliche Lage führte. Andere, die zuvor schon stark auf Autarkie gesetzt hatten wie etwa Nordkorea kamen damit eher zurecht. Nordkorea profitierte dabei stark vom eigenen Naturressourcenreichtum. Beispielsweise gibt es bedeutende Vorkommen an seltenen Metallen (die heute mit chinesischer Hilfe ausgebeutet werden). Dass das kommunistische Regime in Nordkorea überlebte, ist wohl maßgeblich diesem Ressourcenreichtum zuzuschreiben. Auch die Tschechoslowakei war von der Reduzierung der sowjetischen Öllieferungen nicht so stark betroffen wie die DDR und zwar u. a. deswegen, weil sie sich kaum im Westen verschuldet hatte und der Konsumboom in der CSSR nicht so weit ging wie in der DDR.

Der Versuch, relativ konsequente marktwirtschaftliche Reformen durchzuführen, war in Russland von kurzer Dauer und überlebte das Jahr 1992 nicht. Gajdar wurde auf Verlangen des Obersten Sowjet, also des Quasiparlaments, das aus den halbfreien Wahlen von 1990 hervorgegangen war, schon Ende 1992 als stellvertretender Ministerpräsident abgelöst – übrigens nicht zu seiner Überraschung. Sein Nachfolger hieß Černomyrdin und war der Chef von Gasprom. Dass er von Gasprom kam und nicht aus der Ölindustrie, war kein Zufall, weil die Ölindustrie sich damals in einem elenden Zustand befand, wohingegen Gasprom eine relativ gut funktionierende Organisation darstellte (eigentlich war es ein Staat im Staate mit einer eigenen Armee von ca. 50000 Mann, die auch über schwere Waffen verfügte), die erhebliche Renten erwirtschaftete. Unter der Regie von Černomyrdin wurden diese Renten so verteilt, dass ein Großteil der industriellen Hinterlassenschaft der SU und der damit verbundenen Standortstruktur erhalten werden konnte, wobei diese Produktionsstätten vorläufig nur auf Sparflamme weiterliefen. Im Rahmen einer echten Marktwirtschaft wären Erhaltungsmaßnahmen dieses Ausmaßes nicht möglich gewesen.

Die Verteilung der Renten beruhte weiterhin auf befehlswirtschaftlichen Methoden und einer Ausschaltung des normalen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Dies ist eine Wirtschaftsform, die im Kernbereich der russischen Wirtschaft bis heute fortbesteht, wobei man sich unter Befehlswirtschaft damals wie heute nicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen sollte, in der alles Wesentliche durch Befehl von Oben entschieden wird. So verhielt es sich auch in der sowjetischen Befehlswirtschaft nie und das war auch gar nicht möglich. Faktisch wird vieles dezentral entschieden. Die politische Führung greift fallweise ein, wenn das Geflecht wechselseitiger Liefer- und Versorgungsbeziehungen aufgrund der Interessensgegensätze zwischen den Beteiligten auseinanderzufallen droht. Gaddy und Ickes nennen dieses Geflecht die rent distribution chain. Die Betriebe dieses Kernbereichs erhalten Rohstoffe und Energie zu sehr geringen Preisen und im Zweifelsfall sogar zum Nulltarif, d. h. auch dann, wenn sie nicht zahlen können. Ferner wird ihnen ein bestimmter Absatz garantiert, auch wenn dies für ihre Abnehmer wirtschaftlich unsinnig ist. Beispielsweise bestellen und fliegen alle russischen Fluggesellschaften tapfer Maschinen aus russischer Fertigung, obwohl die Preise mit Sicherheit nicht so günstig sind, dass sie das Sicherheitsrisiko aufwiegen können. Oder, um ein Beispiel von Gaddy und Ickes zu nehmen: Der Transport des sibirischen Öls erfolgt in einem erheblichen Umfang und über weite Entfernungen per Eisenbahn, obwohl dies derart hohe Transportkosten verursacht, dass es sinnvoller wäre, das Öl im Boden zu lassen, bis die erforderliche Pipelinekapazität zur Verfügung steht. Der Zweck der Eisenbahntransporte besteht nur darin, eine Nachfrage nach Waggons für den Öltransport zu erzeugen und diese Nachfra-

ge ist für das Überleben bestimmter metallverarbeitender Betriebe von Bedeutung, die auch Rüstungsgüter wie z. B. Panzer erzeugen. Sie befinden sich in einem inneren Kreis der russischen Wirtschaft, in dem Lieferbeziehungen nach wie vor politisch koordiniert werden und für die Betriebe wenig Freiheit bei der Auswahl ihrer Lieferanten besteht. Ein Teil der beteiligten Betriebe steht zwar im Privateigentum, aber ihre Eigentümer wissen sehr gut, dass sie ihr Eigentum verlieren würden, wenn sie bei dem Spiel nicht mitmachen würden.

Dementsprechend ist es politisch erwünscht und für die Aufrechterhaltung dieser Wirtschaftsordnung erforderlich, dass das Privateigentum vom Recht nicht wirksam geschützt wird. Einigermaßen sicher ist Privateigentum in Russland nur solange es Kleineigentum ist, die Sicherheit eines Privatunternehmens liegt nur in seiner Bedeutungslosigkeit. Es erwirtschaftet zu wenig und hat zu wenig Vermögen, um das Interesse der Politiker und Bürokraten auf sich zu ziehen. Die Bekenntnisse Putins für einen besseren Schutz des Privateigentums sind nicht zum Nennwert zu nehmen und waren es auch nie. Bräuchte der etwas größere Privateigentümer keine Beschützer in der Politik, könnte er sich von der Politik emanzipieren und wäre die nicht mehr in der Lage, die ihr als wesentlich geltenden Teile der Wirtschaft zu erhalten und zu steuern. Und auch wenn hier und dort im Energiesektor ein Privatunternehmen tätig ist, sind die Pipelines und die Logistik des Sektors in staatlicher Hand und politisch kontrolliert. Von dieser Transportinfrastruktur hängt die kommerzielle Verwertbarkeit der Energie ab. Mit der Kontrolle über die Transportinfrastruktur des Energiesektors hat die Politik ein Instrument in der Hand, um die Verteilung der Renten zu steuern. Sie kann über die Energieverteilung Druck ausüben, damit bestimmte politisch erwünschte Lieferbeziehungen zustande kommen, obwohl sie aus kaufmännischer Sicht für die Lieferanten unvorteilhaft sind. Neben der politischen Kontrolle über die Transportinfrastruktur für Energieträger spielt auch die politische Kontrolle über die sonstige Transportinfrastruktur eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung der rent distribution chain.

Es passt ins Bild, dass das Straßennetz in Russland nach wie vor sehr unterentwickelt ist und sein Ausbau und Unterhalt stark vernachlässigt wird. Selbst auf den wichtigsten Strecken sind die Schlaglöcher so groß, dass von Nachtfahrten abgeraten werden muss, weil man sie in der Dunkelheit nicht sieht und die Fahrt in einem großen Schlagloch enden kann. Abseits der größeren Städte des europäischen Russlands verfügt ein großer Teil der Bevölkerung nach wie vor nicht über KFZs und bewegt sich mit dem Pferdefuhrwerk fort, dem man auch auf den sogenannten Magistralen begegnet. Dies ist für den LKW-Verkehr ein ernst zu nehmendes Hindernis. So etwas wie ein Autobahnnetz gibt es fast nur in der unmittelbaren Umgebung von Moskau. Selbst die zwei wichtigsten Städte des Landes Moskau – St. Petersburg

sind erst seit 2019 durch eine Autobahn miteinander verbunden (obwohl in diesen beiden Stadtregionen und den in Autobahnnähe belegenen Regionen ungefähr ein Siebtel aller Bewohner Russlands wohnen und ein noch sehr viel größerer Teil der Wirtschaftskraft des Landes angesiedelt ist, so dass seine verkehrsmäßige Erschließung von überragender gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist). Projektiert wurde diese Autobahn schon seit den 1970er Jahren, aber der Bau begann erst 2010 und dauerte dann noch 9 lange Jahre (gemessen am Berliner Flughafen ist das nicht so schlecht, aber gemessen an dem Tempo, in dem der Autobahnbau beispielsweise in den USA oder der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre vorankam, ist es langsam – dabei haben sich die bautechnischen Möglichkeiten seitdem durchaus weiterentwickelt und waren beim Bau der Autobahn in Russland keine bedeutsamen natürlichen Hindernisse zu überwinden). Moskau ist mit dem Rest der Welt nicht über eine Autobahn verbunden. Die Straße nach Warschau ist nur vom Westen her bis kurz vor der weißrussischen Ostgrenze als Autobahn ausgebaut. Es mag sein, dass sich mit chinesischer Hilfe daran in den nächsten Jahrzehnten etwas verändert. China ist an einer Autobahnverbindung zwischen Westchina und der EU gelegen. Im Jahr 2020 erhielt ein chinesisches Konsortium den Zuschlag für den Bau eines ersten Teilstückes, nämlich einer Autobahn von Moskau nach Kazan. Über die Finanzierungsmodalitäten ist nicht sehr viel bekannt, aber es scheint, dass China zumindest dieses Teilstück zu einem beträchtlichen Teil vorfinanziert und es daher als Mautstraße betrieben werden soll.<sup>73</sup>

Gäbe es ein leistungsfähiges Straßennetz, so könnten Gütertransporte sehr viel häufiger per LKW durchgeführt werden. Der LKW-Verkehr eignet sich für das Entstehen einer mittelständischen Logistikbranche, die sich wirksamer politischer Kontrolle entziehen könnte. Ebenso wäre dann ein besser ausgebauter Personenverkehr mit dem Bus möglich und könnte ein mittelständischer Personenverkehrssektor entstehen (wie in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern), der preisgünstige Fernverbindungen anbietet. All das gibt es nur in Ansätzen. Wer Güter oder Personen in größerem Stil transportieren will, ist vor allem auf die öffentlichen Verkehrsmittel Eisenbahn, Schiff und Flugzeug angewiesen und die sind politisch steuerbar. Ein Unternehmer, der sich den Wünschen der Politiker widersetzt, kann unter Druck gesetzt werden, indem man ihm von den Inputlieferungen abschneidet oder seinen

---

<sup>73</sup> Das ist zwar auch schon auf der Autobahn Moskau-Sankt Peterburg der Fall, aber die Maut von ca. 1000 Rbl (also ca 11 Euro, was bei einem nach russischer amtlicher Statistik offiziellen russischen Durchschnittsmonatsarbeitnehmereinkommen von ca. 40000 Rubel im Jahr 2020 als noch erträglich erscheint) zu gering, als dass sie für eine Refinanzierung ausreichen würde. Ob die chinesische Seite bei der Autobahn Moskau-Kazan besser geplant und kalkuliert hat als bei einigen Fehlinvestitionen im Autobahnbereich (wie etwa jüngst in Montenegro!), die chinesischen Planern unterlaufen sind, bleibt abzuwarten.

Output nicht mehr transportiert – oder „harmloser“, indem auf seinen Transporten mehr „verloren“ geht oder indem er schlechtere Frachtraten bekommt. Insbesondere die Eisenbahn spielt eine wichtige Rolle bei der Organisation und Erhaltung der rent distribution chain. Für die Ausführung von Lieferungen innerhalb der chain gibt es zumindest faktisch, aber oft auch ganz offiziell vergünstigte Frachtraten.

Eine weitere Technik der Rentenverteilung besteht darin, dass den rentengenerierenden Unternehmen eine Fülle sog. philanthropischer Tätigkeiten abverlangt wird, die nur formal freiwillig sind. Das rentengenerierende Unternehmen muss spenden und Sozialeinrichtungen betreiben und die Politik sagt ihm auch, wie viel, an wen und für was. Dies erfordert eine politische Kontrolle über den rentengenerierenden Sektor, die mit einer maßgeblichen Beteiligung ausländischer Ressourcenunternehmen kaum zu vereinbaren ist und auch nur dann effektiv durchgesetzt werden kann, wenn der rentengenerierende Sektor in Großbetrieben organisiert ist. Gäbe es in diesem Bereich einen starken unternehmerischen Mittelstand, würde es ihm schon gelingen, sich politischer Kontrolle zu entziehen. Es ist kein Zufall, dass der russische Erdöl- und Gassektor 2011 in ca. 175 Großbetrieben organisiert war, wohingegen der US-amerikanische Öl- und Gassektor ca. 20 000 Unternehmen umfasste. Obwohl der russische Öl- und Gassektor über seine Steuern ca. die Hälfte des russischen Föderationsbudgets finanzierte, wurde der größte Teil der Renten nach wie vor nicht auf diese relativ transparente Weise, sondern über informelle, politisch kontrollierte Kanäle verteilt.

Manche nennen diese Wirtschaftsordnung „staatskapitalistisch“ und stellen dann fest, dass in dieser Beziehung Parallelen zu China bestehen, scheint doch die chinesische Wirtschaftsordnung ebenfalls in diese Kategorie zu fallen, wenn es denn eine ist.<sup>74</sup> Gemeint ist, dass privates Unternehmertum zumindest im Prinzip willkommen ist – die russische Führung hat schon begriffen, dass Privatbetriebe effizienter sind als Staatsbetriebe – aber an der Leine der Politik laufen soll, die Herr der Lage bleiben möchte. Dies ist eine Leine, die je nach Gusto verkürzt oder verlängert werden kann. Rechtliche Garantien bestimmter unternehmerischer Freiheiten kann es unter diesen Umständen nicht geben. Es bleibt allerdings der sehr bedeutende Unterschied zwischen China und Russland, dass das chinesische Wirtschaftswachstum

---

<sup>74</sup> Nach der Meinung des Autors dieser Zeilen zeugt diese Begriffsverwendung von ordnungs- und gesellschaftstheoretischer Hilfslosigkeit. Vgl. den „Luhmann-Leitfaden für Ökonomen“ auf seiner Homepage. Die richtige Fragestellung wäre gemäß der dort dargelegten Theorie, ob ein Teil der Wirtschaft in erster Linie vom Ziel der Gewinnmaximierung getrieben wird und wie bedeutend dieser Teil der Wirtschaft ist. Soweit erkennbar, ist dieser Teil in China heute bedeutender als in Russland, weil es in China eine bedeutende Gruppe von mittleren und zum Teil auch großen Unternehmen gibt, die sich vermutlich in erster Linie an diesem Ziel orientieren und nur zweitrangig an den Wünschen von Politikern. Diesen Eindruck vermittelt beispielsweise Barry Naughton. *Is China Socialist? Journal of Economic Perspectives* 31 (2017), 1 S. 3-24. So gesehen ist Russland heute „sozialistischer“ als China.

sich anders als das russische nicht in erster Linie aus Ressourcenrenten gespeist hat, sondern aus der Mobilisierung unterbeschäftigter (bzw. in sehr unproduktiven Bereichen beschäftigter) ländlicher Arbeitskräfte, also aus dem Ressourcentransfer aus dem landwirtschaftlichen in den urbanen Sektor. Die wichtigste chinesische Wachstumsquelle ist genau dieselbe, die auch die sowjetische Wirtschaft bis in die 1960er Jahre anzapfte. In der Zukunft ist in China daher mit ähnlichen Schwierigkeiten zu rechnen, wie sie die SU ab den 1960er Jahren erlebte, weil sich diese Wachstumsquelle erschöpfte.

Rent addiction war und ist in China schon allein deswegen undenkbar, weil die Bevölkerung dafür zu groß ist. Welche Lagerstätten auch immer entdeckt werden sollten, die Prokopffrente wird gering bleiben.<sup>75</sup> China hat gegenüber Russland außerdem den großen Vorteil, dass es sich kaum mit Problemen einer ineffizienten Standortstruktur und einer übermäßigen Bevölkerungsverdünnung belastet hat. China hat nie versucht, einen großen Teil seiner Bevölkerung nach Tibet und Sinkiang zu verlagern, sondern die chinesische Bevölkerung konzentriert sich auf das von der Natur begünstigte Teilgebiet des Landesterritoriums. Nicht zuletzt deswegen hat China die besseren Aussichten, den „Staatskapitalismus“ zu überwinden und es in die echte Marktwirtschaft zu schaffen, was früher später zur Voraussetzung eines weiteren Aufstiegs werden muss. Mit „Staatskapitalismus“ kann man es nur zum Schwellenlandstatus bringen.

Nach den mageren 1990er Jahren erlebten die von der russischen Krankheit gezeichneten Teile der russischen Wirtschaft nach 2004 einen spektakulären Wiederaufstieg.<sup>76</sup> Die

---

<sup>75</sup> China hat in den 1970er Jahren versucht, die russische Krankheit zu bekommen, aber dies scheiterte. In den 1960er Jahren wurden in China nämlich Ölfelder entdeckt, deren Entwicklung und Ausbeutung nachfolgend forciert wurde. Auf diese Weise hoffte man der Krise zu entkommen, in die das stalinistische Entwicklungsmodell dadurch geraten war, dass die landwirtschaftliche Produktion deutlich langsamer zunahm als die Bevölkerung und man zur Ernährung der städtischen Bevölkerung Lebensmittel importieren musste – die Landbevölkerung litt damals nicht selten Hunger. Es stellt sich jedoch heraus, dass die Ölvorkommen nicht ergiebig genug waren, um zugleich Lebensmittelimporte und die für eine Fortsetzung der sozialistischen Industrialisierung erforderlichen Importe von Maschinen und Ausrüstungen finanzieren zu können. Die drohende Zahlungsbilanzkrise erzwang 1978 eine Veränderung des Entwicklungsmodells und der Wirtschaftsordnung.

<sup>76</sup> Mit dieser Aussage ist nicht gemeint, dass die Erholung der russischen Wirtschaft ausschließlich durch den Ölpreis ermöglicht wurde. Gesamtwirtschaftlich begann diese Erholung schon 1997 und setzte sich nach einer Unterbrechung durch die Finanzkrise 1998 schon 1999 fort. Der Ölpreisanstieg kam erst Jahre später. Die Erholung lässt sich darauf zurückführen, dass die Freigabe der Preise, die Privatisierung und Neuordnung der Wirtschaft zu einer Verbesserung des betrieblichen Managements und der Arbeitsdisziplin führte und diese Verbesserungen im Jahre 1997 einen so großen Teil der Gesamtwirtschaft erreicht hatten, dass dieser das Gesamtbild, also die makroökonomischen Kennzahlen prägen konnte. Das betraf diejenigen Teile der russischen Wirtschaft, die auch ohne bedeutende Subventionen lebensfähig waren. Der Ölpreisanstieg fügte dem eine Belebung auch der subventionsabhängigen Sektoren hinzu. Die Gehaltserhöhungen, die der Ölpreisanstieg nicht zuletzt im öffentlichen Sektor ermöglichte, der nach wie vor einen unverhältnismäßig großen Teil der Erwerbstätigen beschäftigt (gemäß Movčan op. cit. S. 34 sind es 30 % des Erwerbspersonenpotentials, womit er vermut-

Möglichkeit zum Wiederaufstieg wurde durch einen neuerlichen Ressourcenboom geschaffen. Der hatte vor allem in Erdölsektor auch technische Voraussetzungen, die im Laufe der 1990er Jahre durch den Import westlicher Fördertechnik geschaffen wurden. Sie ermöglichte es, die Förderung erheblich zu steigern. Mit westlicher Technik ließ sich aus einem Ölfeld eine ungefähr doppelt so große Ausbeute holen wie mit russischer. Der technische Rückstand der Sowjetunion war just auf dem Gebiet der Bergbautechnik derart groß (obwohl dieser bei FuE-Aktivitäten nie so stark vernachlässigt wurde wie die sonstige nicht der Rüstung dienende Industrie), dass sich durch den Einsatz westlicher Technik in relativ kurzer Zeit eine bedeutende Förderungssteigerung erzielen ließ. Neue Förderregionen wurden hingegen nur in vergleichsweise geringem Umfang erschlossen. Die westsibirischen Ölfelder sind nach wie vor die Hauptquelle, die Erschließung weiter östlich gelegener Felder kommt nur langsam voran. Das Pipelinenetz, das 1990 in einem katastrophalen Zustand war – es hatte unzählige Lecks und bekam fortwährend neue (Schätzungen zufolge traten jährlich mehr als 40 000 kleinere Lecks auf und mehrere tausend große), so dass ein beträchtlicher Teil der Förderung auf dem Transportweg verloren ging und sich in der Taiga unzählige Ölpfützen und -seen bildeten<sup>77</sup> - konnte nicht zuletzt dank Röhrenimporten aus dem Westen substantiell erneuert werden, so dass die Transportverluste vermutlich nicht mehr so groß sind wie früher.

In der Ölproduktion hat sich zweifelsohne ein erheblicher technischer Fortschritt vollzogen, aber für die von der russischen Krankheit befallenen Betriebe der sog. Schwerindustrie trifft dies weit weniger zu, obwohl einige der ältesten Anlagen geschlossen wurden. Die Produktivitätserhöhungen, zu denen die Modernisierungsbemühungen geführt haben, halten sich zumeist in engen Grenzen und haben oft bei weitem nicht ausgereicht, um die Krankheit zu heilen. Die meisten dieser Betriebe müssten nach wie vor schließen, wenn sie nicht in hohem Maße subventioniert würden. Auch die Standortstruktur hat sich nur wenig verbessert. In Russland wird zwar viel über die Entleerung der Ostgebiete des Landes gejammert, aber tatsächlich ist nur ein relativ kleiner Teil der Bewohner Sibiriens und des Uralgebiets ins europäische Russland umgezogen. Die vorhandene Umzugsaktivität bestand vorwiegend in einem

---

lich diejenigen Personen meint, die offiziell einer Erwerbstätigkeit nachgehen), führte zu einer verstärkten Nachfrage nach handwerklichen Leistungen und Dienstleistungen, von denen ein neu entstandener Sektor kleiner privater Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe profitierte, die oft einen beträchtlichen Teil ihrer Umsätze in der Schattenwirtschaft abwickeln. Deswegen kann man diese Nebenwirkungen des Ölboom kaum quantifizieren.

<sup>77</sup> In westlichen Pipelinesystemen ist Technik installiert, die solche Lecke zu erkennen vermag. Sobald ein Leck gemeldet wird, kann man die Leitung abstellen und eine Reparatereinheit schicken, die das Leck stopft. An den russischen Pipelines gab es keine solchen Vorkehrungen, so dass viele Lecks über geraume Zeit fortbestanden. Der dadurch erzeugte Ölausfluss war eine der größten Umweltkatastrophen jener Zeit. Inwieweit es inzwischen gelungen ist, dieses Problem nachhaltig zu lösen, ist nicht bekannt.



Wegzug aus den unwirtschaftlichsten Regionen des fernen Ostens und des hohen Nordens in vergleichsweise günstigere Regionen in Westsibirien. Ermittelt man eine russische Durchschnittstemperatur als arithmetisches Mittel aus lokaler Jahresdurchschnittstemperatur und Bevölkerungszahl, dann ist Russland zwischen 1991 und 1999 etwas wärmer geworden und seit 2007 wieder kälter<sup>78</sup>. Der Rückgang der Bevölkerung in kalten Regionen ist vor allem mit dem Geburtenmangel, der hohen Sterblichkeit und der Abwanderung ins westliche Ausland (vor allem Deutschland) zu erklären, weit weniger durch innerrussische Umsiedlungen. Letztere sind selten.<sup>79</sup>

Der Rentenboom hat es dem russischen Staat ermöglicht, die Subventionsempfänger in der rent distribution chain viel stärker zu subventionieren als in den 1990er Jahren und dies hat zu einer erheblichen Produktionssteigerung in den von der russischen Krankheit befallenen Branchen geführt. Nach 2000 zeigte sich also erneut ein Bild, das dem der holländischen Krankheit genau entgegengesetzt ist: Die Zunahme der Renten führt nicht zu einem Rückgang der Industrie, sondern diese (und zwar insbesondere die sog. Schwerindustrie, die vor allem Rüstungsindustrie ist) wuchs in raschem Tempo. Der temporäre Rückgang der Renten in der Krise 2008-9 führte dementsprechend auch sofort zu einem starken Einbruch der Industrie, obwohl die Staatsausgaben nicht reduziert wurden und die russische Industrie nicht von einem Exportrückgang betroffen war, weil sie auch vorher kaum etwas exportiert hatte. Russland kam in der Krise 2008-9 glimpflich davon, weil sie von kurzer Dauer war. Auch der neuerliche Rückgang der Ölpreise ab 2014 scheint bislang zu keinen allzu gravierenden Konsequenzen geführt zu haben. Welche Wirkungen er auf die Industrie hatte, ist nicht bekannt, weil die russische Statistik neuerdings wieder viel stärker im Dienst der Propaganda steht als dies von 1992 bis 2013 der Fall war und es daher keine verlässlichen Zahlen mehr gibt. Dass sich der Ölpreisverfall in der kurzen Frist nicht allzu gravierend ausgewirkt hat, ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass man zumindest in einer Hinsicht aus den Fehlern der Sowjetunion

---

<sup>78</sup> Bear Traps S. 56. 2006 verkündete Putin ein Programm für die Ansiedlung russischstämmiger Immigranten aus früheren Sowjetrepubliken in den kalten Regionen Russlands. Das scheint durchaus gewirkt zu haben. Eine solche Immigration gibt es vor allem aus den mittelasiatischen früheren Sowjetrepubliken, in denen sich in der Zeit der SU viel russischstämmige Bevölkerung angesiedelt hatte und oft Führungspositionen übernahm wie z. B. in Kasachstan. Diese Bevölkerungsgruppe verlor nach 1991 den bevorzugten Zugang zu Führungspositionen, der nunmehr vorzugsweise Angehörigen der Titulnation eröffnet wurde und geriet zum Teil auch unter Vertreibungsdruck. Für die Migrationsbereitschaft dieser Bevölkerungsgruppe noch bedeutungsvoller war vermutlich, dass die Wirtschaftsentwicklung im früheren Sowjetmittelasien zumeist noch sehr viel ungünstiger verlief als in Russland und es daher wirtschaftliche Anreize zur Rückkehr ins Mutterland gab.

<sup>79</sup> Bear Traps S. 56 beziffert die russlandinterne Umsiedlungsrate mit 1,2 % pro Jahr, wohingegen sie sich in den USA und Kanada auf mehr als 5 % beläuft. Dies sollte nicht mit Immobilität verwechselt werden. Wie anhand des Phänomens der Wanderarbeiter gezeigt wurde, ist die russische Bevölkerung mitnichten immobil. Nur führt ihre Mobilität sehr selten zum dauerhaften Wohnsitzwechsel, weil der unter russischen Bedingungen eben sehr schwierig ist.

gelernt hat: der Staat hat in den Jahren des Booms nicht den gesamten Rentenzustrom ausgegeben, sondern eine recht große Rücklage (ein Finanzvermögen im Ausland) gebildet, aus dem er mehrere Jahre lang schöpfen kann. Deswegen musste man auf den ölpreisbedingten Rückgang der öffentlichen Einnahmen nicht umgehend mit einer massiven Kürzung der Staatsausgaben (oder einer inflationsträchtigen Geldschöpfung) reagieren. Wann diese Reserven erschöpft sein werden, wissen wir nicht. Sollte der Ölpreis bei 50 \$ pro Barrel bleiben, wäre indes mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer Erschöpfung in den restlichen Jahren dieses Jahrzehnts zu rechnen und danach würde es zweifelsohne spannend.

Das Problem der rent addiction hat sich in den Putinjahren erheblich verschärft, d.h. der Gewöhnungseffekt hat an Bedeutung gewonnen. Gaddy/Ickes<sup>80</sup> schreiben hierzu: „...the rent explosion of the 2000s infused new life into the old Soviet structures.“ Um die Zusammenhänge zu erkennen, die eine solche Gewöhnung herbeiführen, ist die Analyse in Box 9.1 des Gaddy/Ickes Textes in Russia in 2020 nützlich. Sie betrachten ein rentenabhängiges Unternehmen. Eine mögliche Unternehmensstrategie für dieses Unternehmen bestehe darin, die Rentenabhängigkeit zu vermindern, indem es seine Fertigungsstätten modernisiert und die Produktpalette erneuert. Diese Unternehmensstrategie könnte attraktiv sein, wenn sie die Aussicht böte, von der Rentenabhängigkeit wegzukommen und gewissermaßen clean zu werden. Der nächste Einbruch der Renten kommt bestimmt und dann steht der, der die Droge nicht mehr benötigt, gut da. Tatsache ist jedoch, dass sich viele russische Betriebe an so ungünstigen Standorten befinden und derart stark rüstungswirtschaftlich ausgerichtet sind, dass eine völlige Heilung von der Rentenabhängigkeit praktisch unmöglich ist. Es geht nur um ihre Verminderung. Wenn das aber das Maximum des Erreichbaren ist, ist es für das Unternehmen in der Regel nicht optimal, sich um diese Verminderung überhaupt zu bemühen. Dies schwächt nämlich seine Verhandlungsposition, wenn die Renten einbrechen und über eine Kürzung der Subventionen verhandelt wird. Aus der Sicht des Unternehmens empfiehlt es sich, eine Strategie zu verfolgen, die seine Verhandlungsposition in der Krise stärkt. Eine starke Verhandlungsposition besitzt es, wenn es völlig von den aus Renten finanzierten Subventionen (und Aufträgen) abhängig ist und ein Untergang des Unternehmens politisch undenkbar ist, sei es, weil dies unerträgliche soziale Konsequenzen hätte (eine ganze Großstadt in einer abgelegenen Region lebt von diesem Unternehmen) oder für das Militär nicht akzeptabel wäre, weil das Unternehmen ein als sehr wichtig erachtetes Rüstungsgut erzeugt oder eine als strategisch wichtig erachtete Gegend mit Arbeitsplätzen versorgt und auf diese Weise dort eine Bevölkerung ernährt und zum Dableiben ermuntert. Die beste Strategie für ein stark

---

<sup>80</sup> Op. cit. S. 169.

rentenabhängiges Unternehmen ist es daher, zusätzliche Leute einzustellen, seine Belegschaft zu vergrößern und zwar mit Aktivitäten, die ebenfalls rentenabhängig ist, und sich in der supply chain anderer rentenabhängiger Betriebe unentbehrlich zu machen, sich also in den rentenabhängigen Teil der russischen Wirtschaft möglichst stark zu integrieren. Je besser dies gelingt und je mehr Leute man im östlichen Landesteil beschäftigt, umso stärker wird die Verhandlungsposition in der nächsten Krise.

Die Produktionsleistung innerhalb dieser rent distribution chain war und ist nach wie vor zu einem großen Teil eine Produktion um der Produktion willen, also einen Output zu erzeugen, von dem der Bürger und Konsument relativ wenig hat. Der Lebensstandard des Durchschnittsbürgers und Endverbrauchers blieb infolgedessen deutlich geringer als man im Hinblick auf die Produktionsleistung erwarten sollte. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung lebt in Armut. Russland hat einen gewaltigen Maschinenbausektor, aber sehr wenig von diesen Maschinen geht in den Export und auch nur relativ wenig kommt beim Endverbraucher an – beispielsweise in Gestalt von KFZ. Der russische Maschinenbau erzeugt neben Rüstungsgütern nicht zuletzt ziviles Fluggerät, Lokomotiven, Waggons, Ausrüstungen für die Energie- und Elektrizitätswirtschaft, für Bergbaubetriebe sowie für andere Betriebe der Schwerindustrie. Sehr viel von diesen Ausrüstungen findet in der Kälte ein vorzeitiges Ende. So dreht sich der durch die rent distribution chain zusammengehaltene Teil der russischen Volkswirtschaft gewissermaßen um sich selbst und hält sich selbst am Laufen. Aus der Sicht des Rests der Volkswirtschaft und eines Konsumenten, der nicht in Sibirien lebt, ist dies ein Leerlauf.

#### 11. Wie geht es weiter? Kann Russland den Schwellenlandstatus überwinden?

Um den Schwellenlandstatus zu überwinden und sich aus seiner extremen und für ein Land dieser Bevölkerungszahl ungewöhnliche Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen zu lösen, würde Russland ohne Zweifel bedeutende Investitionen benötigen und zwar vor allem Investitionen in die Maschinen und Ausrüstungen der Industrie. Überhaupt ist nachhaltiges und rasches Wirtschaftswachstum ohne bedeutende Investitionen schlechterdings unmöglich. Eine Schlüsselgröße für die langfristigen Entwicklungsperspektiven ist daher die (Brutto-)Investitionsquote. Die Bruttoquote ist aufschlussreicher als die Nettoquote, weil man sich über die Höhe der Abschreibungen, die man für den Verschleiß der oft museumsreifen sowjetischen Technik ansetzen sollte, trefflich streiten kann und weil auch eine Reinvestition dieser Abschreibungen bedeutende Modernisierungseffekte hervorbringen kann. Es ist daher kein

gutes Omen, dass die russische Investitionsquote auch in den guten Jahren 2000 – 2013 mit Werten zwischen 17 und 25 % nicht besonders hoch war<sup>81</sup> und seitdem wieder stark rückläufig zu sein scheint. Gravierender ist indes ein unverhältnismäßig geringer Anteil der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen an dieser Gesamtheit, der zur Folge hat, dass die Modernisierung der russischen Industrie und ebenso des Ressourcensektors nur sehr langsam vorankommt und das meiste weiterhin mit stark veralteter Technik erzeugt wird. Gemäß offiziellen Angaben der russischen Statistik<sup>82</sup> flossen nur 22% der russischen Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen im Unterschied zu 44% in Deutschland, 50 % in den USA und 77% in Singapur. Noch gravierender ist, dass die statistisch gemeldete Investitionsquote den tatsächlichen Wert der neu errichteten Objekte stark überzeichnen dürfte und eine Korrektur dieses Fehlers die effektive Investitionsquote auf einen Wert drücken dürfte, der Russland unter den postkommunistischen Ländern und generell unter den Schwellenländern auf einen der letzten Plätze bringt. Solche Korrekturen sind erstens deswegen nötig, weil die Investitionskosten in Russland aufgrund von Korruption, Missmanagement und der starken Bevorzugung wenig leistungsfähiger heimischer Lieferanten (nicht zuletzt bei Maschinen und Ausrüstungen) oft unverhältnismäßig hoch ausfallen. Bear Traps (S. 20) versucht eine Bereinigung und gelangt zu dem Schätzwert, dass die russische Investitionsquote nach einem Abzug derartiger Mehrkosten nur mehr bei ca. 10% liegt. Dieser Befund ist in seiner Tragweite kaum zu überschätzen. Er bedeutet nämlich, dass Russland in eine Entindustrialisierung hineinfließt. Mit derartig geringen Investitionen lässt es sich nämlich nicht verhindern, dass die in den Industriebetrieben eingesetzte Technik im Durchschnitt immer weiter veraltet und schließlich museumsreif wird.<sup>83</sup> Hier zeichnet sich eine langfristige Veränderung des Krankheitsbilds von der russischen in Richtung auf die holländische Krankheit ab, aber mit der Zusatzbelastung, dass die Siedlungs- und Standortstruktur noch von der russischen Krankheit geprägt ist.<sup>84</sup> Der

---

<sup>81</sup> Das ist deutlich weniger als in Tschechien und der Slowakei, aber war etwa gleichauf mit Polen, das in diesem Zeitraum eine Art von Wirtschaftswunder geschafft hat. Dies zeigt, dass die Quote an sich reichen könnte, wenn sie echt wäre und in gut geeignete Verwendungsrichtung flösse (Irrealis!).

<sup>82</sup> Bear Traps S. 30.

<sup>83</sup> Gemäß Andrej Movčan: Russlands Volkswirtschaft 2016, 5 (2016) S. 38 ist dies keine Sache der eher fernen Zukunft, sondern schon heute deutlich spürbar: „Russlands Volkswirtschaft befindet sich in einem ... Prozess des Niedergangs, der Archaisierung ... Da in Russland in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu wenig investiert wurde, liegt die Auslastung der Produktionskapazitäten sogar in der heutigen Depressionsphase bei fast 85 Prozent ... Der Bestand an Werkzeugmaschinen ist in den vergangenen zehn Jahren um die Hälfte zurückgegangen. Nur selten wurden ausgesonderte Maschinen durch neue, mit höherer Leistung ersetzt.“

<sup>84</sup> Der Veränderung des Krankheitsbildes könnte sich erheblich beschleunigen und dramatisieren, wenn diejenigen Recht haben sollten, die eine kräftige globale Erwärmung erwarten und diese Erwärmung auch die russischen Permafrostgebiete erreicht. Dann würde sich nämlich das Auftauen des Permafrostes, das man seit Jahrhunderten beobachtet – unter Geologen gibt es die Theorie, dass der Permafrost ein Relikt der letzten Eiszeit ist – deutlich beschleunigen. Bei tiefgründigem Permafrost

mutmaßliche Grund für diese Entwicklung besteht darin, dass der vergleichsweise weiche Autoritarismus des Putinregimes der Bevölkerung keinen ähnlich hohen Konsumverzicht zumuten kann und konnte, wie es im harten Autoritarismus der Kommunisten möglich war.

Sucht man nach Indizien dafür, dass das heutige Russland außerstande ist, die für den Erhalt wichtiger „kalter“ Standorte erforderlichen Investitionen aufzubringen und diese daher in der langen Frist stark schrumpfen oder ganz verschwinden, so bietet es sich an, erstens die Überalterung der Flussschiffflotten auf Ob, Jenissei und Lena zu betrachten. Diese Flotten sind für die nördlich der Transsib bzw. BAM liegenden Städte schlechthin überlebenswichtig, transportieren sie doch im sibirischen Sommer viele Güter in diese Städte, die lokal nicht erzeugt und auf andere Weise nicht zu einigermaßen vertretbaren Kosten dorthin gebracht werden können. Zumindest die Jenissei und Lena-Flotte ist evident sehr stark überaltert und besteht zum Teil noch aus Schiffen, die in den 1950er und 1960er Jahren in der DDR gebaut und seitdem immer wieder repariert wurden. Aber das Leben eines Schiffes lässt sich auch mit sehr viel Reparatur nicht unendlich ausweiten und ab einem gewissen Lebensalter werden Reparaturen evident unwirtschaftlich. Hier sind offenkundig schon seit Jahrzehnten die erforderlichen Erneuerungsinvestitionen unterblieben und daran hat sich in der langen Putin-Ära wenig geändert. Ein zweites Indiz ist der sehr langsame Fortschritt der gemeinsamen russisch-chinesischen Infrastrukturprojekte in Sibirien, die vor allem nach der Besetzung der Krim durch die russische Armee verkündet wurden. Es versteht sich, dass China durchaus ein Interesse an der Erschließung der sibirischen Rohstoffe hat und daher prinzipiell auch bereit ist, sich an den hierfür erforderlichen sehr teuren Infrastrukturinvestitionen zu beteiligen. Aus ebenfalls verständlichen Gründen will es diese aber nicht allein vorfinanzieren, sondern erwartet eine erhebliche russische Beteiligung. Dass in der Realität wenig geschehen ist und geschieht, liegt vor allem daran, dass Russland in den meisten Fällen mit der Erfüllung dieser Beteiligungsforderung überfordert war und ist, wohingegen es China keinerlei Probleme bereitet hat, seinen Anteil aufzubringen.

Wenn man die langfristigen Effekte dieser Investitionsanalyse würdigen möchte, sind noch einige weitere Eigentümlichkeiten zu bedenken. Unter Investitionen werden viele Projekte aufgeführt, die eigentlich keine Investitionen sind, weil sie niemals nennenswerte Erträ-

---

wäre dies verstärktes ein oberflächliches Auftauen. Die Folge wäre, dass die Oberfläche instabil wird und sich neue Seen bilden. In der Konsequenz würden auch diejenigen Baulichkeiten ins Wanken geraten, die ursprünglich stabil, weil durch entsprechende Pfeiler etc. auf Dauerfrostboden gegründet waren. Dies kann bedeuten, dass Baulichkeiten aller Art einschließlich Pipelines, Eisenbahntrassen und Straßen massenhaft zerstört werden. Ob es überhaupt möglich, sie stabil wiederzuerrichten, solange der Auftauprozess nicht abgeschlossen ist – und der dürfte sich allemal Jahrhunderte hinziehen – bleibt abzuwarten. Wenn die Klimakatastrophe tatsächlich kommt, wäre sie vermutlich für die kalten Teile Russlands das wirtschaftliche Aus.

ge abwerfen werden. Die bekanntesten Beispiele für derartige wirtschaftlich sinnlose Bauten sind die Sportstätten, die für die Olympiade in Sotchi errichtet wurden und die Errichtung einer der größten Schrägseilbrücken der Welt zwischen Wladiwostok und der Insel Russkij, die mehr als eine Milliarde USD kostete, obwohl sich auf dieser Insel eigentlich fast nichts abspielte und auch weiterhin kaum etwas abspielt. Dies ist eine Brücke ins Nirgendwo. Wirtschaftlich wenig nützlich sind auch die sehr erheblichen Investitionen in die Rüstungsindustrie<sup>85</sup>. Außerdem handelte es sich bei einem beträchtlichen Teil dieser Investitionen um Investitionen in die falschen Standorte, an denen keine Aussichten auf einen wirtschaftlichen Betrieb bestehen und in der Regel auch die Investitionskosten bedingt durch Kälte und Abgelegenheit unverhältnismäßig hoch sind. Was die lange Frist anbetrifft, so können wir mit Zuversicht prognostizieren, dass es mit Russland auch dann, wenn der Ölpreis in den kommenden Jahren wieder steigt und die aktuelle Krise sich infolgedessen nicht weiter zuspitzt, nichts werden kann und das Land immer mehr zum Juniorpartner seines großen Nachbarn China herabsinken muss, sofern sich die Verwendung seiner Investitionen nicht radikal verändert. Eine solche Veränderung erscheint derzeit als sehr unwahrscheinlich.

Es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, die den Status quo zementieren. Erstens ist hier das traditionell sehr große politische Gewicht des Militärs und des Rüstungssektors anzuführen, das mit dem ebenfalls traditionellen Großmachtstreben der militärischen und eines beträchtlichen Teils der politischen Eliten harmoniert. Das Militär und die Rüstungsindustrie befinden sich vorwiegend in den kalten Teilen des Landes. Zweitens wirkt sich hier der russische Föderalismus ungünstig aus. Nach 1991 kam es zu einer echten und nicht nur (wie zuvor) formalen Föderalisierung Russlands. Diese wurde später zwar teilweise zurückgenommen, aber tatsächlich ist das politische Gewicht der Subjekte der Föderation immer noch erheblich und muss sich der Präsident die Unterstützung einer Mehrheit dieser Subjekte verschaffen. Die Mehrheit der Subjekte der Föderation ist jedoch aus eigener Kraft nicht wirtschaftlich lebensfähig und daher von Subventionen abhängig. Russischer Föderalismus läuft daher fast unvermeidlich auf eine Verewigung wirtschaftlich unsinniger Standortentscheidungen und Siedlungsmuster hinaus. Drittens wirkt sich die Machtbasis des neuen russischen Autoritarismus im Sinne einer Bewahrung des Status quo aus. In den 1980er Jahren wie auch heute fanden und finden Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen ihren Rückhalt hauptsächlich in der Bevölkerung von Moskau und St. Petersburg. Diese hat ein verhältnismäßig hohes Bildungsniveau und ist vergleichsweise weltoffen und liberal. Viel Leute aus

---

<sup>85</sup> Movčan op. Cit. S. 47 benennt als ein weiteres wirtschaftlich sinnloses Projekt die Gaspipeline Sila Sibiri, näher kommentiert in *Osteuropa* 5-6 (2015) S. 85-97.

Moskau und St. Peterburg waren schon mal außer Landes, wohingegen 75 % der Bevölkerung des restlichen Landes keine Reisepässe besitzen, weil sie die für einen überflüssigen Luxus halten. Die Bevölkerung von Moskau und St. Peterburg ist der potentiell gefährlichste innenpolitische Widersacher des putinschen Nationalkonservatismus.<sup>86</sup> Putin hat daher ein Gegengewicht gegen diese Faktoren gesucht und sie in der Bevölkerung der Rüstungsmetropolen des kalten Ostens gefunden. Wenn er sich an der Macht halten will, muss er diese pöppeln.

Fast alle Vorwürfe, die man gegen die Reformpolitik der russischen Liberalen in den frühen 1990er Jahren zu erheben pflegt – auch die, die beispielsweise der Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz erhoben hat – sind falsch und zeugen von Unkenntnis der Lage. Aber einen Vorwurf kann man ihnen nicht ersparen und dies betrifft einen Sachverhalt, den die meisten von westlichen Ratgebern und Beobachtern vorgetragenen Behauptungen und Vorschläge auch heute verkennen: Die russischen Liberalen und die meisten westlichen Beobachter verkannten und verkennen die Schwere der Erblast, die Russland an seinen Siedlungs- und Standortmustern zu tragen hat. Jede ernsthafte Reformpolitik bringt unvermeidlich Verlierer hervor und sie hat daher nur dann Aussicht auf Erfolg und Fortsetzung, wenn es genügend Gewinner gibt und genügend andere, die hoffen können, demnächst ebenfalls zu den Gewinnern zu gehören. Mindestens die Hälfte und wahrscheinlich eher zwei Drittel der Bevölkerung Russlands befinden sich an Standorten, an denen man diese Möglichkeit schon allein aufgrund der ungünstigen Standortfaktoren so gut wie ausschließen kann. Wenn trotzdem ein nennenswerter Teil dieser Leute dafür gewonnen werden soll, Reformen zu unterstützen, muss man ihnen die Abwanderung ermöglichen und zwar eine Abwanderung, die eine Aussicht auf eine gute Eingewöhnung in der neuen Umgebung eröffnet. Das postsowjetische Russland hatte und hat aber nur eine einzige Boomtown, die ohne weiteres einer sehr viel größeren Zahl von Personen ein Auskommen bieten könnte als dort aktuell wohnen, nämlich Moskau. Der Zuzug nach Moskau wurde nach 1991 indes nicht erleichtert, sondern weiter erschwert, weil eine durchaus denkbare Vergrößerung Moskaus aus einer 13 Mio. Metropole in eine Megamegatown à la Tokyo mit vielleicht 30 Millionen Einwohner aus der Sicht der meisten Moskowiter eine Horrorvorstellung wäre, und damit einer Bevölkerungsgruppe, von deren Unterstützung jede Reformregierung abhängig wäre. Die Skepsis der Moskowiter ist

---

<sup>86</sup> Bei diesem Nationalkonservatismus handelt es sich um einen antidemokratischen Konservatismus, wie er in Deutschland historisch beispielsweise von der Deutschkonservativen Partei des Kaiserreichs und den Deutschnationalen der Weimarer Republik vertreten wurde, und nicht um einen konservativen Liberalismus, wie er sich schon im frühen 20. Jahrhundert bei den englischen Tories etablierte. Zum russischen Nationalkonservatismus passt es, dass die russische Orthodoxie wieder zur Staatskirche geworden ist und damit eine Konfession, die sich beispielsweise hinsichtlich Weltoffenheit, Bildungsbeflissenheit und Kunstsinnigkeit seit langem deutlich von der römischen Kirche unterscheidet.

nicht unverständlich, weil kaum vorstellbar wäre, dass die Infrastrukturentwicklung mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten könnte, das sich bei freiem Zuzug ergäbe. Eine Änderung der Siedlungsstruktur könnte daher wohl nur dann gelingen, wenn man der aus dem Osten abwandernden Bevölkerung noch weitere attraktive Neuansiedlungsgebiete eröffnen würde. Als entwicklungsfähige alternative Standorte und Zuzugsgebiet kämen sicherlich die russischen Küstenregionen am Schwarzen und Asowschen Meer sowie an der Ostsee in Frage. Eigentlich wusste dies schon Peter der Große und müsste man sich insoweit nur an seinem Vorbild orientieren. Das tut man aber nicht. Für die Entwicklung dieser Regionen, die allemal bedeutende Investitionen erfordern würde, ist bislang nicht viel geschehen. Besonders ins Auge springt dies auf der Krim. Es besteht kein Zweifel, dass die Krim Potential hat, aber nicht minder klar ist, dass die Nutzung dieses Potentials erhebliche Infrastrukturinvestitionen zur Voraussetzung hat. Als Russland die Krim annektierte, versprach es, diese Investitionen vorzunehmen, zu denen die Ukraine offenbar nicht imstande gewesen war. Jahre später muss man feststellen, dass bislang nicht viel geschehen ist, obwohl die Krim für Putin eine Prestigeangelegenheit allerersten Ranges ist. Deutlicher lässt es sich kaum mehr zeigen, dass Russland erstens insgesamt zu wenig investiert, und zweitens seine recht bescheidenen Investitionsmöglichkeiten eklatant ineffizient nutzt. So sieht es aus, wenn ein Land sich im Niedergang befindet.

Russland präsentiert sich heute als ein Land, dessen Wirtschaftsleistung etwa der Spaniens entspricht, in dem die Lebenserwartung der Bevölkerung geringer ist als in Libyen und die Korruption zumindest nach Auskunft des Corruption Perception Index von Transparency Int so verbreitet wie in Papua-Neuguinea.<sup>87</sup> Wenn man auf dieser schmalen Basis die Rolle einer Großmacht zu spielen versucht, ist es fast unvermeidlich, an Überanstrengung zugrunde zu gehen. Es scheint, dass ein Großteil der russischen Bevölkerung dies sehr viel klarer sieht als russische Politiker.

---

<sup>87</sup> Der Vergleich ist entnommen aus The Economist 26.10.2019 S. 24. Das wäre nicht erste Mal in der russischen Geschichte. Bemerkenswert ist vor allem die Wiederkehr des Syndroms. Mit der spanischen Wirtschaftsleistung ist die absolute gemeint, nicht etwa die Prokopfwirtschaftsleistung. Ein Hang der Politiker zur Überschätzung der eigenen Stellung in der Welt ist zwar kein ausschließlich russisches Phänomen, sondern in Europa insbesondere auch in Frankreich anzutreffen, bis 1945 auch in Deutschland, aber die Kluft zwischen Idee und Realität war in Frankreich nie so groß wie in Russland und der nachfolgende Realitätsaufprall dann auch sanfter. Das liegt sicherlich auch daran, dass Frankreich eine Demokratie ist und die Opposition sowie eine kritische Presse den Präsidenten immer wieder auf den Boden der Erde zurückholt. Wenn dies eines Tages auch in Russland gelingen sollte, wird die Zusammenarbeit mit Russland sicherlich leichter werden. Der Wert der ukrainischen Demokratie für die Welt mag nicht zuletzt daran bestehen, dass ein erkennbares Funktionieren dieser Demokratie in einer eng so verwandten Nation die Russen davon überzeugen könnte, dass Demokratie auch in Russland ein Erfolgsmodell werden kann.